



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

EINE ANALYSE DER MITGLIEDER DES ENTWICKLUNGSAUSSCHUSSES DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND IHRE AKTIVITÄTEN

Verfasserin

Johanna Gärtner

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer: Mag. Dr. Stefan Brocza

Zu Beginn möchte ich Herrn Mag. Dr. Stefan Brocza danken. Er stand mir immer mit Rat und Tat zur Seite, hat alle meine Fragen beantwortete und mir Mut zu gesprochen.

Des Weiteren möchte ich meinen Eltern, Hubert und Lotte Gärtner, danken. Sie haben mich in diesen Jahren sowohl emotional als auch finanziell immer unterstützt und hatten ein offenes Ohr für mich. Ich hätte dieses Studium ohne ihren Beistand nicht geschafft.

Zuletzt möchte ich meinen Freunden und Studienkollegen danken, dass sie immer für mich da sind und auch die schwierigen Zeiten leichter machen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	7
1.1	Untersuchungsgegenstand und Problemstellung.....	7
1.2	Forschungsinteresse	8
1.3	Hypothesen und Forschungsfragen.....	8
1.4	Methode.....	9
1.5	Struktur der Arbeit	12
2	Grundlagen der Europäischen Union.....	13
2.1	Entstehung.....	13
2.1.1	Ursprünge und Kontext der Entwicklungen	13
2.1.2	Organisationen und Gemeinschaften	15
2.1.2.1	Europarat	15
2.1.2.2	Europäische Gemeinschaft	15
2.1.2.3	Europäischer Rat.....	17
2.1.2.4	Wirtschafts- und Währungsunion.....	17
2.1.3	Verträge.....	18
2.1.3.1	Einheitliche Europäische Akte	18
2.1.3.2	Von Maastricht nach Lissabon	19
2.1.4	Erweiterungen	21
2.2	Die Bedeutung der Europäischen Union.....	22
2.3	Charakterisierung der Europäischen Union	23
2.3.1	Werte, Prinzipien, Grundsätze und Ziele der Europäischen Union.....	23
2.3.2	Das Mehrebenensystem	24
2.3.3	Zuständigkeiten innerhalb der Europäischen Union.....	25
2.3.4	Entscheidungsfindung und Rechtssetzung.....	26
2.4	Politikbereiche der Europäischen Union.....	27
2.4.1	Allgemeines und Policy making	27

2.4.2	Außen- und Entwicklungspolitik	28
2.4.3	Weitere Politikbereiche.....	36
2.5	Die Organe der Europäischen Union	39
3	Grundlagen des Europäischen Parlaments.....	43
3.1	Aufgaben	44
3.2	Zusammensetzung	47
3.2.1	Mitglieder.....	47
3.2.2	Fraktionen	49
3.2.3	Ausschüsse im Allgemeinen	51
3.2.3.1	Entwicklung.....	51
3.2.3.2	Typen von Ausschüssen	52
3.2.3.3	Mitglieder	53
3.2.3.4	Arbeitsweise	57
3.2.3.5	Bedeutung der Ausschüsse	58
3.2.4	Entwicklungsausschuss.....	60
3.2.5	Delegationen	62
3.3	Beschlussfassung.....	63
3.4	Bedeutung des Europäischen Parlaments.....	63
4	Analyse der Mitglieder des Entwicklungsausschusses	66
4.1	Zusammensetzung des Entwicklungsausschusses	66
4.2	Vorsitz und stellvertretender Vorsitz	70
4.3	Ordentliche Mitglieder	80
5	Conclusio	120
6	Literaturverzeichnis	129
7	Anhang.....	153

1 Einleitung

1.1 Untersuchungsgegenstand und Problemstellung

Das Europäische Parlament setzt sich aus sieben Fraktionen zusammen und beinhaltet darüber hinaus derzeit 41 Delegationen¹ sowie 20 ständige parlamentarische Ausschüsse. Die Ausschüsse spielen eine signifikante Rolle beim Gesetzgebungsprozess der Union und somit sind zum Einen die AkteurInnen innerhalb dieser Ausschüsse und zum Anderen deren Tätigkeiten und Entscheidungen von großer Bedeutung. Anhand dieser Analysearbeit sollen nicht alle parlamentarischen Ausschüsse untersucht werden, sondern konkret der Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments.

Aufgaben des Entwicklungsausschusses sind unter anderem die Stärkung der Beziehungen der Europäischen Union und den Entwicklungsländern, sowie die Durchsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele. Weiters soll die Beziehung zwischen der Union und den AKP-Staaten, unter Berücksichtigung des Abkommens von Cotonou gestärkt werden. Ziel des Abkommens von Cotonou ist es, einen Beitrag zur Friedenssicherung und Förderung eines stabilen und demokratischen politischen Umfelds zu leisten.² Darüber hinaus werden Mitglieder des Entwicklungsausschusses in Entwicklungsländer entsandt um dort Berichte bzw. Empfehlungen zur Verbesserung der Situation vor Ort zu entwickeln. Dies ist durchaus ein Ausdruck der vermeintlich angenommenen Überlegenheit der Industrieländer. Es wird davon ausgegangen, dass AkteurInnen des Europäischen Parlaments im Stande sind, sich ein Bild über die Geschehnisse in einem speziellen Land zu machen und daraufhin einen Bericht zur Verbesserung der Situation zu erstellen.

Problematisch an diesem Vorgehen ist einerseits die Tatsache, dass man auf Seiten der Europäischen Union davon ausgeht, dass vermeintliche EntwicklungsexpertInnen des Entwicklungsausschusses besser dazu geeignet sind, eine Lösung für vorherrschende geopolitische Probleme zu finden, als lokale ExpertInnen. Andererseits stellt sich auch

¹ Europäisches Parlament o.J.: Delegationen

² Vgl. Europäisches Parlament 2009

konkret die Frage ob und wie diese internationalen AkteurInnen dazu befähigt sind, diese Arbeit zu leisten und diese Verbesserungen zu analysieren.

1.2 Forschungsinteresse

Das Erkenntnisinteresse liegt darin herauszufinden, ob die einzelnen Mitglieder des Entwicklungsausschusses aufgrund von Erfahrungen in der Vergangenheit oder einer bestimmten Ausbildung dazu qualifiziert sind, als EntwicklungsexpertInnen aufzutreten. Konkret soll herausgefunden werden, ob die AkteurInnen bereits Erfahrungen im entwicklungspolitischen Bereich gesammelt haben bzw. ob in irgendeiner Art und Weise ein Engagement in ihrer politischen Tätigkeit vorherrschend ist.

Darüber hinaus liegt das Interesse auch darin zu analysieren, welche konkreten Maßnahmen getätigt werden und welche Entscheidungen getroffen werden.

Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass jedes Mitglied einzeln analysiert wird, jedoch ist es aus zeitlichen Gründen nicht möglich persönliche Interviews mit den Personen zu führen. Auf die konkrete Methode und das Vorgehen der Analyse wird jedoch in Kapitel ‚1.4 Methode‘ genauer eingegangen. Weiters werden jene Mitglieder analysiert, welche 2009 gewählt wurden und sich derzeit im Ausschuss befinden.

Zusammenfassend kann bezüglich des Forschungsinteresses gesagt werden, dass die Qualifikationen der Mitglieder und deren Entscheidungen analysiert werden. Diese Punkte können keineswegs isoliert voneinander betrachtet werden, also wird es eine Verknüpfung der einzelnen AkteurInnen mit ihren Tätigkeiten und Entscheidungen geben.

1.3 Hypothesen und Forschungsfragen

Der Entwicklungsausschuss besteht derzeit aus 30 Mitgliedern, welche aus den Fraktionen so entsandt werden, dass die Zusammensetzung des Europäischen Parlament wiedergespiegelt wird. Welchen Ausschuss eine Person wählt bzw. in welchem Ausschuss mitgearbeitet und wie viel Engagement seitens der Personen bei ihrer Tätigkeit im Ausschuss gezeigt wird, hängt zu einem sehr großen Teil von der persönlichen Vorliebe dieser Person ab. Dies ist aufgrund der Tatsache, dass durchaus

andere politische Interessen hinter der Wahl des Entwicklungsausschusses stehen können, problematisch. Es ergeben sich mehrere Unterpunkte, welche analysiert werden sollen. Beispielsweise stellt sich die Frage, inwiefern die AkteurInnen aufgrund ihrer Vergangenheit – sowohl in Bezug auf ihre Ausbildung als auch auf ihre früheren beruflichen Tätigkeiten – dazu befähigt sind, im Entwicklungsausschuss mitzuwirken und die bereits genannten Verbesserungen herbei zu führen.

Die folgende Forschungsfrage steht im Mittelpunkt der Analyse:

- Sind die Mitglieder des Entwicklungsausschusses dazu befähigt, als EntwicklungsexpertInnen zu agieren?

Unterfragen:

- Was qualifiziert die Mitglieder des DEVE dazu, Verbesserungen und Berichte für Entwicklungsländer zu erstellen?
- Welche Vorkenntnisse und Qualifikationen in Bezug auf Entwicklungspolitik bringen die Mitglieder mit?

1.4 Methode

Zum Einen wurde Primär- und Sekundärliteratur durch die Methode der konzentrischen Kreise erhoben. Bei dieser Methode wurden zentrale Literaturquellen wie beispielsweise das Buch von Wolfgang Wessels *Das politische System der Europäischen Union*, der Sammelband von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels *Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration* sowie das Werk von Doris Dialer, Eva Lichtenberger und Heinrich Neisser *Das Europäische Parlament. Institutionen, Visionen und Wirklichkeit* und das Werk von Richard Corbett, Francis Jacobs und Micheal Shackelton *The European Parliament* zur Hand genommen um aus den Literaturverzeichnissen weitere relevante Quellen herauszufiltern. Auch die daraus resultierenden neuen Quellen wurden ebenfalls mittels dieser Methode geprüft. Darüber hinaus erfolgte eine systematische Suche in den Archiven einschlägiger Fachzeitschriften wie der Zeitschrift *European Union Politics*, den *European Integration Online Papers*, den *Zeitschriften für Staats- und Europawissenschaften* und für *Internationale Beziehungen* sowie des *Journals of Common Market Studies*.³

³ Vgl. Kornmeier 2011: 80 ff

Zum Anderen wurden Methoden aus der Biographieforschung und Lebenslaufsoziologie zur Analyse der Qualifikationen der Mitglieder des DEVE herangezogen. Grundsätzlich muss in Bezug auf diese biographischen Methoden darauf hingewiesen werden, dass sie lange Zeit als verzerrt galten und seit den 1960er und 1970er Jahren wieder einen Aufschwung erlebten. Ein Lebenslauf wird einerseits dafür verwendet, potentielle ArbeitgeberInnen von den eigenen Qualifikationen und Kompetenzen zu überzeugen und andererseits geht ein Lebenslauf mit gesellschaftlichen Erwartungen an eine Person einher. Ist es der Fall, dass diese Erwartungen nicht erfüllt werden, so können gegebenenfalls Sanktionen auftreten. Beispielsweise können Personen, die Lücken in ihrem Bildungsweg aufweisen, sozial schlechter gestellt werden.⁴

Zur wissenschaftlichen Analyse von Lebensläufen müssen Fragestellungen konzipiert werden. Diese können sich laut Sackmann aus drei unterschiedlichen Punkten ergeben. Erstens können damit Forschungslücken in der Literatur geschlossen werden oder zweitens können sie sich aus dem eigenen Alltagsleben ergeben. Für die Forschung innerhalb dieser Arbeit ist jedoch der dritte Punkt relevant, nämlich dass sich diese Fragen aufgrund von vorherrschenden gesellschaftspolitischen Problemen ergeben, zu deren Lösung man beitragen möchte.⁵

Die heutzutage weitverbreitete eurozentristische Sichtweise sowie die voranschreitende Abhängigkeit der Entwicklungsstaaten und der Glaube der europäischen und angloamerikanischen Überlegenheit, sind zentrale Probleme in der heutigen Gesellschaft. Aufgrund dieser Problematik sollen die Kompetenz der Mitglieder des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments herausgefiltert werden und ihre vermeintlichen Qualifikationen bezüglich der Verbesserung dieser Problematiken analysiert werden.

Es werden weiters vier verschiedene Methoden der Lebenslaufanalyse und Biographieforschung unterschieden. Erstens das narrative Interview, zweitens die Ereignisdatenanalyse, drittens die Sequenzdatenanalyse und viertens die objektive Hermeneutik. Die objektive Hermeneutik ist wie auch die Konversationsanalyse Teil

⁴ Vgl. Sackmann 2007: 9 f

⁵ Vgl. ebd.: 17 f

der interpretativen Verfahren.⁶ Aufgrund der Tatsache, dass in dieser Arbeit keine Interviews geführt werden, sondern die Lebensläufe an sich und gegebenenfalls andere relevante Dokumente interpretiert werden, wird hier teilweise die objektive Hermeneutik angewendet. Mit Hilfe der objektiven Hermeneutik werden nicht mehr nur Protokolle von Interviews interpretiert sondern mittlerweile auch andere Textsorten.⁷ Dies trifft auf das Vorgehen innerhalb dieser Analysearbeit zu, da hier wie bereits erwähnt die Lebensläufe sowie gegebenenfalls die Webseiten der Mitglieder und andere relevante Dokumente des DEVE analysiert werden.

Darüber hinaus gibt es nicht ein bestimmtes Vorgehen bei der objektiven Hermeneutik sondern es muss von Fall zu Fall entschieden werden, wie der oder die ForscherIn verfahren wird.⁸

Die objektive Hermeneutik ist ein Interpretationsverfahren, wobei keine bestimmten Erhebungsformen notwendig sind, um diese Analyse vorzunehmen. Ziel der objektiven Hermeneutik ist es, durch die Interpretation von bestimmten Texten oder Dokumenten Hypothesen aufzustellen und diese im Anschluss zu verifizieren oder zu falsifizieren. Grundsätzlich werden einzelne Fälle interpretiert und analysiert um in einem weiteren Schritt Verallgemeinerungen anzustellen.⁹

Darüber hinaus handelt es sich um ein nichtreaktives Verfahren, bei dem unter anderem archivalische Daten analysiert werden.¹⁰ Hier werden die Ergebnisse aus der Mitgliederanalyse interpretiert und zusammengefasst. Somit wird ein Überblick geschaffen, welche Mitglieder Erfahrungen im Bereich der Entwicklungspolitik haben und gewisse Qualifikationen aufweisen können.

Konkret werden zuerst die soziodemografischen Daten erhoben, wie das Alter und die Herkunft. Bei der Herkunft wird Augenmerk darauf gelegt, ob eine Person Wurzeln in einem ehemaligen Kolonialgebiet hat oder aus einem anderen außereuropäischen Gebiet stammt. Weiters wird die schulische Ausbildung und vor allem die höhere Ausbildung der Mitglieder analysiert. Darüber hinaus sollen die beruflichen Tätigkeiten vor dem DEVE herausgefiltert werden. In Bezug auf die Tätigkeit im Europäischen Parlament und konkret im Entwicklungsausschuss wird analysiert, in welchen Ausschüssen er oder

⁶ Vgl. Flick 1991: 156

⁷ Vgl. Reichertz 1991: 224

⁸ Vgl. ebd.: 225

⁹ Vgl. Sackmann 2007: 68 f

¹⁰ Vgl. Bungard; Lück 1991: 198 f

sie stellvertretendes bzw. ordentliches Mitglied ist. Außerdem ist für diese Analyse noch relevant, welche anderen Tätigkeiten von der Person innerhalb und außerhalb des Europäischen Parlaments wahrgenommen werden sowie bei welchen Berichten er oder sie BerichterstatterIn bzw. SchattenberichterstatterIn war.

1.5 Struktur der Arbeit

In Kapitel ‚2. Grundlagen der Europäischen Union‘ werden zu Beginn die grundlegenden Meilensteine der Geschichte der Union veranschaulicht, um im Anschluss die Bedeutung der EU innerhalb und außerhalb Europas aufzuzeigen. Weiters wird es in diesem Kapitel einen Überblick über die grundsätzlichen Charakteristika der Union und ihre Werte und Ziele geben. In einem nächsten Schritt werden die Politikbereiche und die Organe der Union näher beleuchtet.

Kapitel ‚3. Grundlagen des Europäischen Parlaments‘ zeigt sowohl die Aufgaben und Beschlussfassung innerhalb des EP als auch dessen Bedeutung im Allgemeinen. In diesem Kapitel wird darüber hinaus konkret auf die Zusammensetzung des Parlaments und die Bedeutung der Ausschüsse in diesem komplexen System eingegangen.

Kapitel ‚4. Analyse der Mitglieder des Entwicklungsausschuss‘ beinhaltet die gesamte Analyse der ordentlichen Mitglieder und ihrer Aktivitäten im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments. In Kapitel ‚5. Conclusio‘ wird die grundsätzliche Bedeutung der Union und des EP sowie die Qualifikationen der Mitglieder des DEVE zusammengefasst.

2 Grundlagen der Europäischen Union

2.1 Entstehung

Ein grundlegendes Motiv für die Gründung eines geeinten Europas war vor allem die Friedenssicherung aufgrund der brutalen Kriege der Vergangenheit. Weitere Interessen an einer Europäischen Gemeinschaft waren unter anderem die Selbstbehauptung Europas im internationalen System, da es immer wieder Hegemonieansprüche einzelner Staaten gab, die Abkehr von totalitären Herrschaftssystemen, wirtschaftlicher Wohlstand und eine kulturelle Selbstverständigung und Identitätssuche.¹¹

2.1.1 Ursprünge und Kontext der Entwicklungen

Meilensteine in den vierziger Jahren, welche zum Teil die Grundlagen für die Einigung Europas bildeten, waren die Gründung der OEEC¹² und der NATO¹³. Weiters kam es 1949 zur Errichtung des Europarats, welcher war durch eine Zusammenarbeit der Regierungen verschiedener Nationen gekennzeichnet.¹⁴

Die Gründung der OEEC markierte eine neue Entwicklungsstufe in Europa. Nach dem zweiten Weltkrieg kam es dazu, dass sich das Europa, welches zuvor institutionell kaum geteilt war, in ein organisatorisch und politisch geteiltes Gebilde formte.

In den ersten Jahren nach dem zweiten Weltkrieg gab es mehrere Verbände und Organisationen, welche die Idee eines geeinten Europas vertraten. Sie verfolgten zwar das gleiche Grundinteresse, dennoch gab es gravierende Unterschiede in Bezug auf den institutionellen Charakter und die Architektur dieses Europas.¹⁵

Die Europäische Idee der vierziger Jahre beinhaltete die Vorstellung eines gesamteuropäischen Friedens und die Berücksichtigung der Menschenrechte. Das Expansionsvorgehen der russischen Großmacht in Europa führte jedoch dazu, dass die

¹¹ Vgl. Wessels 2008: 55

¹² Die OEEC wurde am 16. April 1948 von Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Island, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Schweden, Schweiz, Türkei und Deutschland gegründet. Ziel der OEEC war die Koordinierung des Marshall-Plans, das heißt die wirkungsvolle Verteilung der amerikanischen Wirtschaftshilfe in den einzelnen Ländern (vgl. Gasteyger 2006: 57).

¹³ Die NATO wurde am 04. April 1949 in Washington gegründet. Gründungsmitglieder waren Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal und die USA. Die NATO kann als kollektiver Sicherheitspakt verstanden werden und die Hauptbestandteile sind die militärische Kommandobehörde, die gegenseitige Beistandsverpflichtung und eine verstärkte politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit (vgl. Hillenbrand 2009: 438 f).

¹⁴ Vgl. Wessels 2008: 59

¹⁵ Vgl. ebd.: 57

Europäische Idee vorübergehend zurückgestellt wurde. Es wurde dennoch deutlich, dass das Ziel eines geeinten Europas vorherrschend war.¹⁶

Als historische Weichenstellung und als wesentlicher Schritt zur Gründung der heutigen Europäischen Union kann die Schumann-Erklärung am 09. Mai 1950 betrachtet werden. Aufgrund der Schumann-Erklärung und ihrer Wichtigkeit in Bezug auf die Europäische Union, wie wir sie heute kennen, wird der 09. Mai auch als Europatag bezeichnet. Die Idee Robert Schumanns und Jean Monnets war ein Europa der sechs wichtigsten Wirtschaftssektoren – Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Luxemburg, Niederlande. Diese sechs Staaten wurden einer Hohen Behörde unterstellt, deren Entscheidungen für jedes Mitgliedsland verbindlich waren.¹⁷

In den 1960er Jahren kam es zu mehreren institutionellen Änderungen und Erneuerungen. 1961 wurde die bestehende OEEC in die heutige OECD umgewandelt. Das Ziel liegt auch hier bei der Koordinierung der Wirtschaftspolitik, jedoch sollen zusätzlich auch die Handels- und Entwicklungspolitik angepasst werden.¹⁸

Ein weiteres wichtiges Geschehnis, welches großen Einfluss auf die Entwicklung in Europa und auch auf die heutige Europäische Union hatte, war der Bau der Berliner Mauer 1961. Dies führte zu einer endgültigen physischen Teilung Europas in Ost und West. Weiters traten 1987 die Einheitlichen Europäischen Akte in Kraft, was zu einer neuen Entwicklungsphase innerhalb der Gemeinschaft führte. Auf die Einheitlichen Europäischen Akte wird jedoch in Kapitel ‚2. 1. 4 Verträge‘ näher eingegangen. Nach 28 Jahren kam es 1989 zu einem Ereignis, welches unumgänglich für die heutige Europäische Union war – der Fall der Berliner Mauer. Dies führte in weiterer Folge zum Ende der europäischen Teilung und zu einer Weiterentwicklung.¹⁹

Das Ende der 1980er Jahre und der Anfang der 1990er Jahre stellte die Europäische Gemeinschaft vor zahlreiche Herausforderungen. Einerseits sollte der Binnenmarkt fertig gestellt werden und die wirtschaftliche Entwicklung voran getrieben werden sowie standen Überlegungen in Bezug auf eine neue politische Union und eine einheitliche Währung im Vordergrund. Andererseits wurden die Beziehungen zu den

¹⁶ Vgl. Gasteyger 2006: 35

¹⁷ Vgl. Wessels 2008: 61

¹⁸ Vgl. Hillenbrand 2009: 440

¹⁹ Vgl. Wessels 2008: 75 ff

EFTA²⁰-Staaten ausgeweitet und die Umwälzungen in Mittel- und Ost-Europa als auch in Ost-Deutschland mussten bewältigt werden.²¹

Eine weitere wichtige und weichenstellende Entwicklung der 1990er Jahre war der Maastrichter Vertrag, welcher auch als Vertrag über die Europäische Union bezeichnet werden kann sowie der Vertrag von Amsterdam im Jahr 1999. Dieser stellte wiederum eine Ergänzung des bestehenden Vertrags von Maastricht dar.²² In Bezug auf die Vertragsgrundlagen kann angemerkt werden, dass eine Veränderung aufgrund des Vertrags von Nizza 2001 sowie aufgrund des Vertrags von Lissabon 2007 stattfand.

2.1.2 Organisationen und Gemeinschaften

2.1.2.1 Europarat

Am 05. Mai 1949 wurde die erste Staatenorganisation nach dem zweiten Weltkrieg in London ins Leben gerufen – der Europarat. Die Gründungsmitglieder waren Frankreich, Großbritannien, Belgien, die Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Irland, Italien, Norwegen und die Schweiz und heute hat der Europarat seinen Sitz in Straßburg.²³

Das Ziel des Europarates ist es, eine größere geschlossene Gemeinschaft der Mitgliedstaaten zu erreichen um den ökonomischen und sozialen Fortschritt zu sichern und voran zu treiben. Die größten Erfolge des Europarats waren unter anderem die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrecht und Grundfreiheiten, was wiederum zur Errichtung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte führte.²⁴

Grundsätzlich muss bezüglich des Europarates noch darauf hingewiesen werden, dass er nicht mit dem Europäischen Rat gleichzusetzen ist und auch keine Institution der Europäischen Union darstellt.²⁵

2.1.2.2 Europäische Gemeinschaft

Im Jahr 1967 kam es zu einer Fusion der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft, was zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft führte.²⁶

²⁰ Die EFTA wurde 1960 von Österreich, Dänemark, Norwegen, Portugal, Schweden, der Schweiz und dem Vereinigten Königreich gegründet. (vgl. EFTA 2014)

²¹ Vgl. Gasteyger 2006: 257

²² Vgl. Wessels 2008: 89 ff

²³ Vgl. Barbato 2009: 466

²⁴ Vgl. Gasteyger 2006: 59 ff

²⁵ Vgl. Europarat 2013a

Die EGKS wurde durch den Vertrag von Paris 1951 von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden gegründet. Das Ziel der Gemeinschaft war die Wirtschafts- und Friedensförderung in Europa, die Anhebung des Lebensstandards für die Bevölkerung und die Eindämmung der nationalen Rivalitäten zwischen Frankreich und Deutschland. Das Zentrum stellte die unabhängige Hohe Behörde – die heutige Europäische Kommission – dar. Darüber hinaus gab es einen Ministerrat, eine beratende gemeinsame Versammlung und einen Gerichtshof.²⁷

Ein weiterer Meilenstein der 1950er Jahre war die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, welche durch den Vertrag von Rom 1957 in Kraft trat. Die EWG stellte einen gemeinsamen Markt mit marktwirtschaftlicher Ordnung dar, mit dem Ziel die wirtschaftliche Zusammenarbeit von Staaten zu verstärken, einen freien Verkehr von Personen, Dienstleistungen und Kapital und eine Harmonisierung der Politiken zu gewährleisten.²⁸

Auch hier gab es eine EWG-Kommission, welche unter anderem als Hüterin der Verträge bezeichnet werden konnte sowie ein zentrales Beschlussfassungsorgan – den Ministerrat – und einen kontrollierenden Gerichtshof. Dem heutigen Europäischen Parlament wurden nur sehr geringe Befugnisse zugeteilt. Wolfgang Wessels bezeichnet das Zusammenspiel von Ministerrat und EWG-Kommission als Tandem – die Kommission hatte als Motor der Integration das alleinige Initiativmonopol um Vorschläge zu machen und der Ministerrat konnte darüber beschließen.²⁹

Ebenfalls durch die Römischen Verträge entstand die Europäische Atomgemeinschaft. Euratom verfolgte den Zweck, die Nuklearindustrie in den Mitgliedstaaten zu unterstützen und zu koordinieren.³⁰

Diese drei Gemeinschaften besaßen alle eine sogenannte parlamentarische Versammlung, welche unter anderem als Haushaltsbehörde agierte und ein Kontroll- und Informationsrecht besaß. 1958 nannte sich die parlamentarische Versammlung in Parlament um und stellt somit das heutige Europäische Parlament dar.³¹

²⁶ Vgl. Wessels 2008: 71

²⁷ Vgl. ebd.: 62 ff

²⁸ Vgl. Weidenfeld 2009: 23 f

²⁹ Vgl. Wessels 2008: 69 f

³⁰ Vgl. Weidenfeld 2009: 24

³¹ Vgl. Maurer 2009a: 217

Mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft entstand eine Organisation, die eine gemeinsame Exekutive in Form der Europäischen Kommission besaß, eine gemeinsame Vertretung der RepräsentantInnen der Mitgliedstaaten sowie ein Entscheidungsorgan, dessen Beschlüsse bindend waren – der Europäische Gerichtshof – und eine parlamentarische Vertretung in Gestalt des Europäischen Parlaments.³²

2.1.2.3 Europäischer Rat

Am 10. Dezember 1974 wurde der Europäische Rat gegründet. Zu Beginn schrieb man fest, dass sich die Regierungsoberhäupter der Mitgliedstaaten drei Mal pro Jahr treffen sollten. Allgemein betrachtet war und ist der Europäische Rat ein Systemgestalter. Der Europäische Rat rief weiters eine Regierungskonferenz ein, was in weiterer Folge dazu führte, dass die Einheitlichen Europäischen Akte – EEA – verabschiedet wurden. Die Zusammensetzung des Europäischen Rates änderte sich nach dem Vertrag von Maastricht, da von hier an neben den Staats- und RegierungschefInnen der Mitgliedstaaten auch der oder die PräsidentIn der Kommission sowie die AußenministInnen der Mitgliedstaaten und ein Kommissionsmitglied im Europäischen Rat vertreten waren.³³

2.1.2.4 Wirtschafts- und Währungsunion

Der Europäische Rat einigte sich 1978 auf einen „*Beschluss zur Errichtung des Europäischen Währungssystems (EWS)*“.³⁴ Am 01. Januar trat die Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft und im Jahr 2002 wurde die gemeinsame Währung – Euro – eingeführt. Grundsätzlich wurde das Ziel verfolgt, die Währungsschwankungen zu beseitigen, die Währungsstabilität zu gewährleisten sowie die wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit und die Beziehungen innerhalb der Europäischen Union zu stärken.³⁵

³² Vgl. Wallace 2000: 9

³³ Vgl. Wessels 2008: 80 ff und Wessels 2009: 205 f

³⁴ Wessels 2008: 81

³⁵ Vgl. Hillenbrand 2009: 370 f

2.1.3 Verträge

Die Europäische Union wurde im Jahr 1992 durch den Vertrag von Maastricht gegründet, welcher eine Modifizierung der Römischen Verträge und Einheitlichen Europäischen Akte darstellte.³⁶

Grundsätzlich muss zu Beginn angemerkt werden, dass jede Tätigkeit der Europäischen Union auf einen Rechtsakt, das heißt einen Vertrag, gegründet sein muss und sollte es der Fall sein, dass ein Politikbereich nicht in den Verträgen verankert ist, so kann auch kein Gesetzesvorschlag erlassen werden.³⁷

„Ein Vertrag ist eine verbindliche Vereinbarung zwischen EU-Mitgliedstaaten. In ihm sind die Zielsetzungen der EU, die für die EU-Institutionen geltenden Regeln, der Prozess der Entscheidungsfindung und die Beziehungen zwischen der EU und den EU-Mitgliedstaaten festgelegt.“³⁸

2.1.3.1 Einheitliche Europäische Akte

Die Einheitlichen Europäischen Akte traten 1987 in Kraft. Es wurde schnell klar, dass eine Umwandlung der Gemeinschaft in eine Europäische Union angestrebt wurde und eines der Hauptziele der EEA war die Einführung eines Binnenmarktes bis 1992 mit einem freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr.³⁹

Die EEA verfolgten eine Strategie mit drei Kernelementen – ein Europa ohne Grenzen, eine Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion und ein politischer Endzustand. Des Weiteren stellten sie eine umfassende Änderung und Ergänzung der EG-Gründungsverträge dar. Unter anderem wurde das Verfahren der Zustimmung eingeführt. Das heißt, dass ein Beschluss des Rates lediglich mit der Zustimmung des Europäischen Parlaments rechtskräftig war. Aufgrund der Befugnisweiterung des Parlaments kam es im Laufe der Zeit dazu, dass sich das lange vorherrschende Tandem zwischen der Kommission und dem Europäischen Rat zu einem Dreieck zwischen der Kommission, dem Europäischen Rat und dem Europäischen Parlament entwickelte und das Parlament eine immer wichtigere Rolle spielte.⁴⁰

³⁶ Vgl. Ucakar, Gschiegl 2012: 193

³⁷ Vgl. Europäische Union o. J.: EU-Verträge

³⁸ Ebd.

³⁹ Vgl. Gasteyger 2006: 214 f

⁴⁰ Vgl. Wessels 2008: 84 ff

2.1.3.2 Von Maastricht nach Lissabon

Der Vertrag von Maastricht wurde am 07. Februar 1992 unterzeichnet und trat 1993 in Kraft. Zentral für diesen Vertrag waren ein verbindlicher Zeitplan, die Gestaltung der gemeinsamen Wirtschaft- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung sowie weitreichende Veränderungen bezüglich der Institutionen. Für das Europäische Parlament brachte der Vertrag ein Mitwirkungsrecht bei Rechtsakten und die Möglichkeit eines Vetos gegenüber Vorschlägen der Kommission und des Rats. Darüber hinaus wurden ein Zustimmungs- und ein Kontrollrecht für das EP eingeführt. Der Europäische Rat war weiterhin der Impulsgeber für die effiziente Entwicklung der Union und formulierte die allgemeinen Zielvorstellungen. Des Weiteren wurde das Subsidiaritätsprinzip eingeführt und eine neue gemeinsame Verteidigungspolitik sollte formuliert werden. Das Subsidiaritätsprinzip bedeutet, dass die Union nur dann tätig wird, wenn bestimmte Ergebnisse auf Unionsebene besser erreicht werden können als auf Ebene der Mitgliedstaaten. Neben diesen Punkten wurde durch den Maastrichter Vertrag eine Unionbürgerschaft eingeführt.⁴¹

Die gegründete Europäische Union stützte sich auf drei Säulen. Die erste Säule war von supranationalem Charakter und setzte sich aus der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft zusammen. Die zweite Säule stellte die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik dar, mit dem Ziel der Förderung der Werte und der internationalen Zusammenarbeit. Die dritte Säule bildete die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit. In Bezug auf diese beiden Säulen muss angemerkt werden, dass hier die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten zusammenarbeiteten und sie somit einen intergouvernementalen Charakter besaßen.⁴²

Der Vertrag von Maastricht war eine Neugestaltung bzw. eine Ergänzung der Römischen Verträge und der Einheitlichen Europäischen Akte, jedoch markierte er keineswegs das Ende der Systemgestaltung.⁴³

Am 02. Oktober 1997 wurde der Vertrag von Amsterdam unterzeichnet und trat im Jahr 1999 in Kraft. Neben den EEA und dem Vertrag von Maastricht stellte dieser Vertrag die dritte Reform der Römischen Verträge dar.⁴⁴

⁴¹ Vgl. Wessels 2008: 90 ff und vgl. Gasteyger 2006: 258

⁴² Vgl. Ucakar; Gschiegl 2012: 197 f

⁴³ Vgl. Gasteyger 2006: 301

⁴⁴ Vgl. Hillenbrand 2009: 453

Es wurde eine Vielzahl von Änderungen und Modifizierungen durchgeführt. Unter anderem wurde ein Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechts geschaffen und auch in Bezug auf die drei Säulen kam es zu Erneuerungen. Die Innen- und Justizpolitik wurde von der dritten in die erste Säule transferiert und wurde somit supranational. Neben diesen Punkten kam es auch zu Änderungen bezüglich der Befugnisse der Institutionen. Zum Einen wurden die Befugnisse des Rats weiter ausgebaut und zum Anderen musste die Europäische Kommission nach dem Vertrag von Amsterdam ihr Vorschlagsmonopol bezüglich diverser Politikfelder der Innenpolitik aufgeben und das Initiativrecht mit den Mitgliedstaaten teilen.⁴⁵ In Bezug auf das Europäische Parlament kam es ebenfalls zu Veränderungen. Einerseits wurde das Mitentscheidungsverfahren ausgeweitet und andererseits wurde die Sitzanzahl im Parlament auf 700 Plätze beschränkt.⁴⁶

Weitere Erneuerungen im Vertrag von Amsterdam waren die „*Errichtung des Amtes eines ‚Hohen Vertreters für die Außen- und Sicherheitspolitik‘*“.⁴⁷

Der Vertrag von Nizza wurde am 26. Februar 2001 unterzeichnet und trat zwei Jahre später in Kraft. Im Zentrum standen die Reform der Institutionen und organisatorische Änderungen innerhalb der Union aufgrund der bevorstehenden Erweiterungsrunde durch zehn neue Mitgliedstaaten.⁴⁸

Durch den Vertrag von Nizza kam es zu einer Schaffung neuer Ämter. Es wurde zum Beispiel Eurojust gegründet, was die Kooperation der einzelnen Stellen in Bezug auf die justizielle Zusammenarbeit erleichtern sollte. Neben diesen Modifikationen und Erneuerungen wurde auch eine Charta der Grundrechte der Europäischen Union erstellt. Diese war jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht rechtlich bindend.⁴⁹

In Bezug auf die Europäische Kommission wurde die Anzahl der Mitglieder auf einen oder eine VertreterIn pro Mitgliedstaat beschränkt und die Sitzverteilung im Europäischen Parlament wurde erhöht, was wiederum die Repräsentativität der einzelnen Mitgliedstaaten erhöhte.⁵⁰

⁴⁵ Vgl. Wessels 2008: 94

⁴⁶ Vgl. Hillenbrand 2009: 453

⁴⁷ Wessels 2008: 94 f

⁴⁸ Vgl. Europäische Union o.J.: EU-Verträge

⁴⁹ Vgl. Wessels 2008: 99

⁵⁰ Vgl. Hillenbrand 2009: 454

Zusammenfassend können gewisse Trends in der Vertragsgestaltung der letzten 50 Jahre aufgezeigt werden. In den meisten Fällen wurden die Politikfelder zu einem umfangreichen Aufgabenkatalog ausgeweitet, was jedoch dazu führte, dass die Verträge unübersichtlich wurden. Dadurch kam es auch dazu, dass die Zuständigkeiten und Entscheidungsfindungen immer unklarer wurden. Weiters fand eine Verbindung zwischen intergouvernementaler und supranationaler Politikgestaltung statt.⁵¹

Aufgrund der unzureichenden Veränderungen durch den Vertrag von Amsterdam und den Vertrag von Nizza entwickelte man von Februar 2002 bis Juli 2003 einen Entwurf zu einem Vertrag über eine Verfassung für Europa. Damit der Vertrag über eine Verfassung für Europa in Kraft treten konnte, war eine Ratifizierung in allen Mitgliedstaaten notwendig, jedoch kam dies aufgrund einer Volksabstimmung in Frankreich und den Niederlanden nicht zustande. Im Juli 2007 beschloss der Europäische Rat den vorliegenden Vertragsentwurf zu modifizieren und daraus folgte der Vertrag von Lissabon.⁵²

Der Vertrag von Lissabon wurde am 13. Dezember 2007 unterzeichnet und trat zwei Jahre später in Kraft. Grundlegendes Ziel des Vertrags war, die Europäische Union demokratischer und wirksamer zu gestalten sowie globale Herausforderungen stärker in den Fokus zu nehmen und einheitlich zu organisieren.⁵³

2.1.4 Erweiterungen

1973 kam es zur ersten Erweiterungsrunde der Europäischen Gemeinschaft durch Irland, Großbritannien und Dänemark. Der Zuspruch innerhalb Großbritanniens und in Dänemark war jedoch nur gering und der Beitritt zur EG wurde bei der Bevölkerung eher negativen angesehen. 1981 trat Griechenland der EG bei und 1986 folgten Portugal und Spanien. Diese drei Länder hatten jedoch gemeinsam, dass sie durchaus auch sehr arme Landesregionen hatten und somit auf das Subventionsprogramm der Gemeinschaft angewiesen waren.⁵⁴

⁵¹ Vgl. Wessels 2009: 101 f

⁵² Vgl. Europäische Union o. J.: EU-Verträge

⁵³ Vgl. ebd.

⁵⁴ Vgl. Hartmann 2009: 45 f

Der Fall der Berliner Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands führte 1990 zum Beitritt von fünf neuen deutschen Bundesländern. Aufgrund des Endes der vorherrschenden Bipolarität strebten auch die mittel- und osteuropäischen Staaten einen Beitritt zur Union an. 1993 wurden seitens des Europäischen Rats die sogenannten Kopenhagener Kriterien⁵⁵ geschaffen, welche drei Bedingungen für einen Beitritt zur Europäischen Union beinhalteten. Weiters traten die neutralen Staaten Österreich, Finnland und Schweden der Union 1995 bei und 2004 folgten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Slowenien, Slowakei, Tschechische Republik, Malta und Zypern.⁵⁶

Am 01. Januar 2007 traten Bulgarien und Rumänien der Europäischen Union bei und erhöhten somit die Zahl der Mitgliedstaaten auf 27 und die Union besaß nun 23 Amtssprachen. Im Juli 2013 trat Kroatien als neues Mitgliedsland bei und ist das zweite ehemalige Land Jugoslawiens, welches Teil der Europäischen Union ist.⁵⁷

2.2 Die Bedeutung der Europäischen Union

Grundsätzlich kann für die Anfänge der heutigen EU gesagt werden, dass sich die Europäische Gemeinschaft als eine wirtschaftliche Kooperation verstand. Sie stellte ein neues Gebilde dar, das sowohl international als auch für seine Mitglieder von großer Bedeutung war. Des Weiteren hatte die Entstehung auch große Bedeutung für Drittländer, da beispielsweise enge Beziehungen mit den ehemaligen europäischen Kolonien in Afrika, Asien und der Karibik sowie mit den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan aufgebaut wurden.⁵⁸

Die Rechte der BürgerInnen der Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union waren nicht von Beginn an eingerichtet. Erst mit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979 wurden den BürgerInnen politische Rechte zugesprochen. Grundsätzlich werden jene Personen als UnionsbürgerInnen bezeichnet, welche Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Union sind. Es können bestimmte Rechte, die auch vertraglich verankert sind, genannt werden. Beispielsweise das Aufenthaltsrecht, die Bewegungsfreiheit und das Recht auf diplomatischen und

⁵⁵ Die Beitrittsländer müssen 1. eine Demokratie, stabile Institutionen, Rechtsstaatlichkeit ausweisen und die Menschenrechte achten, 2. eine funktionierende Marktwirtschaft besitzen und 3. das Vertragswerk der Union vollständig übernehmen. (vgl. Hillenbrand 2009: 435)

⁵⁶ Vgl. Wessels 2008: 88 ff

⁵⁷ Vgl. Europäische Kommission o. J.: Weitere Ausdehnungen

⁵⁸ Vgl. Gasteyger 2006: 179

konsularischen Schutz durch das eigene Land oder ein anderes Mitgliedsland. Die Unionsbürgerschaft ersetzt jedoch keineswegs die Staatsbürgerschaft sondern unterstützt sie lediglich.⁵⁹

Die Europäische Union soll also die „*Grundfunktionen des Staates unterstützen und damit den Unionsbürgern nicht nur ökonomisch nützen, sondern diese auch vor Risiken schützen.*“⁶⁰

Des Weiteren wurde ein sogenannter Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts entwickelt, womit die UnionsbürgerInnen durch ein gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten, vor allem in den Bereichen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, geschützt werden sollen.⁶¹

Durch die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarkts, das heißt eines Raums innerhalb der Union in dem freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr vorherrscht, eröffnen sich den UnionsbürgerInnen neue Freiheiten und Möglichkeiten.⁶²

Die Charta der Grundrechte ist ebenfalls von großer Bedeutung für die UnionsbürgerInnen. Zum Einen besitzen die BürgerInnen das Recht, gegenüber der Union bei ungerechtfertigter Einschränkung der Freiheiten rechtlich tätig zu werden. Zum Anderen genießen sie einen Rechtsschutz. Weitere Grundrechte der BürgerInnen sind beispielsweise die Achtung der Privatsphäre, die Religionsfreiheit, die Vereinigungsfreiheit sowie die Meinungs- und Kommunikationsfreiheit.⁶³

2.3 Charakterisierung der Europäischen Union

2.3.1 Werte, Prinzipien, Grundsätze und Ziele der Europäischen Union

Die Europäische Union vertritt eine Vielzahl von unterschiedlichen Werten.

„[Dies] sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte, einschließlich der Personen, die Minderheiten angehören.“⁶⁴

⁵⁹ Vgl. Gimbal 2009: 342 ff

⁶⁰ Wessels 2008: 418

⁶¹ Vgl. ebd.: 420

⁶² Vgl. Busche 2009: 99 ff

⁶³ Vgl. Hoffmeister 2009: 103

⁶⁴ Art. 2 Vertrag über die EU

Weitere Punkte, welche fokussiert werden, sind unter anderem die Achtung der Menschenwürde und der Minderheitenschutz, die Bekämpfung von Diskriminierung, sowie eine nachhaltige Entwicklung Europas. Darüber hinaus werden eine soziale Gerechtigkeit, die allgemeine Gleichstellung und ein verstärktes Wirtschaftswachstum sowie eine Preisstabilität angestrebt. Weiters werden die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, die Verbesserung des Umweltschutzes, die Erhaltung des kulturellen Erbes der Mitgliedstaaten und der wissenschaftliche und technologische Fortschritt verfolgt.⁶⁵

Die Grundsätze auf die jegliches Handeln der Union beruhen sind

„Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, die universelle Gültigkeit und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Achtung der Menschenwürde, der Grundsatz der Gleichheit und der Grundsatz der Solidarität sowie die Achtung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts.“⁶⁶

Die Europäische Union folgt bei der Erreichung der Werte und Grundsätze zwei wichtigen Prinzipien. Zum Einen steht das Subsidiaritätsprinzip im Vordergrund. Hier wird die Union nur dann tätig, wenn die Ergebnisse auf der Ebene der Union besser erreicht werden können als auf der Ebene der Mitgliedstaaten. Zum Anderen hält sich die Union an das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Das heißt, dass die Maßnahmen nicht weiter gehen, als für die Erreichung eines bestimmten Ziels notwendig.⁶⁷

Weiters ist die Europäische Union keineswegs eine isolierte und eigenständige Institution und muss immer im internationalen Kontext und in Verbindung mit anderen AkteurInnen, Institutionen, Organisationen und Staaten betrachtet werden.⁶⁸

2.3.2 Das Mehrebenensystem

Das Mehrebenensystem der Europäischen Union ist dadurch gekennzeichnet, dass die nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten den Institutionen der Union nicht automatisch untergeordnet werden, sondern in der Politikgestaltung auf gleicher

⁶⁵ Vgl. Art. 3 Abs. 3 ebd.

⁶⁶ Art. 21 Abs. 1 ebd.

⁶⁷ Vgl. Art. 5 Abs. 1-4 ebd.

⁶⁸ Vgl. Wallace 2000: 52

hierarchischer Ebene beteiligt sind. Das System wird weiters durch einen dynamischen, variablen und flexiblen Charakter gekennzeichnet, denn die Aufgabenverteilung ist offen und nicht völlig klar festgelegt.⁶⁹

Die Politikgestaltung und das Regieren innerhalb der Union werden aufgrund des Mehrebenensystems sowohl positiv als auch negativ beeinflusst. Einerseits eröffnet das System einen erhöhten Koordinationsbedarf und beeinflusst somit die Effektivität der Institutionen bei der Problemlösung, da mit mehreren unterschiedlichen AkteurInnen auf unterschiedlichen Ebenen agiert werden muss. Andererseits bietet die größere Zahl der AkteurInnen jedoch auch mehr Möglichkeiten um Ziele zu erreichen, denn es können beispielsweise unterstützende Koalitionen und Verbindungen geknüpft werden und dadurch der Einfluss vergrößert werden. Der Eintritt in dieses Interaktionssystem ist jedoch für eine erfolgreiche Politikgestaltung und den Machterhalt der AkteurInnen unumgänglich.⁷⁰

2.3.3 Zuständigkeiten innerhalb der Europäischen Union

Grundsätzlich sollen die Funktionen eines Staates oder eine territoriale Unversehrtheit durch die Union keineswegs beeinträchtigt werden. Die Mitgliedstaaten müssen sich auch gegenseitig in ihrem Vorgehen unterstützen und ihre Verpflichtungen durch die Verträge der Union und durch die Entscheidungen der Organe erfüllen. Auch in Bezug auf die Rolle der nationalen Regierungen sind die bereits erwähnten Prinzipien – Subsidiaritätsprinzip und Verhältnismäßigkeit – von größter Bedeutung und die nationalen Parlamente müssen für eine effiziente Arbeitsweise, sowohl auf Seiten der Union als auch auf Seiten der Mitgliedstaaten, von den Organen der Union regelmäßig unterrichtet werden.⁷¹

Die Union besitzt keineswegs die alleinige Entscheidungsgewalt in allen Bereichen, auch die Mitgliedstaaten nehmen eine zentrale Rolle ein und kontrollieren das Vorgehen der Union sowie die Modifizierungen der Verträge.⁷²

Des Weiteren stellt die Union nicht nur einen Zusatz zu den nationalen Regierungen dar, sie erweitert und verstärkt die Ressourcen, welche für Nationalstaaten verfügbar sind. Zwischen den Staaten werden Netzwerke gebildet und die nationalen AkteurInnen

⁶⁹ Vgl. ebd.: 16 f

⁷⁰ Vgl. Grande 2000: 18 ff

⁷¹ Vgl. Art. 5 Vertrag über die EU

⁷² Vgl. Gehring 2000: 77

spielen auf jeder Ebene der Union eine signifikante Rolle.⁷³ Darüber hinaus gibt es sowohl Fälle, in denen lediglich die Union tätig werden kann als auch Fälle mit geteilter Zuständigkeit. Bei ersteren können die nationalen Parlamente nur dann aktiv werden, wenn sie ausdrücklich von der Europäischen Union dazu ermächtigt werden. Es kann auch der Fall sein, dass die Union die Mitgliedstaaten zur Koordinierung und Unterstützung auffordert, hier wird jedoch die Zuständigkeit der Union nicht auf die Mitgliedstaaten übertragen.⁷⁴

2.3.4 Entscheidungsfindung und Rechtssetzung

Die grundsätzlichen Rechtsquellen der Europäischen Union sind einerseits der Vertrag über die EU und andererseits der Vertrag über die Arbeitsweise der EU sowie jene Verträge, welche zwischen den Mitgliedstaaten abgeschlossen wurden. Weiters kann das Recht der Union in das Primärrecht und in das sekundäre Recht gegliedert werden. Das Primärrecht bezeichnet alle Verträge der Europäischen Union und deren Modifizierungen und verfolgt zwei Aufgaben: einerseits werden die Kompetenzen der Institutionen und deren Aufbau bestimmt und andererseits bestimmt es das sekundäre Recht.⁷⁵

Das sekundäre Recht beinhaltet Richtlinien, Verordnungen, Empfehlungen und Stellungnahmen. Die Richtlinien sind beispielsweise für die Mitgliedstaaten verpflichtend, jedoch kann die Art und Weise der Umsetzung selbst gewählt werden. Die Verordnungen wiederum sind gegenüber den Mitgliedstaaten verbindlich und unmittelbar.⁷⁶ Des Weiteren beinhaltet das sekundäre Recht alle Pflichten und Maßnahmen, welche von den Organen erlassen werden. Neben den bereits erwähnten grundlegenden Prinzipien – Subsidiaritätsprinzip und Verhältnismäßigkeit – wird bei der Rechtsprechung der Union auch das rechtsstaatliche Prinzip, das Prinzip der Rechtssicherheit sowie der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung verfolgt.⁷⁷

Laut Wolfgang Wessels sind sechs verschiedene Entscheidungsverfahren zu unterscheiden. Erstens gibt es ein Entscheidungsverfahren ohne die Beteiligung des Europäischen Parlaments und zweitens das Verfahren mit Unterrichtung des

⁷³ Vgl. Wallace 2000: 27 f

⁷⁴ Vgl. Art. 2 Abs. 1-2 Vertrag über die Arbeitsweise der EU

⁷⁵ Vgl. Ucakar; Gschiegl 2012: 193 ff

⁷⁶ Vgl. Wessels 2008: 342

⁷⁷ Vgl. Ucakar; Gschiegl 2012: 208

Parlaments. Hier muss das Parlament vom Rat informiert werden, kann jedoch keine Entscheidungen treffen. Drittens gibt es das Konsultations- bzw. Anhörungsverfahren, bei dem ein Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den oder die PräsidentIn des Parlaments übermittelt wird. Dieser teilt den Vorschlag gemäß dem betroffenen Politikbereich einem Ausschuss des Parlaments zu, welcher wiederum seinen Vorschlag dem Plenum präsentiert. Im Anschluss wird eine Stellungnahme dem Rat übermittelt. Der Inhalt der Stellungnahme ist für den Rat nicht bindend, jedoch ist die Anhörung des Parlaments verpflichtend. Viertens gibt es das Kooperations- bzw. Zusammenarbeitsverfahren und fünftens das Zustimmungsverfahren, wobei dem Europäischen Parlament eine vertraglich abgesicherte Vetomöglichkeit gewährleistet wird. Zuletzt kann man das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (früher Mitentscheidungsverfahren) unterscheiden.⁷⁸ Das genaue Vorgehen beim ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und die Bedeutung des Europäischen Parlaments im Zuge des Gesetzgebungsprozesses wird in Kapitel „3. 1 Aufgaben“ näher erläutert.

2.4 Politikbereiche der Europäischen Union

2.4.1 Allgemeines und Policy making

Im Allgemeinen stellt die Politikgestaltung der Union einen Prozess dar, in dem Interaktionen zwischen den nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten und den supranationalen Institutionen der Europäischen Union sowie eine Filterung der Informationen stattfindet. Im Laufe der Zeit entwickelten sich unterschiedliche Sichtweisen in Bezug auf die Politikgestaltung. Einerseits geht man davon aus, dass die Nationalstaaten die Hauptimpulsgeber dieses Prozesses sind und andererseits gibt es jene Ansichtweise, die davon ausgeht, dass die Politikgestaltung in einem internationalen und globalen Kontext stattfindet.⁷⁹

Abschließend kann hier gesagt werden:

„Die EU muß [sic!] also begriffen werden als ein hochkomplexes, integriertes Verhandlungssystem mit mehreren, unterschiedlich definierten und ineinander verschachtelten Politikarenen.“⁸⁰

⁷⁸ Vgl. Wessels 2008: 342 ff

⁷⁹ Vgl. Wallace 2000: 36

⁸⁰ Grande 2000: 14

2.4.2 Außen- und Entwicklungspolitik

Außenpolitik

Grundsätzlich sind die Kommission und der Rat die zentralen Stellen in Bezug auf die Außenpolitik der Union. Die Mitgliedstaaten sind ebenfalls durch nationale BeamtInnen bei der Politikgestaltung beteiligt. Die Kommission führt mit den betroffenen Drittstaaten Verhandlungen, bereitet für den Rat eine Empfehlung vor und tauscht sich ebenfalls mit den nationalen BeamtInnen der Mitgliedstaaten aus. Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass der Rat und die Kommission auch in anderen Bereichen der Außenpolitik die zentralen Rollen einnehmen und die Beteiligung des Europäischen Parlaments zwischen den Bereichen variiert. Grundsätzlich ist bei der Handelspolitik keine Beteiligung des Parlaments vorgesehen, es besteht lediglich eine Informationspflicht. Die klare Zustimmung des Europäischen Parlaments ist bei Abkommen erforderlich, welche finanzielle Folgen für die gesamte Union haben, einen neuen institutionellen Rahmen schaffen oder eine Änderung eines Rechtsakt mit sich bringen, welcher nach dem Mitentscheidungsverfahren entstanden ist.⁸¹

Im Laufe der Zeit wurde eine Vielzahl an Abkommen entwickelt.

Beispielsweise:

- *„das ‚AKP-Abkommen‘ mit Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks,*
- *Abkommen mit Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR),*
- *Assoziierungsabkommen mit Mittelmeeranrainern,*
- *‚Partnerschafts- und Kooperationsabkommen‘, die die EU mit neun Staaten im osteuropäischen und zentralasiatischen Raum mit dem Ziel der Förderung der Wirtschaftsentwicklung und Demokratie abgeschlossen hat,*
- *‚Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen‘ mit Staaten Südeuropas,*
- *bilaterale Handelsabkommen mit mehreren unterschiedlichen Staaten Lateinamerikas und Asiens und*
- *‚Nachbarschaftspolitik mit Staaten Osteuropas, des Kaukasus und des südlichen Mittelmeerraumes.‘⁸²*

Die Außenpolitik der Europäischen Union lässt sich unter anderem in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und in die Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gliedern. Die GASP stellt ein außenpolitisches Sicherheitsregime dar

⁸¹ Vgl. Wessels 2008: 392

⁸² Ebd.: 395

und die EVSP soll das gemeinsame militärische Vorgehen und die militärische Systematik organisieren. Weiters ist der oder die Hohe VertreterIn der Union für Außen- und Sicherheitspolitik für die operative Außenpolitik verantwortlich.⁸³

Die GASP verfolgt darüber hinaus die grundlegenden Ziele der Wahrung der Werte und Interessen der Sicherheit und des Friedens sowie die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und die Demokratieförderung. Die GASP unterscheidet sich klar von der EVSP, da sie keine militärischen Aspekte beinhaltet und durch die EVSP die militärische Interventionsmöglichkeit der Union ausgebaut wurde.⁸⁴

Des Weiteren beinhaltet die GASP fünf hierarchische Ebenen. Die erste Ebene stellt die „*oberste Lenkungs-, Leitungs- und Beschlussinstanz*“⁸⁵ dar. Zweitens gibt es den Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen. Die dritte Ebene ist der oder die bereits erwähnte Hohe VertreterIn. Hier besteht vor allem eine Mischung aus administrativen und politischen Aufgaben sowie unterstützenden Tätigkeiten für den Rat und andere beteiligte AkteurInnen. Die vierte Ebene stellt das sogenannte Politische und Sicherheitspolitische Komitee dar, welches grundsätzlich auch administrative Aufgaben verfolgt. Abschließend setzt sich die fünfte Ebene aus nationalen DiplomatenInnen zusammen, welche sich unter anderem mit der Zusammenarbeit der Botschaften der Mitgliedstaaten in den Drittstaaten beschäftigen.⁸⁶

Ein wichtiger Aspekt der europäischen Außenpolitik ist auch die humanitäre Hilfe. Hier werden konkret Maßnahmen entwickelt um Menschen, welche von Naturkatastrophen oder selbst verursachten Katastrophen betroffen sind, zu helfen. Man verfolgt hier die „*Grundsätze der Unparteilichkeit, der Neutralität und der Nichtdiskriminierung*“⁸⁷

Die wichtigsten Organe und AkteurInnen seitens der Union sind in diesem Zusammenhang das Europäische Parlament, der Rat, das Europäische Friedenskorp und die Kommission. Wobei hier klar angemerkt werden muss, dass es noch eine Vielzahl anderer beteiligter AkteurInnen gibt, welche von großer Bedeutung sind, wie beispielsweise diverse Nichtregierungsorganisationen oder das Internationale Rote Kreuz.

⁸³ Vgl. Hartmann 2008: 40

⁸⁴ Vgl. Wessels 2008: 397

⁸⁵ Ebd.: 398

⁸⁶ Vgl. ebd.: 398 ff

⁸⁷ Art. 214 Abs. 2 Vertrag über die Arbeitsweise der EU

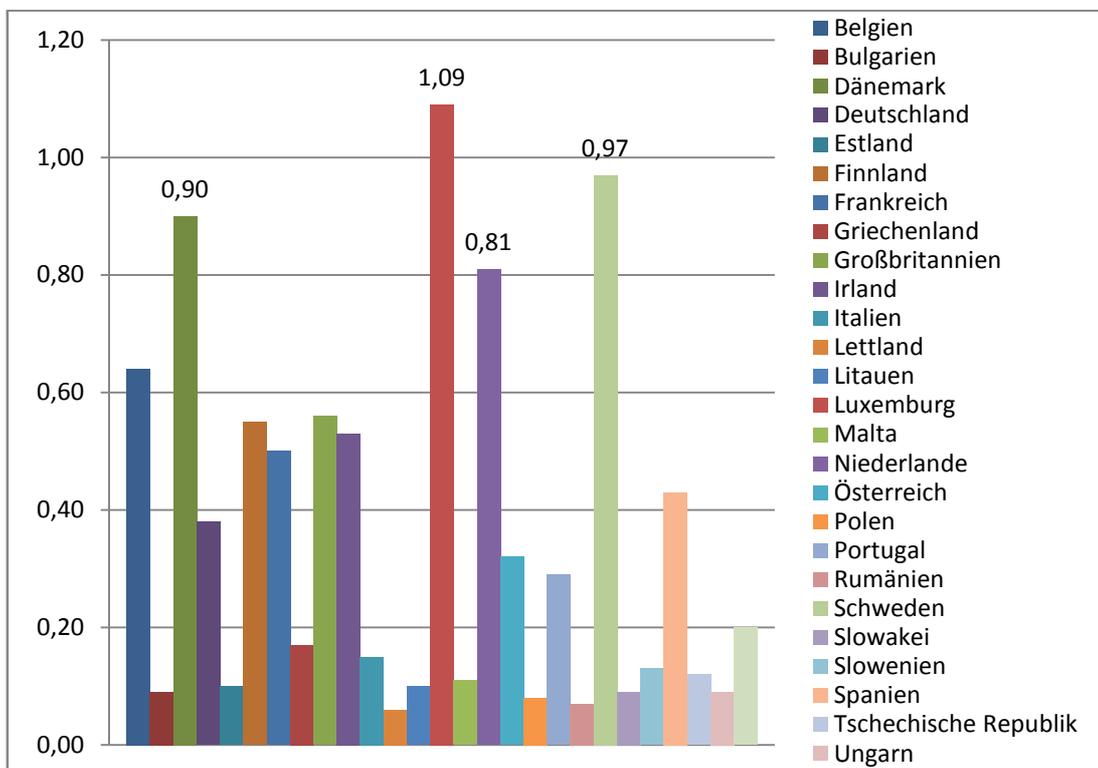
Weitere Aufgaben der Europäischen Außenpolitik sind die militärische Beratung und Unterstützung, die Konfliktverhütung, die Friedenssicherung, jedoch auch militärische Interventionen und Kampfeinsätze sowie die Bekämpfung des Terrorismus.⁸⁸

⁸⁸ Vgl. Art. 43 Abs. 1 Vertrag über die EU

Entwicklungspolitik

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen, Gremien und Ähnliches. In diesem Abschnitt wird es jedoch lediglich einen Überblick über jene Instrumente und Abkommen geben, welche auch konkrete Relevanz für die Arbeit des Entwicklungsausschusses besitzen.

Im Allgemeinen wird es seitens der Union angestrebt, „den Hilfeetat [jedes Mitgliedstaates] bis 2015 auf 0,7 % des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen“.⁸⁹ Im Jahr 2011 konnten diese Zielvorgabe jedoch lediglich vier Mitgliedstaaten der Europäischen Union erreichen – Dänemark, Luxemburg, Niederlande und Schweden.



Grafik 1 ODA⁹⁰-Anteile des BIP der Mitgliedstaaten⁹¹

⁸⁹ Europäisches Parlament 2009: 22

⁹⁰ „The DAC defines ODA as ‘those flows to countries and territories on the DAC List of ODA Recipients and to multilateral institutions which are [...] ii. each transaction of which: a) is administered with the promotion of the **economic development and welfare of developing countries as its main objective**’” (OECD o. J.)

⁹¹ Belgien 0,64 %; Bulgarien 0,09 %; Dänemark 0,90 %; Deutschland 0,38 %; Estland 0,10 %; Finnland 0,55 %; Frankreich 0,50 %; Griechenland 0,17 %; Großbritannien 0,56 %; Irland 0,53 %; Italien 0,15 %; Lettland 0,06 %; Litauen 0,10 %; Luxemburg 1,09 %; Malta 0,11 %; Niederlande 0,81 %; Österreich 0,32 %; Polen 0,08 %; Portugal 0,29 %; Rumänien 0,07 %; Schweden 0,97 %; Slowakei 0,09 %; Slowenien

Zu Beginn der Europäischen Gemeinschaft stand in Bezug auf die Entwicklungspolitik das Abkommen von Yaoundé, welches 1964 sowohl von der EG als auch von 18 afrikanischen Staaten unterzeichnet wurde. 1973 kam es jedoch zu einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Dies führte dazu, dass das Abkommen von Yaoundé nicht verlängert wurde, da es als nicht mehr effizient genug erachtet wurde. Im Anschluss an das Abkommen von Yaoundé trat das Abkommen von Lomé in Kraft. Es wurde von den Mitgliedern der EG sowie von 46 AKP-Staaten unterzeichnet und verfolgte das Ziel eine politische und wirtschaftliche Integration der AKP-Staaten voranzutreiben. Im Jahr 2000 wurde aufgrund der eher mäßigen Erfolge der verschiedenen Lomé-Abkommen das Abkommen von Cotonou in Benin unterzeichnet.⁹²

Ziel des Cotonou-Abkommens ist ebenso die Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft sowie im Allgemeinen die Reduzierung der Armut. Darüber hinaus soll die Privatwirtschaft in den AKP-Staaten gefördert werden und Arbeitsplätze sollten geschaffen werden. Ferner sollen die Zielsetzungen des Abkommens von Cotonou unter der Berücksichtigung bestimmter Grundsätze erreicht werden. Hier sind sowohl die Gleichheit und Eigenverantwortung als auch Partizipation von staatlichen, nichtstaatlichen AkteurInnen und der Zivilgesellschaft sowie der verbesserte Dialog zwischen den Parteien und Differenzierung von großer Bedeutung.⁹³

Der Europäische Entwicklungsfond existiert ebenfalls bereits seit 1957 und insgesamt gab es bis heute zehn Europäische Entwicklungsfonds. Grundsätzlich werden durch den EEF die Maßnahmen zur Förderung der bereits erwähnten Ziele des Cotonou-Abkommens finanziert. Dies beinhaltet sowohl Projekte im politischen und sozialen als auch im wirtschaftlichen Bereich.⁹⁴

„Gegenwärtig gilt der 10. EEF, der den Zeitraum von 2008 bis 2013 abdeckt und ein Finanzvolumen von über 22 Milliarden Euro hat.“⁹⁵

Im Laufe der Zeit wuchs die Anzahl der entwicklungspolitischen Instrumente innerhalb der Union enorm an, was unter anderem eine Herausforderung in Bezug auf die

0,13 %; Spanien 0,43 %; Tschechische Republik 0,12 %; Ungarn 0,09 %; Zypern 0,20 % (vgl. Rat der EU 2011: 7)

⁹² Vgl. ADA 2008: 9 f

⁹³ Vgl. Art 1 Abs. 1, Abs. 4; Art. 2 Abkommen von Cotonou

⁹⁴ Vgl. Hillenbrand 2009: 422

⁹⁵ Martenczuk 2008: 45

effiziente Koordinierung darstellte. 2006 wurden diese Instrumente zusammengefasst und in das *Development Cooperation Instrument* – DCI – umgewandelt.⁹⁶

Das DCI lässt sich in einen geographischen und einen thematischen Schwerpunkt gliedern. Grundsätzlich sind alle Entwicklungsländer vom DCI betroffen, mit Ausnahme der AKP-Staaten. Alle betroffenen Regionen werden mittels spezifischen Länder- und Strategiepapieren seitens der Union betreut.⁹⁷ Die thematischen Schwerpunkte sollen unterstützend zu den Länderpapieren wirken und beinhalten unter anderem Verordnungen im Bereich der Reaktion auf Krisen, Zusammenarbeit bezüglich der nuklearen Sicherheit, die Demokratie- und Menschenrechtsförderung und humanitäre Hilfe in Notsituationen.⁹⁸ Grundsätzlich kann in Bezug auf die Neueinführung des DCI gesagt werden, dass anhand der Kombination von speziellen Länderpapieren mit den thematischen Strategien ein Instrument zur besseren und effizienteren Koordinierung der Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik der Union geschaffen wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt der Entwicklungspolitik der Europäischen Union liegt regional auf der Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten. Hier spielt vor allem die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU eine bedeutende Rolle. Dieses Gremium setzt sich insgesamt aus 78 VertreterInnen der AKP-Staaten und 78 VertreterInnen der Mitgliedstaaten der Union zusammen. Darüber hinaus gibt es zwei PräsidentInnen und 24 VizepräsidentInnen, je zur Hälfte aus den AKP-Staaten und Mitgliedstaaten. Die PräsidentInnen und VizepräsidentInnen bilden gemeinsam das Präsidium der PPV AKP-EU. Zwei Mal im Jahr treffen sich die VertreterInnen aus den beiden Regionen sowohl in einem Mitgliedstaat der Union als auch in einem AKP-Staat. Weiters trifft sich das Präsidium vier Mal pro Jahr um die Aktualität der Arbeiten zu gewährleisten.⁹⁹

„Die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU ist ein demokratisches parlamentarisches Gremium, das der Förderung und der Verteidigung demokratischer Prozesse mit dem Ziel dient, jedem Volk das Recht

⁹⁶ Vgl. Bartelt 2008: 33

⁹⁷ Vgl. Europäisches Parlament 2009: 9 f

⁹⁸ Vgl. Bartelt 2008: 34

⁹⁹ Vgl. Europäisches Parlament 2009: 15

*auf Festlegung eigener Entwicklungsziele und die Wahl der Mittel zu deren Durchsetzung zu sichern.*¹⁰⁰

Darüber hinaus ist die Aufgabe der PPV AKP-EU die Demokratie- und Menschenrechtsförderung, die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, der Minderheitenschutz, die Verbesserung der Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Union und den AKP-Staaten sowie Verbesserungen im Bereich der Gesundheitsförderung und des Umweltschutzes herbeizuführen. Zusammenfassend soll das bedeuten, dass hier eine spezielle Form der Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten und der EU stattfindet, um dieser Region dabei zu helfen, eigenständig eine nachhaltige Entwicklung herbei zu führen.¹⁰¹

Die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele ist eine der bedeutendsten Aufgaben der Europäischen Union und des Entwicklungsausschusses. Im Jahr 2000 wurden im Rahmen einer Konferenz der Vereinten Nationen acht Ziele festgelegt, welche bis 2015 erreicht werden sollen. Der wichtigste Beweggrund für die Einrichtung dieser Ziele ist grundsätzlich die Armutsreduktion weltweit.¹⁰²

Diese acht Ziele sind:

- „ 1. Beseitigung von Hunger und extremer Armut*
- 2. Grundschulbildung für alle Kinder*
- 3. Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Selbstbestimmung der Frauen*
- 4. Senkung der Kindersterblichkeit*
- 5. Verbesserung der Gesundheit der Mütter*
- 6. Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen übertragbaren Krankheiten*
- 7. Gewährleistung ökologischer Nachhaltigkeit*
- 8. Einrichtung einer globalen Entwicklungspartnerschaft.*¹⁰³

Die Vereinten Nationen legten noch weitere konkrete Zielsetzungen in Bezug auf diese acht Ziele fest. Demzufolge sollte sich der Anteil der Menschen, welche weniger als

¹⁰⁰ Ebd.: 15

¹⁰¹ Vgl. ebd.: 15 f

¹⁰² Vgl. ebd. 17

¹⁰³ Ebd.: 17

einen Dollar am Tag zur Verfügung haben bis 2015 halbieren, ebenfalls bis 2015 sollte sich die Sterblichkeit der Mütter um drei Viertel und die Kindersterblichkeit um zwei Drittel verringern. Darüber hinaus soll es bis 2020 laut den Vereinten Nationen eine Verbesserung der Lebensumstände für rund 100 Millionen BewohnerInnen von Slums geben.¹⁰⁴

Weltweit nehmen die globalen Herausforderungen immer schneller zu und dabei stellt die Globalisierung die größte Schwierigkeit dar. Sie kann sowohl positiv als auch negativ wirken. Das heißt, dass einem Teil der Welt Chancen eröffnet werden und andere Teile wiederum negativ betroffen sind. Darüber hinaus stützen sich die MDGs auf sechs Grundwerte. Dies sind Freiheit, das heißt unter anderem, dass Menschen ohne Furcht vor Gewalt und Ähnlichem in Würde leben können; Gleichheit in Bezug auf die Geschlechtergleichstellung; Solidarität und Hilfestellung für diejenigen, die geringere Vorteile haben; Toleranz; Achtung der Natur und gemeinsam getragene Verantwortung.¹⁰⁵

Grundsätzlich ist für die Erreichung der MDGs sowohl eine gute Regierungsführung in den Entwicklungsländern als auch eine effiziente Handelspolitik zwischen den Ländern des Nordens und den Ländern des Südens von großer Bedeutung.¹⁰⁶

Laut dem Bericht 2013 bezüglich des Stands der MDGs wird deutlich, dass teilweise Ziele bereits erreicht wurden und bei anderen noch ein weiter Weg bis zur Erfüllung liegt. Beispielsweise wurde 2010 der Anteil jener Bevölkerungsteile, welche unter der Armutsgrenze leben müssen, im Vergleich zu 1990 halbiert. Betrachtet man dieses Ziel jedoch näher, so wird deutlich, dass 2010 in Afrika südlich der Sahara 48 % der Menschen mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag überleben mussten. Weiters stieg die Trinkwasserversorgung an und in Bezug auf die Bekämpfung von Malaria und Tuberkulose können ebenfalls Verbesserungen im Vergleich zu den 1990er Jahren festgestellt werden. Weitere Fortschritte können bezüglich der Verbesserung der Lebensumstände von SlumbewohnerInnen angemerkt werden. Neben diesen positiven Entwicklungen sind dennoch einige Zielsetzungen weit entfernt, denn beispielsweise wird immer noch eine Vielzahl von Wäldern gerodet und Gewässer leer gefischt, was gegen eine nachhaltige Verbesserung der Umweltzustände weltweit wirkt. Ferner hat

¹⁰⁴ Vgl. Abs. 19 Generalversammlungsresolution 55/2 Vereinte Nationen

¹⁰⁵ Vgl. Abs. 5, Abs. 6 ebd.

¹⁰⁶ Vgl. Abs. 13 ebd.

sich zwar die Kindersterblichkeitsrate im Laufe der Zeit verringert, jedoch ist das vorgeschriebene Ziel der Reduzierung um zwei Drittel nicht erreicht.¹⁰⁷

Im Jahr 2005 wurde zwischen der Europäischen Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik verfasst. Dieser Konsens stellt einen strategischen Leitfaden in Bezug auf die Zusammenarbeit der drei Organe im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit dar.¹⁰⁸

Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik verfolgt die grundsätzlichen Ziele wie beispielsweise die Erreichung der MDGs, die Beseitigung der Armut und eine nachhaltige Entwicklung durch eine verantwortungsvolle Regierungsführung.¹⁰⁹ Der Europäische Konsens stützt sich auf mehrere Grundsätze. Das sind die Förderung der Eigenverantwortung und Partnerschaft und ein politischer Dialog sowohl zwischen den Mitgliedstaaten der Union und den Organen als auch mit der Zivilgesellschaft soll vorangetrieben werden. Ferner stehen die Gleichstellung der Geschlechter und die Berücksichtigung fragiler und instabiler Staaten im Fokus.¹¹⁰

Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik enthält darüber hinaus konkrete Maßnahmen, wie dieser Leitfaden umgesetzt werden soll und die angestrebten Ziele erreicht werden können. Unter anderem sollen Lieferbedingungen und Schulden erlassen werden, Budgethilfen sollten eingerichtet werden und Fonds, welche im Zusammenhang mit der Erreichung der MDGs stehen, unterstützt werden.¹¹¹

2.4.3 Weitere Politikbereiche

Haushalts- und Wirtschaftspolitik

Grundsätzlich erstellt die Kommission einen Vorschlag über die Höhe und das Vorgehen bezüglich der Eigenmittel der Union und das Parlament kann dazu eine Stellungnahme abgeben. Der Rat beschließt im Anschluss die Höhe und Systematik der Eigenmittel. Darüber hinaus kontrollieren und überprüfen der Europäische Rechnungshof und das Amt gegen Betrugsbekämpfung das Vorgehen betreffend des Budgets und des Haushalts der Union. Des Weiteren wird der Haushalt der Union aus Eigenmitteln finanziert, welche sich aus den traditionellen Eigenmitteln wie

¹⁰⁷ Vgl. Vereinte Nationen 2013: 4 ff

¹⁰⁸ Vgl. Europäisches Parlament 2009: 21

¹⁰⁹ Vgl. Art. 1 Europäischer Konsens über die Entwicklungspolitik

¹¹⁰ Vgl. Art. 4 ebd.

¹¹¹ Vgl. Europäisches Parlament 2009: 21 f

beispielsweise Zöllen und Agrarabschöpfungen sowie aus den Anteilen der Mehrwertsteuerabkommen und Finanzbeiträgen der Mitglieder zusammensetzen. Die wichtigsten Ausgaben sind vor allem jene Abgaben, die in der Agrarpolitik getätigt werden und die Ausgaben für die Strukturpolitik.¹¹²

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die Wirtschaftspolitik von gemeinsamem Interesse ist, jedoch führte die bereits erwähnte Gründung der Wirtschafts- und Währungsunion 1999 dazu, dass das System komplexer wurde. Die Basis der Wirtschaftspolitik der Union und der wichtigste Grundsatz ist dennoch, dass eine offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb stattfinden soll. Die Wirtschaftspolitik liegt in erster Linie in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, da auch hier das Subsidiaritätsprinzip verfolgt wird. Die Währungspolitik wiederum wurde der Europäischen Zentralbank und dem Europäischen Rat übertragen.¹¹³

Innen- und Justizpolitik

Die Schwerpunkte der Innen- und Justizpolitik liegen vor allem bei der Einwanderungs- und Asylpolitik sowie bei der Kontrolle der Außengrenzen, der Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen und bei der polizeilichen Zusammenarbeit. Die Organe der Union werden in diesen Bereichen von diversen anderen Stellen und Institutionen unterstützt, wie beispielsweise durch die „*Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit*“¹¹⁴ oder dem Europäischen Polizeiamt, Eurojust oder Frontex.¹¹⁵

Frontex wurde 2005 gegründet und verfolgt Aufgaben wie zum Beispiel die Koordinierung der Mitgliedstaaten bezüglich des Schutzes der Außengrenzen, die Erstellung diverser Risikoanalysen, die Ausbildung von GrenzbeamtInnen sowie die Weiterentwicklung der Forschung in diesem Bereich.¹¹⁶

Eurojust hat seinen Sitz in Den Haag und verfolgt vor allem den Kampf gegen das organisierte Verbrechen und hat überdies noch die Aufgaben der Koordinierung der Ermittlungen bei der Strafverfolgung.¹¹⁷

¹¹² Vgl. Wessels 2008: 354 ff

¹¹³ Vgl. Böttcher 2009: 374 ff

¹¹⁴ Hillenbrand zitiert nach Wessels 2008: 421

¹¹⁵ Vgl. Wessels 2008: 419 ff

¹¹⁶ Vgl. ebd.: 423 f

¹¹⁷ Vgl. Eurojust o. J.

Verbraucherschutz und Umweltpolitik

Die Verbraucherpolitik der Europäischen Union unterstützt lediglich die Politiken der Mitgliedstaaten und ersetzt diese nicht. Es soll unter anderem ein Schutz vor Risiken am Binnenmarkt und der Schutz der VerbraucherInnen gewährleistet werden. Erst 1987 wurde die Verbraucherpolitik zu einem zentralen Politikfeld innerhalb der Union und 2008 wurde seitens der Kommission eine Richtlinie über die Rechte der VerbraucherInnen entwickelt. Dadurch sollen in Zukunft in der gesamten Union gleiche Rechte für alle VerbraucherInnen gelten.¹¹⁸

Die Umweltpolitik der EU verfolgt die Prinzipien der Vorsorge und Vorbeugung, sowie das Ursprungs-, Verursacher- und Querschnittprinzip. Des Weiteren werden vor allem die Vermeidung von langfristigen Umweltschäden und der nachhaltige Schutz verfolgt. In der Anfangsperiode der Union widmete man sich kaum diesem Politikbereich. Im Laufe der Zeit veränderte sich jedoch das Bewusstsein. Hier spielt vor allem das sekundäre Unionsrecht in Form von Richtlinien und Verordnungen eine große Rolle.¹¹⁹

Agrar- und Strukturpolitik

Im Fokus der Agrarpolitik der Union liegen ein gemeinsames Vorgehen aller Mitgliedstaaten sowie eine Produktionssteigerung in der Landwirtschaft und die Einkommen der jeweiligen ErzeugerInnen sollen stabilisiert werden. Darüber hinaus ist auch eine Stabilisierung der Preise von großer Bedeutung..¹²⁰

1999 wurde in Berlin die sogenannte Agenda 2000 entwickelt, welche diverse Anschlussregelungen für das Vorgehen bis zum Ende der 1990er Jahre schaffen sollte. Grundsätzlich blieb das Vorgehen in Bezug auf die Herstellung einer gewissen Marktordnung gleich, es veränderten sich jedoch die Niveaus der Preise. Beispielsweise wurde der Interventionspreis für einige Produkte gesenkt.¹²¹

Die Gegebenheiten innerhalb der Union veränderten sich aufgrund der enormen Erweiterung auf 28 Mitgliedstaaten und auch die Ungleichheit und unterschiedliche Entwicklung innerhalb der Europäischen Union wird immer größer.¹²²

¹¹⁸ Vgl. Maier-Rigaud 2009: 351 ff

¹¹⁹ Vgl. Umbach 2009b: 339 ff

¹²⁰ Vgl. Hartmann 2009: 36

¹²¹ Vgl. Lippert 2009: 58 ff

¹²² Vgl. Hartwig 2009: 322 f

Einen großen Bestandteil der Strukturpolitik stellt der Regionalfond dar. Hier erhalten bestimmte europäische Regionen Beihilfen, falls ein gewisses Durchschnittseinkommensniveau nicht erreicht werden kann. Regionen, die stark davon betroffen sind, sind jene in denen beispielsweise eine Haupteinkommensquelle aus der Industrie aufgrund des Zusammenbruchs eines wichtigen Wirtschaftszweigs, verloren ging. Weiters werden auch jene Regionen gefördert, in denen die Arbeitslosigkeit langfristig nicht gesenkt werden kann und überdurchschnittlich hoch ist.¹²³

Die Instrumente der Strukturpolitik der Europäischen Union sind weiters Subventionen oder Darlehen sowie die Strukturfonds und der Kohäsionsfond. Grundlegende Ziele der Strukturfonds sind unter anderem die regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu steigern sowie eine europäische territoriale Zusammenarbeit zu errichten. Neben den bereits erwähnten grundlegenden Prinzipien der Union ist auch das Prinzip der Solidarität von größter Bedeutung. Die Struktur- und Regionalpolitik der Union ist ein Ausdruck dieses Prinzips, denn der voranschreitenden Ungleichheit innerhalb der Europäischen Union muss entgegen gewirkt werden.¹²⁴

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit

Grundsätzlich sind aufgrund des Subsidiaritätsprinzips immer noch die Mitgliedstaaten für die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit zuständig, jedoch soll auf europäischer Ebene die grenzüberschreitende Strafverfolgung, der Informationsaustausch und das Vorgehen gegen das organisierte Verbrechen vollzogen werden. Seit dem Maastrichter-Vertrag gibt es eine gemeinsame Politik der Mitgliedstaaten und der Union als Ganzes.¹²⁵

2.5 Die Organe der Europäischen Union

Die Organe der Europäischen Union werden hier lediglich kurz dargestellt, da der Fokus der Analyse auf dem Europäischen Parlament und in diesem Zusammenhang auf dem Entwicklungsausschuss liegt. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit der Tätigkeit des Europäischen Parlaments und den Ausschüssen wird es in Kapitel ‚3. Grundlagen des Europäischen Parlaments‘ geben.

¹²³ Vgl. Hartmann 2009: 37

¹²⁴ Vgl. Hartwig 2009: 326 ff

¹²⁵ Vgl. Hartmann 2009: 38

Der Europäische Rat

Die Aufgaben des Rats sind breit gefächert. Er ist allem voran Impulsgeber für eine nachhaltige Entwicklung der Union sowie die oberste Führungsinstanz der Union. Weiters werden von ihm die Orientierungs-, Lenkungs- und Leitungsfunktionen ausgeführt und auch die wirtschaftspolitische Koordinierung ist Teil des Aufgabengebiets. Im Europäischen Rat sind aus den Mitgliedstaaten die Staats- und Regierungschefs, die KanzlerInnen, die MinisterpräsidentInnen sowie der oder die PräsidentIn der Kommission vertreten. Darüber hinaus ist auch das Europäische Parlament in Form des oder der PräsidentIn vertreten, da zu Beginn jeder Sitzung des Rats der Standpunkt des Parlaments dargelegt wird. Diese Personen können weiters durch die AußenministerInnen oder andere MinisterInnen und Mitglieder der Kommission unterstützt werden.¹²⁶

Bezüglich der Beschlussfassung kann angemerkt werden, dass keine Abstimmungen an sich getätigt werden, sondern gewisse Politikpakete durch Verhandlungen seitens der Staat- und Regierungschefs geschnürt werden.¹²⁷

Der Rat der Europäischen Union

Der Rat der Europäischen Union stellt die Stimme der Mitgliedstaaten dar. Er ist für die Realisierung der Ziele, die in den Verträgen festgelegt wurden, verantwortlich. In Bezug auf wichtige Maßnahmen zur Politik- und Systemgestaltung besitzt der Rat die Letztentscheidungsbefugnis. Weiters stellt er das zentrale Entscheidungsorgan bei der Fiskal- und Wirtschaftspolitik dar. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament ist der Rat der Europäischen Union das Gesetzgebungsorgan und besitzt somit eine Legislativfunktion. Das Parlament und der Rat stellen darüber hinaus auch die Haushaltsbehörde der Union dar.¹²⁸

Im Rat der EU ist ein oder eine MinisterIn pro Mitgliedstaat vertreten und in den Ratssitzungen wird jedeR MinisterIn von BeamitInnen unterstützt. Die nationale Administration bereitet den Rat in Bezug auf Sitzungen, Gespräche, Diskussionen oder Treffen vor. Neben diesen Stellen wird der Rat auch noch durch stark differenzierte Ausschüsse und Arbeitsgruppen und ein Generalsekretariat unterstützt. Das oberste

¹²⁶ Vgl. Wessels 2008: 155 ff

¹²⁷ Vgl. Wessels 2009: 208

¹²⁸ Vgl. Umbach 2009a: 307; vgl. Wessels 2008: 192 f; vgl. Benkö 2013

Beamtengremium stellt der Ausschuss der Ständigen Vertreter dar. Des Weiteren besitzt der Rat einen rotierenden Vorsitz, welcher alle sechs Monate wechselt und derzeit ist dies Litauen.¹²⁹

Die Europäische Kommission

Die Europäische Kommission ist für die Anwendung der Verträge verantwortlich und wird aus diesem Grund häufig als die Hüterin der Verträge bezeichnet. Gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof ist sie für die Überwachung der Anwendung des Unionsrechts zuständig. Darüber hinaus führt die Kommission den Haushaltsplan aus und besitzt eine Koordinierungs-, Exekutiv- und Verwaltungsfunktion. Auch in Bezug auf die Gesetzgebung wird die Kommission tätig, da jeder Gesetzgebungsakt nur auf Vorschlag der Union erlassen werden darf (sofern in den Verträgen nichts anderes festgelegt ist).¹³⁰

Die Kommission besteht aus unabhängigen Mitgliedern der Mitgliedstaaten, welche weiters durch Generaldirektionen und Kabinette unterstützt werden. Die Generaldirektionen sind unter anderem für die Verwaltung der Kommission verantwortlich und sind hierarchisch strukturiert. Die Kabinette sind den KommissarInnen direkt unterstellt und stellen eine Gruppe von politischen Vertrauten dar.¹³¹

Der Europäische Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof ist die letzte Instanz in Bezug auf Rechtsfragen und hat die Verantwortung für die Überprüfung der Auslegung und Anwendung der Verträge inne. Weiters ist der Gerichtshof grundsätzlich nur für die erste Säule der Union zuständig, jedoch besteht auch der Fall, dass er in der dritten Säule – Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – tätig wird. In der zweiten Säule – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – ist der EuGh nicht zuständig. Weiters besteht der Gerichtshof aus je einem oder einer RichterIn pro Mitgliedstaat, welche durch eine vollkommene Unabhängigkeit charakterisiert sind. Darüber hinaus werden

¹²⁹ Vgl. Wessels 2008: 198 ff

¹³⁰ Vgl. Art. 17 Abs. 1-2 Vertrag über die EU

¹³¹ Vgl. Wessels 2008: 247

dadurch auch die Mitgliedstaaten zu einem gewissen Maß an der Rechtsprechung beteiligt.¹³²

Das Europäische Parlament

Seit 1979 wird das Europäische Parlament von den BürgerInnen der Union direkt gewählt. Der Präsident des Parlaments ist derzeit Martin Schulz, er wird von 14 VizepräsidentInnen unterstützt. Seit dem Vertrag von Lissabon ist das EP in allen Bereichen der Gesetzgebung vertreten und ist neben dem Rat der Europäischen Union das zweite Gesetzgebungsorgan. Derzeit gibt es insgesamt 751 ParlamentarierInnen und sieben Fraktionen. Die Bedeutung der europäischen politischen Parteien hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen und am bedeutendsten sind die Europäische Volkspartei und die Partei der SozialdemokratInnen. Weiters besitzt das Parlament drei Arbeitsorte. Die Verwaltung befindet sich in Luxemburg, die monatlichen Plenartagungen werden in Straßburg abgehalten und wiederum die Ausschüsse befinden sich in Brüssel.¹³³

Die Europäische Zentralbank, der Europäische Rechnungshof

Die Europäische Zentralbank ist kein Organ der Union, sie ist jedoch in den Verträgen verankert. Sie hat ihren Sitz in Frankfurt. Ferner ist die Zentralbank für die Koordination der Geldpolitik in den Euro-Staaten zuständig und legt die Leitzinsen fest. Darüber hinaus ist sie unter anderem für die Ausgabe der Banknoten und die Kontrolle der Kreditinstitute zuständig.¹³⁴

Der Europäische Rechnungshof kontrolliert die Einnahmen und Ausgaben der Union und überprüft somit den Haushalt in Bezug auf seine Wirtschaftlichkeit und Rechtmäßigkeit.¹³⁵ Des Weiteren besteht er aus je einem Mitglied pro Mitgliedstaat, welches vom Rat für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt wird. Aus der Gesamtheit dieser Mitglieder wird seitens einE PräsidentIn gewählt.¹³⁶

¹³² Vgl. ebd.: 257 ff

¹³³ Vgl. Benkö 2013

¹³⁴ Vgl. Wessels 2008: 320

¹³⁵ Vgl. Ucakar; Gschiegl 2012: 206

¹³⁶ Vgl. Europäische Union o.J.: Der Europäische Rechnungshof

3 Grundlagen des Europäischen Parlaments

Zu Beginn muss darauf hingewiesen werden, dass jegliches Handeln und alle Maßnahmen des Europäischen Parlaments auf den bereits erwähnten Werten der Europäischen Union beruhen. Das heißt, dass unter anderem der Fokus auf den Erhalt der Menschenwürde, die Wahrung der Menschenrechte, eine nachhaltige Entwicklung, der sozialen Gerechtigkeit, eine allgemeine Gleichstellung, wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sowie wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt gelegt wird.¹³⁷

Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass die Bedeutung, die Zuständigkeiten und auch die Inklusion des Parlaments in diverse politische Prozesse im Laufe der Zeit stark zugenommen haben.

Im Fokus des Handelns des EP stehen vor allem Ziele wie beispielsweise die Wahrung der Integrität und Demokratie sowie die Sicherstellung der Unabhängigkeit der Mitglieder. Des Weiteren muss die Charta der Grundrechte in allen Bereichen berücksichtigt werden und ihre Einhaltung unter allen Umständen gewährleistet werden.¹³⁸

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Europäischen Parlaments ist, dass es drei Arbeitsorte besitzt. Ein großer Teil der allgemeinen Sitzungen des Parlaments sowie die Arbeiten der Ausschüsse finden in Brüssel statt. Die Plenartagungen ein Mal im Monat werden jedoch in Straßburg abgehalten. Darüber hinaus befindet sich die Verwaltung des EP in Luxemburg. Im Laufe der Zeit gab es immer wieder Diskussionen in Bezug auf diese Besonderheit, da man vermehrt der Meinung war, dass die Arbeit des Parlaments an einem dieser Orte – bevorzugter Weise Brüssel – zusammengelegt werden sollte. Während diesen Diskussionen und Auseinandersetzungen kam es immer wieder zu einem Veto Frankreichs, da man dort gegen eine Zusammenführung war und somit wurde Brüssel nicht alleiniger Sitz des Parlaments und die Plenartagungen werden weiterhin in Straßburg abgehalten.¹³⁹

¹³⁷ Vgl. Art. 3 Abs. 3 Vertrag über die EU

¹³⁸ Vgl. Art. 6 Abs. 1; Art. 36 Abs. 1 Geschäftsordnung des EP

¹³⁹ Vgl. Vortrag Benkö 2013

3.1 Aufgaben

Grundsätzlich kann in Bezug auf die Aufgaben des Europäischen Parlaments gesagt werden, dass es durch den Vertrag von Lissabon zu weitreichenden Veränderungen kam. Vor diesem Vertrag hatte das EP lediglich ein informelles Informationsrecht und nur wenig berücksichtigte Zustimmungs- und Kontrollrechte zur Verfügung. Nach dem Vertrag von Lissabon hat das Parlament ein unbestreitbares Mitentscheidungsrecht inne und sein Zustimmungs- und Kontrollrecht wird von allen Organen berücksichtigt. Des Weiteren ist auch eine Zustimmung des EP zur Verabschiedung diverser Handelsabkommen erforderlich.¹⁴⁰

Die Zuständigkeiten nationaler Parlamente lassen sich nur bis zu einem gewissen Maße auf die Aufgaben des Europäischen Parlaments übertragen. In Bezug auf die Gesetzgebung ist das EP nicht alleine zuständig, es ist also ein Mitgesetzgeber. Im nächsten Abschnitt wird auf die zentralen Aufgaben des Europäischen Parlaments eingegangen: Gesetzgebung, Haushaltsbefugnisse, Kontrolle und Personalentscheidungen bzw. Besetzung diverser Ämter.¹⁴¹

Ein interessanter Aspekt der Gesetzgebung der Union ist, dass ein sogenanntes institutionelles Dreieck zusammenwirkt. Dieses besteht aus dem Rat der Europäischen Union, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament. Es legt zum Einen das Gesetzgebungsprogramm fest und zum Anderen werden auch zu Beginn des Verfahrens die Modalitäten und der Zeitplan fixiert.¹⁴² Das EP an sich ist nicht in der Lage ein Gesetz selbst anzuordnen, dies liegt in der Kompetenz der Kommission, das Parlament kann lediglich Vorschläge unterbreiten. Es gibt dennoch die Möglichkeit der BürgerInnen eine Petition an das EP zu stellen, welches wiederum die Kommission darauf hinweisen kann, dass seitens der Unionsbürgerschaft der Wunsch nach einem Gesetz in Bezug auf eine bestimmte Materie besteht.¹⁴³

Des Weiteren werden seitens des Europäischen Parlaments ein oder mehrere zuständige Ausschüsse, die für den vom Gesetzesverfahren betroffenen Bereich zuständig sind, damit beauftragt Stellungnahmen zu erarbeiten. Dem EP und den zuständigen

¹⁴⁰ Vgl. Maurer 2009b: 53 f

¹⁴¹ Vgl. Neisser 2010: 65

¹⁴² Vgl. Art. 35 Abs. 1 Geschäftsordnung des EP

¹⁴³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2010

Ausschüssen muss darüber hinaus der Zugang zu allen erforderlichen Dokumenten gewährleistet werden. Die Kommission und der Rat müssen die zuständigen Ausschüsse ebenfalls bezüglich des Verfahrens an sich und anfallende Änderungen mit den aktuellen Informationen versorgen.¹⁴⁴

Wie bereits aufgezeigt wurde, gibt es mehrere Gesetzgebungsverfahren, welche sich nach dem Grad der Beteiligung des Europäischen Parlaments unterscheiden. Das häufigste Verfahren innerhalb der Europäischen Union ist das ordentliche Gesetzgebungsverfahren.

Im Zuge des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens wird zu Beginn seitens der Kommission ein Vorschlag an das Parlament und den Rat gerichtet, wobei der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und der Ausschuss der Regionen (AdR) eine Stellungnahme erstellen müssen. Innerhalb des EP wird der Akt an den zuständigen bzw. federführenden Ausschuss übermittelt, in dem eine weitere Stellungnahme erstellt wird. Die Kommission ist jedoch in der Lage, diesen verfassten Standpunkt abzuändern. Der Rat kann diese Stellungnahmen des Europäischen Parlaments entweder mit qualifizierter Mehrheit billigen oder ablehnen. Lehnt der Rat ab, so wird wiederum ein Standpunkt erstellt und die Kommission muss dazu Stellung nehmen. Das Parlament hat in dieser Situation mehrere Möglichkeiten auf den Standpunkt zu reagieren. Dies muss aber innerhalb von drei Monaten geschehen. Das Europäische Parlament kann dem Vorschlag zustimmen und der Rechtsakt wird in einem weiteren Schritt erlassen. Es kann aber auch der Fall eintreten, dass das Parlament die Stellungnahme ablehnt oder eine Modifizierung des Vorschlags fordert. Der Rat muss hier ebenfalls innerhalb von drei Monaten reagieren. Er kann zum Einen den Änderungen des Parlaments zustimmen und somit den Rechtsakt erlassen oder die Änderungen des Parlaments nicht akzeptieren. In diesem Fall muss ein sogenannter Vermittlungsausschuss eingeschaltete werden. Hier ist es möglich, dass die Parteien sich dennoch nicht einigen und der Rechtsakt endgültig abgelehnt wird.¹⁴⁵

Eine weitere Aufgabe des EP ist die Genehmigung des mehrjährigen Finanzrahmens, welcher seitens des Rats erstellt wird. Im Laufe der Zeit wurde die Rolle des Parlaments im Haushaltsverfahren enorm erweitert. Ein interessanter Aspekt beim Haushaltsverfahren ist, dass dies im Zuge eines besonderen Gesetzgebungsverfahrens

¹⁴⁴ Vgl. Art. 39 Abs. 1-2 Geschäftsordnung des EP

¹⁴⁵ Vgl. Wessels 2008: 344 ff

durchgeführt wird und auch hier ein Vermittlungsausschuss eingesetzt werden kann, sollte es zu keiner Einigung kommen.¹⁴⁶ Hier wird deutlich, dass eine klare Abgrenzung der Aufgaben des Parlaments kaum möglich ist, da eine Verflechtung der Bereiche stattfindet. Die Befugnisse des Europäischen Parlaments im Zuge des Haushaltsverfahrens können somit nicht ohne die Berücksichtigung des Gesetzgebungsverfahrens betrachtet werden.

Die Genehmigung des Haushaltsplans erfolgt in mehreren Schritten. Zu Beginn gibt es eine Prüfung des Entwurfs, wobei auch hier die zuständigen Ausschüsse Modifizierungen erarbeiten können, jedoch nicht müssen. Das heißt, dass der Haushaltsplan als angenommen gilt, wenn es keine Änderungen seitens des Parlaments und der Ausschüsse gibt.¹⁴⁷

In den meisten Fällen finden jedoch Triloggespräche statt, bei denen die PräsidentInnen des Parlaments, der Kommission und des Rats versuchen, ihre Standpunkte anzunähern. Sollte eine Annäherung nicht möglich sein bzw. ein gemeinsamer Standpunkt nicht gefunden werden, so wird der bereits erwähnte Vermittlungsausschuss eingesetzt.¹⁴⁸

Hier wird deutlich, dass der Haushaltsplan der Union erst nach vielen Verhandlungen unterschiedlicher Parteien angenommen wird. Darüber hinaus gibt es auch alljährliche Kontrollen und Prüfungen seitens des Europäischen Parlaments in Bezug auf die Ausführung des Haushalts.

Das Europäische Parlament hat im Rahmen seiner Kontrollfunktion mehrere Möglichkeiten die Arbeit der anderen Organe zu überprüfen. Zum Einen gibt es das sogenannte Interpellationsrecht, was bedeutet, dass das Parlament das Recht besitzt, Fragen an die Kommission zu richten. Zum Anderen kann das EP die anderen europäischen Institutionen dazu verpflichten, Berichte und Stellungnahmen bezüglich ihrer Arbeit vorzulegen. Darüber hinaus kann das Europäische Parlament Untersuchungsausschüsse einsetzen und die Möglichkeit eines Misstrauensvotums gegenüber der Kommission besteht ebenfalls.¹⁴⁹

Dieses Misstrauensvotum kann nur gegenüber der gesamten Europäischen Kommission geltend gemacht werden und führt zu einem Rücktritt der gesamten Kommission.

¹⁴⁶ Vgl. Neisser 2010: 67

¹⁴⁷ Vgl. Art. 75b Abs. 1, Abs. 7 Geschäftsordnung des EP

¹⁴⁸ Vgl. Art. 75c-d ebd.

¹⁴⁹ Vgl. Neisser 2010: 68

Neben diesen Punkten gibt es auch noch einen oder eine Bürgerbeauftragte.¹⁵⁰ Wollen sich BürgerInnen beispielsweise über die Organe der Union, die Arbeitsweise oder Ähnliches beschweren, können sie dies bei dem oder der Bürgerbeauftragten machen. Daraufhin wird seitens des oder der Bürgerbeauftragten eine Untersuchung eingeleitet.¹⁵¹

Das Europäische Parlament ist weiters dafür zuständig zu prüfen, ob etwaige Rechtsakte finanzielle Auswirkungen für die Union haben und ob diese von der Europäischen Union gedeckt werden können. Ferner wird auch die Einhaltung des mehrmals erwähnten Subsidiaritätsprinzips seitens des Parlaments überprüft.¹⁵²

Das Europäische Parlament spielt ebenso eine wichtige Rolle in Bezug auf die Besetzung der Ämter der anderen europäischen Organe. Der Europäische Rat schlägt dem Parlament eine Person für das Amt des oder der PräsidentIn der Europäischen Kommission vor. Im Anschluss müssen diese Personen ihre Ziele gegenüber dem Parlament erläutern. Das EP wählt am Ende mit einer Mehrheit den oder die PräsidentIn der Kommission. Im Anschluss schlagen der Rat und der oder die gewählte PräsidentIn die anderen Mitglieder der Kommission dem Parlament vor.¹⁵³ Die Mitglieder müssen beim zuständigen Ausschuss des Parlaments eine Stellungnahme abgeben und auf diverse Fragen eingehen. Letztendlich entscheidet das Europäische Parlament im Plenum über die Zusammensetzung der Europäischen Kommission.¹⁵⁴

Darüber hinaus ist das Europäische Parlament auch bei der Ernennung der Mitglieder des Rechnungshofs und der europäischen Zentralbank beteiligt.¹⁵⁵

3.2 Zusammensetzung

3.2.1 Mitglieder

Grundsätzlich hat das Europäische Parlament 751 Sitze, jedoch verfügt es nach dem Vertrag von Lissabon in der Legislaturperiode von 2009 bis 2014 über 754 Sitze. Dies ist deshalb möglich, weil der Vertrag erst nach der Wahl der 754 Abgeordneten in Kraft trat und die Stimmen bzw. die Wahl ins Parlament einem oder einer ordentlich

¹⁵⁰ Vgl. Borchardt 2010: 57

¹⁵¹ Vgl. Art. 228 Abs. 1 Vertrag über die Arbeitsweise der EU

¹⁵² Vgl. Art. 38 Abs. 1; Art. 38a Abs. 1 Geschäftsordnung des EP

¹⁵³ Vgl. Art. 105 Abs. 1-3 ebd.

¹⁵⁴ Vgl. Art. 106 Abs. 3, Abs. 6 ebd.

¹⁵⁵ Vgl. Neisser 2010: 69

gewählten Abgeordneten nicht im Nachhinein aberkannt werden konnte. In der nächsten Phase muss die Zahl von 751 Sitzen jedoch eingehalten werden. Ferner gibt es eine Mindestgrenze in Bezug auf die Sitzanzahl pro Mitgliedstaat, welche bei sechs Sitzen liegt und eine Obergrenze, die sich bei 96 Sitzen befindet.¹⁵⁶

Der oder die PräsidentIn des Europäischen Parlaments wird von den Fraktionen oder 40 Mitgliedern vorgeschlagen und in Form einer geheimen Wahl gewählt.¹⁵⁷ Der derzeitige Präsident ist Martin Schulz. Die Aufgaben des Parlamentspräsidenten sind unter anderem die Leitung sämtlicher Arbeiten innerhalb des Europäischen Parlaments, die Führung des Vorsitzes und die Leitung der Sitzungen sowie die Überprüfung der Übereinstimmung diverser Berichte mit der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, die Einhaltung der Geschäftsordnung und die Vertretung des Parlaments bei internationalen Zusammenkünften.¹⁵⁸

Der Präsident wird von 14 VizepräsidentInnen unterstützt, welche in einem ersten Wahlgang ebenfalls mittels geheimer Wahlen gewählt werden. Stehen im Anschluss noch nicht alle VizepräsidentInnen fest, so wird ein zweiter Wahlgang unter denselben Bedingungen abgehalten.¹⁵⁹

Die VizepräsidentInnen vertreten den Präsidenten und in diesem Zusammenhang ist es auch möglich, dass das Europäische Parlament an sich von einem der VizepräsidentInnen vertreten wird.¹⁶⁰ Im Anschluss werden fünf QuästorInnen ernannt, deren Aufgaben im Bereich der Verwaltung und finanziellen Entscheidung liegen.¹⁶¹

Der Präsident des Europäischen Parlaments, die VizepräsidentInnen und die QuästorInnen bilden gemeinsam das Präsidium, das eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren inne hat. Die Aufgaben des Präsidiums sind die interne Organisation, die Pflege der Beziehungen zwischen den Organen der Union und den Institutionen außerhalb sowie das Treffen von Entscheidungen in Bezug auf finanzielle Belange innerhalb des Parlaments und die Erstellung eines vorläufigen Haushaltsentwurfs sowie die Festlegung der Befugnisse der QuästorInnen.¹⁶²

¹⁵⁶ Vgl. Borhardt 2010: 50 f

¹⁵⁷ Vgl. Art. 13 Abs. 1 Geschäftsordnung des EP

¹⁵⁸ Vgl. Art. 20 Abs. 1-2 ebd.

¹⁵⁹ Vgl. Art. 15 Abs. 1 ebd.

¹⁶⁰ Vgl. Art. 21 Abs. 1-3 ebd.

¹⁶¹ Vgl. Art. 26 ebd.

¹⁶² Vgl. Borhardt 2010: 51; Art. 23 Abs. 2-3, Abs. 7 Geschäftsordnung des EP

Darüber hinaus gibt es parallel dazu die Konferenz der PräsidentInnen. Diese besteht aus dem oder der PräsidentIn und den Fraktionsvorsitzenden. Die Konferenz der PräsidentInnen bereitet die Plenartagungen vor und trifft die Entscheidungen über die Zusammensetzung der parlamentarischen Ausschüsse sowie die Zuständigkeiten und Organisation der Delegationen.¹⁶³ Die Konferenz verfügt auch über die Befugnis, eine Abwahl diverser AmtsträgerInnen wie beispielsweise des oder der PräsidentIn, der VizepräsidentInnen, der Ausschussvorsitzenden oder der QuästorInnen vorzuschlagen. Hierfür sind jedoch drei Fünftel der Stimmen der Konferenz notwendig.¹⁶⁴

Überdies wird das Präsidium von einem unparteiischen Generalsekretariat in seiner bürokratischen und organisatorischen Tätigkeit unterstützt. Demzufolge ist der Generalsekretär des Europäischen Parlaments der oder die hierarchisch höchste BeamtIn des Parlaments. Im Grunde ist das Generalsekretariat dafür zuständig, dass das komplexe System des Parlaments funktioniert. Bis zu einem gewissen Maße kann es auch Einfluss auf die Haushalts- und Personalvorschläge nehmen.¹⁶⁵

3.2.2 Fraktionen

Die Zusammensetzung der Fraktionen wird in Form von allgemeinen, unmittelbaren, geheimen und freien Direktwahlen durchgeführt. Darüber hinaus handelt es sich um Verhältniswahlen. Mitgliedern des Parlaments ist es weiters nicht gestattet gleichzeitig AbgeordneteR eines nationalen Parlaments oder Mitglied der Kommission, des Europäischen Gerichtshofs, des Rechnungshofs oder des Wirtschaft- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen zu sein.¹⁶⁶

Bis heute gab es insgesamt sieben Direktwahlen des Europäischen Parlaments. Die erste fand 1979 statt und die letzte im Jahr 2009, die Abgeordneten wurden jeweils für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt. Grundsätzlich war die Wahlbeteiligung bei den Direktwahlen eher gering und es entsteht der Anschein, dass es sich immer noch um einzelne Wahlen in den Nationalstaaten handelt als um eine gesamteuropäische Wahl innerhalb der Union.¹⁶⁷

¹⁶³ Vgl. Dialer 2010a: 38

¹⁶⁴ Vgl. Art. 19 Geschäftsordnung des EP

¹⁶⁵ Vgl. Dialer 2010a: 39 f

¹⁶⁶ Vgl. Neisser 2010: 62 f

¹⁶⁷ Vgl. Corbett; Jacobs; Shackelton 2005: 29

Die Fraktionen des EP spiegeln grundsätzlich die politische Orientierung wieder und nicht die Nationalitäten ihrer Mitglieder. Derzeit gibt es insgesamt sieben Fraktionen:

- *„Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) (EVP);*
- *Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament (S&D);*
- *Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE);*
- *Europäische Konservative und Reformisten (EKR);*
- *Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz (GRÜNE/EFA);*
- *Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (KVEL/NGL);*
- *Fraktion ‚Europa der Freiheit und der Demokratie‘ (EFD).“¹⁶⁸*

Die Europäische Volkspartei ist die älteste Fraktion des Europäischen Parlaments und wurde 1976 gegründet und im Jahr 1992 folgte die sozialdemokratische Fraktion. Im Laufe der Zeit nahm die Bedeutung der Fraktion zu und ein wichtiger Meilenstein dazu war der Vertrag von Maastricht.¹⁶⁹

In Bezug auf die Größe der Fraktionen ist anzumerken, dass die Mitglieder aus mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten stammen müssen und eine Mindestanzahl von 25 Personen erforderlich ist. Es gibt jedoch auch eine Ausnahmeregelung, die es möglich macht, dass eine Fraktion kleiner sein kann. Der oder die PräsidentIn des Europäischen Parlaments und die Konferenz der PräsidentInnen müssen dem Bestehen einer zu kleinen Fraktion jedoch zuerst zustimmen. Dies ist des Weiteren auch nur dann möglich, wenn die Mitglieder aus mindestens einem Fünftel der Mitgliedstaaten kommen und es ist nicht möglich, dass eine Person mehreren Fraktionen angehört.¹⁷⁰

Ferner können sogenannte informelle Arbeitsgruppen gebildet werden, wobei es hier möglich ist, dass mehrere Fraktionen in dieser Gruppe vertreten sind, da der Zweck dieser informellen Gruppierungen ein fraktionsübergreifender Austausch ist.¹⁷¹

Neben den bereits erläuterten Mitgliedern gibt es ebenso fraktionslose Mitglieder. Sie gehören keiner Fraktion an, werden aber – wie die anderen Fraktionen – von einem

¹⁶⁸ Bundeszentrale für politische Bildung 2009

¹⁶⁹ Vgl. ebd. 2009

¹⁷⁰ Vgl. Art. 30 Abs. 2-4 Geschäftsordnung des EP

¹⁷¹ Vgl. Art. 32 Abs. 1 ebd.

Sekretariat in ihren Tätigkeiten unterstützt. Ebenfalls Unterstützung erhalten sie vom Präsidium des Europäischen Parlaments.¹⁷²

Abschließend kann bezüglich der Fraktionen gesagt werden, dass ihre wichtigste Funktion darin liegt, gemeinsame europäische Entscheidungen zu treffen und nicht den Willen der nationalen Parlamente wieder zu spiegeln. Aufgrund ihrer Zusammensetzung nach der politischen Orientierung und nicht nach der Nationalität der Mitglieder tragen die Fraktionen viel zur gesamteuropäischen Willensbildung bei.¹⁷³

3.2.3 Ausschüsse im Allgemeinen

3.2.3.1 Entwicklung

Zur Zeit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl gab es 1953 bereits sieben Ausschüsse und bis heute verdreifachte sich diese Zahl fast. Während der Phase der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Euratom erhöhte sich die Anzahl der Ausschüsse auf dreizehn. Bereits nach der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament 1979 wurde die Anzahl der Ausschüsse erneut von dreizehn auf sechzehn erhöht und bis 1999 bestanden bereits 20 verschiedene Ausschüsse. Diese Zahl wurde jedoch zwischenzeitlich auf siebzehn reduziert. Man war der Meinung, dass der grundlegende Zweck der Ausschüsse – nämlich die Entlastung des Europäischen Parlaments an sich – aufgrund der großen Anzahl der Ausschüsse nicht mehr voll und ganz gewährleistet werden konnte. 2004 wurde die Anzahl der parlamentarischen Ausschüsse jedoch erneut auf 20 erhöht.¹⁷⁴ Darüber hinaus wurde beispielsweise der Regional- und Transportausschuss im Laufe der Zeit in zwei autonome Ausschüsse geteilt – den Ausschuss für regionale Entwicklung und den Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr. Der Außenhandel, welcher zuvor in einen anderen Ausschuss integriert war, bekam ebenfalls einen eigenständigen Ausschuss für internationalen Handel.¹⁷⁵

¹⁷² Vgl. Art. 33 Abs. 1-2 ebd.

¹⁷³ Vgl. Karas 2010: 255

¹⁷⁴ Vgl. Corbett; Jacobs; Shackelton 2005: 120

¹⁷⁵ Vgl. Dialer 2010b: 149

Heute gibt es 20 ständige parlamentarische Ausschüsse.

Abkürzung	Ausschuss
AFET Unterausschüsse: • DROI • SEDE	Auswärtige Angelegenheiten Menschenrechte Sicherheit und Verteidigung
DEVE	Entwicklung
INTA	Internationaler Handel
BUDG	Haushalt
CONT	Haushaltskontrolle
ECON	Wirtschaft und Währung
EMPL	Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Umweltfragen, öffentliche Gesundheit, Lebensmittelsicherheit
ITRE	Industrie, Forschung, Energie
IMCO	Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Regionale Entwicklung
AGRI	Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischerei
CULT	Kultur und Bildung
JURI	Recht
LIBE	Bürgerliche Freiheit, Justiz, Inneres
AFCO	Konstitutionelle Fragen
FEMM	Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionen

Tabelle 1 Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments¹⁷⁶

3.2.3.2 Typen von Ausschüssen

Innerhalb des Europäischen Parlaments können mehrere Typen von Ausschüssen unterschieden werden. Erstens gibt es die bereits erwähnten ständigen Ausschüsse. Dies sind derzeit 20. Wird ein Gesetzgebungsvorschlag seitens der Kommission oder des Rats an das EP übermittelt, so wird einer dieser 20 ständigen Ausschüsse damit betreut und eine Stellungnahme erarbeitet. In einem nächsten Schritt wird diese im Plenum

¹⁷⁶ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Verzeichnis der Ausschüsse

diskutiert und erst nach etwaigen Abänderungen innerhalb des EP, stellt sie den allgemeinen Standpunkt des Parlaments dar.¹⁷⁷

Zweitens gibt es nichtständige Ausschüsse. Sie unterscheiden sich aufgrund ihrer Themenschwerpunkte von den ständigen Ausschüssen, da sie meist auf aktuelle Ereignisse wie die Finanzkrisen reagieren müssen. Das heißt, dass sie innerhalb von kurzer Zeit eingesetzt werden können. Grundsätzlich gibt es diese nichtständigen Ausschüsse für 12 Monate, dies kann jedoch auch verlängert werden.¹⁷⁸

Drittens gibt es im Parlament neutrale Ausschüsse. Sogenannte neutrale Ausschüsse sind beispielsweise der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter, der Ausschuss für Fischerei oder der Petitionenausschuss. Hier handelt es sich um Ausschüsse, welche nicht gesetzgeberische tätig werden bzw. in den Gesetzgebungsprozess nicht miteinbezogen werden. Sie werden als neutral bezeichnet, weil Abgeordnete trotz der Mitgliedschaft in einem dieser Ausschüsse wie bereits erwähnt, gleichzeitig noch in einem anderen Ausschuss ein ordentliches Mitglied sein können.¹⁷⁹

Viertens können die Untersuchungsausschüsse unterschieden werden. Diese Ausschüsse können von einer bestimmten Anzahl von Mitgliedern des EP verlangt werden, der erforderliche Antrag muss jedoch eine Begründung enthalten. Die Frist der Untersuchungsausschüsse beträgt ebenso 12 Monate und kann verlängert werden.¹⁸⁰

3.2.3.3 Mitglieder

Innerhalb der Ausschüsse gibt es unterschiedliche Positionen – ordentliche und stellvertretende Mitglieder, KoordinatorInnen, BerichterstatterInnen, SchattenberichterstatterInnen, den Vorsitz und den Vorstand – auf welche hier im Anschluss eingegangen wird. Darüber hinaus sollen auch mögliche Beweggründe der Abgeordneten für ihre Tätigkeit in einem bestimmen Ausschuss aufgezeigt werden.

Die Mitglieder der Ausschüsse werden immer für eine Amtszeit von 2,5 Jahren in der ersten Sitzung nach den Wahlen zum Europäischen Parlament gewählt. Grundsätzlich werden die KandidatInnen für die Position als ordentliches und stellvertretendes

¹⁷⁷ Vgl. Dialer 2010b: 147 ff

¹⁷⁸ Vgl. ebd.: 160

¹⁷⁹ Vgl. McElroy 2006: 8

¹⁸⁰ Vgl. Dialer 2010b: 161 f

Mitglied von der Konferenz der PräsidentInnen vorgeschlagen und die endgültige Entscheidung darüber treffen die Fraktionen. Am wichtigsten ist hierbei, dass die Zusammensetzung innerhalb der Fraktionen das Fraktionsgefüge im Parlament widerspiegeln sollte.¹⁸¹ Ein wichtiger Punkt bezüglich des Fraktionswechsels eines Mitglieds muss an dieser Stelle ebenfalls genannt werden. Sollte der Fall eintreten, dass ein ordentliches oder stellvertretendes Mitglied die Fraktion wechselt, so bleibt es trotzdem den Rest der Amtszeit im Ausschuss. Lediglich wenn die Ordnung bezüglich der Fraktionszugehörigkeit innerhalb des Ausschusses aufgrund des Wechsels massiv gestört wird, kann die Konferenz der PräsidentInnen Verbesserungsvorschläge für das weitere Vorgehen tätigen.¹⁸²

Im Normalfall sind Abgeordnete in einem Ausschuss als ordentliches Mitglied und in einem weiteren Ausschuss als StellvertreterIn tätig. Es kann jedoch auch der Fall eintreten, dass Abgeordnete in mehreren Ausschüssen als ordentliche Mitglieder tätig sind und in einem weiteren Ausschuss stellvertretend. Dies ist möglich, da es die bereits erwähnten neutralen Ausschüsse gibt.¹⁸³ In eher seltenen Fällen können Personen auch gleichzeitig in zwei nichtneutralen Ausschüssen ordentliche Mitglieder sein. Im Vergleich dazu gibt es jene Abgeordneten, die in keinem Ausschuss tätig sind, dies ist beispielsweise der Präsident des Europäischen Parlaments. Martin Schulz ist derzeit in keinem Ausschuss vertreten, jedoch führt er den Vorsitz der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum und ist somit Mitglied der Konferenz der Delegationsvorsitzenden.¹⁸⁴

Es gibt weiters unterschiedliche Gründe, für die Wahl eines Ausschusses. Unter anderem kann das Prestige, welches von Seiten der BürgerInnen und innerhalb des Parlaments gegenüber bestimmten Ausschüssen vorherrschend ist, ausschlaggebend sein sowie das persönliche Interesse oder die Fachkenntnisse. Diese individuellen Wünsche können jedoch nicht immer bei der Ernennung von neuen Mitgliedern berücksichtigt werden, da wie bereits erwähnt, das Fraktionsgefüge im Parlament wiedergespiegelt werden sollte. Aufgrund der Tatsache, dass ordentliche Mitglieder eines Ausschusses in manchen Fällen die Mitgliedschaft bei einem anderen Ausschuss

¹⁸¹ Vgl. Art. 183; Art. 186 Abs. 1 Geschäftsordnung des EP

¹⁸² Vgl. Art. 186 (Hervorhebung) ebd.

¹⁸³ Vgl. Cobett; Jacobs; Shackelton 2005: 122

¹⁸⁴ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Martin Schulz

präferierten und in diesem bevorzugten Ausschuss lediglich stellvertretende Mitglieder wurden, gibt es oft Fälle, bei denen die Mitglieder in ihrer stellvertretenden Rolle mehr Einsatz zeigen als in jener als ordentliche Mitglieder. Die Rolle der stellvertretenden Mitglieder darf nicht unterschätzt werden. Sie haben wie ordentliche Mitglieder Stimmrechte und besitzen auch Abstimmungsrechte, sollte ein ordentliches Mitglied nicht anwesend sein. Darüber hinaus weisen Richard Corbett, Francis Jacobs und Michael Shackelton darauf hin, dass in der Vergangenheit nur sehr wenige Abgeordnete länger als zehn Jahre Mitglied in ein und demselben Ausschuss waren. In den letzten Jahren veränderte sich jedoch dieser Trend, was wiederum bedeutet, dass die Gesetzgebung dadurch seitens der Mitglieder langfristig verändert und beeinflusst werden kann.¹⁸⁵

Neben den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern gibt es ebenfalls den Vorstand. Dieser setzt sich aus dem Vorsitz des Ausschusses und den stellvertretenden Mitgliedern zusammen.¹⁸⁶

In der aktuellen Periode von 2009 bis 2014 hat die Fraktion der Europäischen Volkspartei insgesamt zehn Vorsitze, die Sozialdemokratische Fraktion besitzt den Vorsitz in sechs Ausschüssen, die ALDE haben zwei Vorsitze inne, die Grünen ebenso zwei und die EKR und VEL/NGL lediglich einen. Das bedeutet, dass die Europäische Volkspartei im Vergleich zur vorherigen Wahlperiode einen Vorsitz dazu gewann. In Bezug auf die Vorsitze der Grünen gab es ebenfalls Veränderungen im Vergleich zur vorigen Periode. Die Fraktion besitzt jetzt den Vorsitz des Entwicklungsausschusses, welcher zuvor bei der sozialdemokratischen Fraktion lag und auch der Vorsitz des Unterausschusses für Menschenrechte liegt nun bei den Grünen.¹⁸⁷

Aufgabe der Vorsitzenden ist es, die Ausschusssitzungen zu leiten, die Tagesordnung zu gestalten und den Ausschuss gegenüber anderer Institutionen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union zu vertreten,¹⁸⁸

Grundsätzlich kann in Bezug auf die Vorsitze der einzelnen Ausschüsse abschließend gesagt werden:

„Die Vorsitzenden können je nach der politischen Dynamik und dem Prestige, das sie im Europäischen Parlament genießen, großen Einfluss ausüben.“¹⁸⁹

¹⁸⁵ Vgl. Corbett; Jacobs; Shackelton 2005: 123

¹⁸⁶ Vgl. Art. 190 Abs. 1 Geschäftsordnung des EP

¹⁸⁷ Vgl. Dialer 2010: 154 f

¹⁸⁸ Vgl. Europäisches Parlament 2009:6

Die KoordinatorInnen werden von den Fraktionen ernannt und spielen eine wichtige Rolle innerhalb des Machtsystems der Ausschüsse, da sie einerseits für die Vergabe der Berichte zuständig sind und andererseits über Tagesordnung entscheiden. Darüber hinaus treffen sie die Entscheidungen darüber, welche Delegationsreisen vollzogen werden, welche Studien erstellt werden und welche ExpertInnen angehört werden.¹⁹⁰

Die BerichterstatterInnen werden von den KoordinatorInnen vorgeschlagen und die letztendliche Entscheidungen liegen bei den Fraktionen. Die BerichterstatterInnen sind Mitglieder der Ausschüsse und ihre Aufgabe ist es einen Entwurf zu einem Gesetzesvorschlag der Kommission zu erarbeiten. Darüber hinaus müssen sie einerseits ihre persönliche Meinung in Bezug auf eine bestimmte Materie und in diesem Zusammenhang auf einen Bericht im Ausschuss darlegen und andererseits müssen sie die Meinung des Ausschusses im Plenum darstellen. Weiters schlagen die BerichterstatterInnen die Zeitpläne im Ausschuss vor oder ändern diese gegebenenfalls ab und können Anhörungen und Arbeitsgruppen einberufen. Sie sind im Grunde die Hauptverantwortlichen eines Berichtsentwurfs und führen die Verhandlungen mit den anderen legislativen Organen – dem Rat und der Kommission. Ferner ist es ihre Aufgabe, Diskussionen zu einem Bericht in Gang zu bringen und alle Maßnahmen zu treffen, um die Annäherungen der beteiligten Diskussionsparteien positiv zu beeinflussen.¹⁹¹

Die SchattenberichterstatterInnen werden ebenfalls von den Fraktionen ernannt, jedoch nicht von derselben, wie jene des oder der BerichterstatterIn. Die Aufgabe der SchattenberichterstatterInnen ist es, die Entwicklungen während der Erstellung des Berichtsentwurfs zu beobachten. Darüber hinaus müssen sie dafür sorgen, dass innerhalb der Ausschüsse und während der Verhandlungen Kompromisse gefunden werden. Es liegt auch in ihrem Zuständigkeitsbereich, dass Konflikte während dieser Arbeiten vermieden bzw. ausgeräumt werden.¹⁹²

¹⁸⁹ Dialer 2010: 155

¹⁹⁰ Vgl. ebd.: 158

¹⁹¹ Vgl. Aulehla 2010: 207 ff

¹⁹² Vgl. ebd.: 208 f

Die Ausschüsse werden in ihrer Arbeit von den Ausschussesekretariaten unterstützt. Ihre Aufgabe ist es die organisatorischen Tätigkeiten innerhalb des Ausschusses durchzuführen sowie die vorläufigen Texte und Inhalte der Berichtsentwürfe zu verfassen. Neben diesen Angelegenheiten werden die Treffen zwischen den BerichtersteratterInnen und den SchattenberichtersteratterInnen von den Sekretariaten arrangiert.¹⁹³ Darüber hinaus sind sie dafür zuständig, dass die einzelnen Mitglieder der Ausschüsse mit externen Informationen und Hintergrundwissen versorgt werden. Auch die legislative Planung innerhalb der einzelnen Ausschüsse wird von den Sekretariaten durchgeführt.¹⁹⁴

3.2.3.4 Arbeitsweise

Grundsätzlich erfolgt die Aufgabenzuweisung an die ständigen parlamentarischen Ausschüsse durch die Konferenz der PräsidentInnen. Im Allgemeinen sind die Ausschüsse dafür zuständig, Fragen, welche in ihren Themenbereich fallen, zu bearbeiten und anschließend dem Plenum vorzustellen. Tritt der Fall ein, dass das Plenum den Standpunkt des Ausschusses ebenfalls vertritt, so wird er zur offiziellen Meinung des Europäischen Parlaments. Andernfalls müssen Änderungen vorgenommen werden.¹⁹⁵

Es kann auch der Fall sein, dass die Zuständigkeit nicht voll und ganz klar ist. Tritt dies ein, so kann die Konferenz der PräsidentInnen die Zuständigkeit innerhalb von vier Wochen prüfen. Es ist durchaus möglich, dass mehrere Ausschüsse für eine Materie geeignet sind. Hier muss jedoch einer dieser Ausschüsse als federführend ernannt werden und zwei weitere sind mitberatende Ausschüsse. Darüber hinaus ist es nicht möglich, dass mehr als drei Ausschüsse an einem Beschluss mitwirken.¹⁹⁶ Die mitberatenden Ausschüsse können Verbesserungsvorschläge anmerken, jedoch liegt die endgültige Abstimmung in den Händen des federführenden Ausschusses. Des Weiteren können auch sogenannte Initiativberichte seitens der Ausschüsse getätigt werden. Hier wird der Ausschuss selbst aktiv. Neben diesem Instrument können auch öffentliche Anhörung durchgeführt werden, bei denen ExpertInnen, Sachverständige oder

¹⁹³ Vgl. Dialer 2010: 159

¹⁹⁴ Vgl. Europäisches Parlament 2009: 6

¹⁹⁵ Vgl. ebd.: 7

¹⁹⁶ Vgl. Art. 188 Abs. 1-2 Geschäftsordnung des EP

Betroffene angehört werden, was wiederum die Transparenz der Arbeiten der Ausschüsse steigert.¹⁹⁷

Die Debatten um die Zuständigkeiten und Kompetenzbereiche der einzelnen Ausschüsse, bietet oft einen großen Raum für Diskussionen und Auseinandersetzungen. Darüber hinaus besitzen nicht alle Ausschüsse die gleiche Gewichtung oder das gleiche Prestige. In Bezug auf Ausschüsse mit einer kleinen Mitgliederzahl kann gesagt werden, dass im Vergleich zu den größeren Ausschüssen von ihnen weniger Vorschläge zur einzelnen Beschlüssen oder der Gesetzgebung eingeholt werden.¹⁹⁸

Die Ausschusssitzungen werden in den meisten Fällen vom Vorsitz oder von dem oder der PräsidentIn einberufen. Es ist möglich, dass andere Organe der Europäischen Union wie beispielsweise die Europäische Kommission oder der Rat an den Sitzungen teilnehmen, wenn sie von den Vorsitzenden der Ausschüsse eingeladen werden.¹⁹⁹

3.2.3.5 Bedeutung der Ausschüsse

Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die Abgeordneten bei ihrer Tätigkeit in den Ausschüssen oft das meiste Engagement und den größten Arbeitseinsatz leisten, da sich diese Tätigkeiten oft auf ihre speziellen individuellen Interessen und Kompetenzen beziehen. Es kann auch laut Gail McElroy gesagt werden, dass die parlamentarischen Ausschüsse das Arbeitsparlament der Europäischen Union darstellen.²⁰⁰

Wie bereits des Öfteren im Laufe der Arbeit erwähnt wurde, hat die Bedeutung des EP an sich im Laufe der Zeit enorm zugenommen. Dies führte in logischer Folge auch dazu, dass sich die Kompetenzen, die Rolle und die Wahrnehmung der parlamentarischen Ausschüsse ebenso stark veränderten. Eine der grundsätzlichen Funktionen der Ausschüsse ist es, das Parlament zu unterstützen und in diesem Zusammenhang die Arbeit des selbigen mit Hilfe der Ausschüsse effizienter zu gestalten. Innerhalb der parlamentarischen Ausschüsse besteht eine Konzentration von Fachwissen und Expertise und dadurch wird die Gesetzgebung innerhalb der gesamten Europäischen Union seitens der parlamentarischen Ausschüsse beeinflusst. Durch die Arbeit eines Abgeordneten innerhalb eines Ausschusses kann weiters die vorherrschenden Kompetenzen aufgebaut und spezialisiert werden bzw. neues Wissen

¹⁹⁷ Vgl. Dialer 2010: 155 f

¹⁹⁸ Vgl. Corbett; Jacobs; Shackelton 2005: 122

¹⁹⁹ Vgl. Art. 193 Abs. 1-2 Geschäftsordnung des EP

²⁰⁰ Vgl. McElroy 2006: 6

angehäuft werden. Diese Wissensproduktion und der effiziente Einsatz davon, kreieren einen Vorteil oder zumindest eine Gleichstellung des Europäischen Parlaments gegenüber den anderen gesetzgestaltenden Organen in der Union.²⁰¹

In einigen Studien wird darauf hingewiesen, dass die Mitglieder der parlamentarischen Ausschüsse nicht immer nur den kollektiven Standpunkt des Ausschusses vertreten. Oft findet bis zu einem gewissen Maß eine Beeinflussung der Gesetzgebung ihrerseits statt. Man kann hier anmerken, dass es möglich ist, dass Mitglieder die Gesetzgebung ganz bewusst aufgrund ihrer Arbeit im Ausschuss – ob zu ihren Gunsten oder nicht kann an dieser Stelle nicht klar gesagt werden – beeinflussen können. Es kann somit der Fall eintreten, dass die Gesamtposition des Parlaments bei der Gesetzgebung durch die Tätigkeit und Beeinflussung eines oder mehrerer Mitglieder, bewusst in eine Richtung gesteuert wird.²⁰²

Des Weiteren haben die Ausschüsse an sich auch konkrete Auswirkungen auf ihre Mitglieder. Durch die parlamentarischen Ausschüsse ist es den Mitgliedern möglich, sich auf ein bestimmtes Politikfeld zu fokussieren und darüber hinaus können einzelne Mitglieder ihren Status und ihre Stellung gegenüber anderen, durch ihre Tätigkeit in einem bestimmten Ausschuss, ausbauen.²⁰³

Ferner gibt es zwei unterschiedliche Ansichten in Bezug auf den Zweck der parlamentarischen Ausschüsse. Einerseits geht man davon aus, dass die Ausschüsse das System der Gesetzgebung und Politikgestaltung im Europäischen Parlament verbessern und vereinfachen sollten. Andererseits gibt es die Ansicht, dass die Koordinierung der Abgeordneten aufgrund der parlamentarischen Ausschüsse erleichtert werden kann. Auch bei diesen beiden Punkten kann davon ausgegangen werden, dass Abgeordnete die parlamentarischen Ausschüsse ganz bewusst auswählen um die Gesetzgebung in bestimmten Politikfeldern zu beeinflussen. Wie bereits erwähnt, kann es jedoch dennoch sein, dass die persönlichen Interessen nicht berücksichtigt werden, da das Fraktionsgefüge des Parlaments in den Ausschüssen wiedergespiegelt werden muss.²⁰⁴

²⁰¹ Vgl. Mamadouh; Raunio 2003: 333 f

²⁰² Vgl. Costello; Thomson 2010: 220

²⁰³ Vgl. ebd.: 219

²⁰⁴ Vgl. McElroy 2006: 9 f

Es muss in Bezug auf die Bedeutung der Ausschüsse auch angemerkt werden, dass technische Ausschüsse und jene, welche in einem sehr engen und speziellen Politikbereich agieren, unter den Mitgliedern des Parlaments kein besonders großes Maß an Beliebtheit genießen. Demgegenüber kann beispielsweise der Ausschuss für Auswertige Angelegenheiten aufgrund der außenpolitischen Thematik als sehr beliebt bezeichnet werden. Man könnte an dieser Stelle in Bezug auf die spezielleren Ausschüsse wie den FEMM oder auch konkret den DEVE behaupten, dass jene Mitglieder, die bei diesen Ausschüssen tätig sind, sich tatsächlich für diese Materie interessieren und nicht aus Prestige Gründen Mitglieder sind. Die Ausschüsse werden des Weiteren oft aufgrund der Anzahl der legislativen Berichte und Initiativberichte ausgewählt. Weiters gibt es große Unterschiede in Bezug auf die Geschlechterverteilung in den Ausschüssen. Darüber hinaus gibt es laut Dialer auch ethnische Unterschiede, welche konkret beim DEVE deutliche werden, da eine Vielzahl der Mitglieder aus den ehemaligen europäischen Kolonialgebieten stammen.²⁰⁵

Ob diese Behauptung bezüglich der Nationalitäten der Ausschussmitglieder des Entwicklungsausschusses stimmen und auf die genauen Beweggründe und Qualifikationen der Mitglieder wird jedoch im späteren Teil noch näher eingegangen.

3.2.4 Entwicklungsausschuss

Die grundsätzliche Aufgabe des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments ist es, die Arbeit zwischen der Union und den Entwicklungsländern zu koordinieren. Es soll auch vor allem ein besserer Dialog mit anderen Institutionen innerhalb und außerhalb der Union sowie mit nichtstaatlichen und lokalen AkteurInnen und der Zivilgesellschaft bezüglich einer besseren und effektiveren Entwicklungspolitik erreicht werden. Ferner soll der Fortschritt in Bezug auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele vorangetrieben werden und überwacht werden. Die global vorherrschende Armut soll im Allgemeinen reduziert werden.²⁰⁶

Die wichtigsten Aufgabengebiete des DEVE sind die Lenkung der Entwicklungszusammenarbeit der Union, die Haushaltsüberwachung, die Demokratie- und Menschenrechtsförderung, die Verbesserung der Beziehungen zu den AKP-Staaten,

²⁰⁵ Vgl. Dialer 2010: 151 f

²⁰⁶ Vgl. Europäisches Parlament 2009: 3 ff

die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, die Bereitstellung von humanitärer Hilfe in Notsituationen und den Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik voranzutreiben. Des Weiteren ist es Aufgabe des DEVE den Handel der Union mit Entwicklungsländern, AKP-Staaten und Ländern des Mittelmeerraums zu überprüfen und ebenfalls den Haushalt und die Ausgaben der EU in den Bereichen der humanitären Hilfe und Menschenrechtsförderung sowie nachhaltiger Entwicklung zu kontrollieren.²⁰⁷

Ferner soll durch den Entwicklungsausschuss konkret eine Förderung der Demokratie und der Menschenrechte sowie der guten Regierungsführung und Korruptionsbekämpfung stattfinden. Es soll überdies eine Stärkung der Zivilgesellschaft in den Entwicklungsländern vorangetrieben werden. Der DEVE beobachtet kontinuierlich die aktuelle Lage in den Entwicklungsländern sowohl in Bezug auf Politik als auch auf die Gesellschaft um rasch auf Krisen zu reagieren. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen innerhalb der Europäischen Union, wie beispielsweise der Kommission oder dem DROI, ist von großer Bedeutung. Grundsätzlich findet alle zwei Monate eine Anhörung bezüglich der Situation in einem bestimmten Land in Bezug auf die Förderung und Einhaltung der Menschenrechte statt. Neben den Ausschüssen nehmen ebenfalls lokale AkteurInnen und die Zivilgesellschaft an diesen Treffen teil. Darüber hinaus finden Delegationsreisen der Mitglieder des DEVE in Gebiete statt, welche durch Instabilität gekennzeichnet sind oder mit dem Wiederaufbau beschäftigt sind. Wahlbeobachtungsmissionen finden ebenso statt um die Demokratieförderung und Rechtstaatlichkeit voran zu treiben.²⁰⁸

Für den Entwicklungsausschuss ist die Erreichung der MDGs von sehr großer Bedeutung und vor allem der Kampf gegen HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria sowie die Förderung der Bildung in Entwicklungsländern hat große Relevanz. Hier wird Wert darauf gelegt, dass die Menschen zum Einen informiert werden und in diesem Zusammenhang Zugang zu präventiven Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsversorgung bekommen. Zum Anderen soll eine ausreichende medizinischen Versorgung und die Verfügbarkeit von erschwinglichen Medikamenten gewährleistet werden.²⁰⁹

²⁰⁷ Vgl. ebd.: 9 ff

²⁰⁸ Vgl. ebd.: 13 f

²⁰⁹ Vgl. ebd.: 18

3.2.5 Delegationen

Das Europäische Parlament verfügt neben den Ausschüssen und dem gesamten Plenum über sogenannte Delegationen. Die Abgeordneten des Parlaments werden in einer oder mehreren Delegationen Mitglieder. Des Weiteren gibt es einen Vorsitz der Delegationen, welcher die zuständigen Ausschüsse über die Arbeiten der Delegationen informieren muss. Der Vorsitz kann auch in den Ausschusssitzungen das Wort ergreifen, wenn Aspekte besprochen werden, welche die Tätigkeit der Delegation betreffen. Ferner gibt es die Konferenz der Delegationsvorsitzenden. Sie koordiniert die Arbeit der einzelnen Delegationen.²¹⁰

Die Delegationen pflegen die Beziehungen und Kontakte des Parlaments zu Drittstaaten und sollen im Wesentlichen dazu beitragen, dass die Demokratie, die Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit außerhalb Europas gefördert werden. Die Delegationen sind nicht am Gesetzgebungsverfahren des Europäischen Parlaments beteiligt und treffen sich lediglich in unregelmäßigen Zeitabständen.²¹¹ Darüber hinaus sind sie für die Überprüfung bezüglich der Einhaltung der Verpflichtungen, die durch den Abschluss der Abkommen entstehen, verantwortlich. Das Wissen innerhalb des Europäischen Parlaments in Bezug auf Drittstaaten soll mit Hilfe der Delegationen ausgeweitet und intensiviert werden. Wichtig ist hier darauf hinzuweisen, dass in den Delegationen nicht das Fachwissen in Bezug auf eine bestimmte Materie, sondern eine Länderexpertise ausschlaggebend ist. Die Delegationen unterscheiden sich ganz allgemein in die Delegationen mit Beziehungen einzelner Regionen innerhalb Europas und außerhalb der Union sowie ständigen und ad hoc Delegationen.²¹² Darüber hinaus können diese allgemeinen Gruppierungen noch weiter spezifiziert werden.

Es gibt *„Delegationen zu Parlamentarischen Kooperationsausschüssen (PKA), [...] Delegationen zu Gemischten Parlamentarischen Ausschüssen (GPA), [...] Delegationen, um bilaterale parlamentarische Kontakte zwischen der EU und dritten Staaten zu stärken [...], Delegationen zu anderen interparlamentarischen Delegationen [und] Delegationen zu Parlamentarischen Versammlungen.“*²¹³

²¹⁰ Vgl. Gahler; Schlomach 2010: 332

²¹¹ Vgl. Dialer 2010: 45

²¹² Vgl. Gahler; Schlomach 2010: 331 ff

²¹³ Ebd.: 334

Im Rahmen der PKA wird großer Wert darauf gelegt, dass eine Annäherung zwischen den europäischen Staaten außerhalb der Europäischen Union und der Union an sich stattfindet. Die interparlamentarischen Delegationen pflegen enge Beziehungen mit dem Ausschuss für auswärtiges Handeln und dem Entwicklungsausschuss. Diese beiden Ausschüsse kontrollieren die Delegationen und Überwachen ihre Tätigkeit.²¹⁴

3.3 Beschlussfassung

Im Normalfall ist für den Beschluss eines Rechtsakts die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen ausschlaggebend. Aufgrund der Tatsache, dass die Rolle des Europäischen Parlaments jedoch in den letzten Jahrzehnten immer wichtiger wurde, verschärfte sich das System der Beschlussfassung. Somit kann es ebenso der Fall sein, dass eine absolute Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Parlaments erforderlich ist. Wie bereits erwähnt, ist es möglich, dass das Parlament gegenüber der Europäischen Kommission ein Misstrauensvotum äußert, hierzu sind jedoch zwei Drittel der abgegebenen Stimmen notwendig.²¹⁵

Grundsätzlich ist das Europäische Parlament erst ab der Anwesenheit von mindestens einem Drittel der Mitglieder beschlussfähig, dennoch kann es jeder Zeit die Tagesordnung festlegen oder Protokolle genehmigen. Es ist weiters auch möglich, dass der oder die PräsidentIn des Europäischen Parlaments die Beschlussfähigkeit trotz der Anwesenheit von weniger als 40 Mitgliedern beschließt.²¹⁶

3.4 Bedeutung des Europäischen Parlaments

Ein wichtiger Aspekt in Bezug auf die Beziehungen der nationalen Parlamente zur Union und konkret zum Europäischen Parlament ist, dass die Möglichkeit einen oder eine BeobachterIn zu entsenden. Das heißt, dass ein Mitgliedstaat in der Phase von der Unterzeichnung des Beitrittsvertrags bis zum Inkrafttreten des Vertrags einen oder eine BeobachterIn aus dem eigenen nationalen Parlament benennt. Das nationale Parlament wird von dem oder der PräsidentIn des Europäischen Parlaments und von der Konferenz der PräsidentInnen dazu angewiesen, eine bestimmte Anzahl von BeobachterInnen zu

²¹⁴ Vgl. ebd.: 332 ff

²¹⁵ Vgl. Borchardt 2010: 59

²¹⁶ Vgl. Art. 155 Abs. 1-4 Geschäftsordnung des EP

ernennen. Der Zweck dieser BeobachterInnen ist, dass die Nationalstaaten somit schon vor dem offiziellen Inkrafttreten des Vertrags an den Sitzungen teilnehmen können und dort oder in den Ausschüssen und Fraktionen ebenso mitwirken können, jedoch ist es ihnen nicht gestattet, ihre Stimmen abzugeben.²¹⁷

Das Maß der Transparenz der Arbeiten des Europäischen Parlaments ist auch ausschlaggebend für die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten, den Mitgliedstaaten, den anderen Organen der Union und auch mit internationalen Institutionen.

Im Normalfall sind die Sitzungen des Europäischen Parlaments und der Ausschüsse öffentlich zugänglich, jedoch gibt es bestimmte Materien, deren Bearbeitung und Diskussion nur exklusive öffentlicher Personen stattfinden.²¹⁸

In Bezug auf die Zusammenarbeit mit anderen Organen der Union und der Bedeutung bzw. die Rolle des Parlaments besteht ein Initiativrecht des EP. Dieses Recht ermöglicht es dem Europäischen Parlament und vor allem den zuständigen Ausschüssen die Kommission dazu aufzufordern, neue Unionsakte zu erlassen oder bestehende Akte abzuändern.²¹⁹

Das Europäische Parlament hat ebenfalls großen Einfluss auf die Zusammensetzung der einzelnen Organe und die Besetzung wichtiger Ämter. Das EP ist bei der Wahl des oder der PräsidentIn der Kommission, der Mitglieder der Kommission, der Zusammensetzung des Europäischen Rechnungshofs und der Europäischen Zentralbank beteiligt.²²⁰

Die Bedeutung des Europäischen Parlaments nahm im Laufe der Zeit enorm zu und seine Zuständigkeiten wurden ausgeweitet. Dies betrifft auch den Abschluss internationaler Abkommen, da das EP und die zuständigen Ausschüsse regelmäßig über die stattfindenden Verhandlungen informiert werden müssen. Gegebenenfalls besteht für das Europäische Parlament die Möglichkeit, den Abschluss eines internationalen Abkommens zu verhindern. Darüber hinaus verfügt der Europäische Gerichtshof über

²¹⁷ Vgl. Art. 11 Abs. 1-2 ebd.

²¹⁸ Vgl. Art. 103 Abs. 2-3 ebd.

²¹⁹ Vgl. Art. 42 Abs. 1 ebd.

²²⁰ Vgl. Neisser 2010: 69

eine Gutachterfunktion und neben der endgültigen Verhinderung oder dem Abschluss eines internationalen Abkommens kann auch diese Funktion seitens des Parlaments in Anspruch genommen werden, um Einfluss zu nehmen und den Rechtsakt genau zu überprüfen.²²¹

Eine der wichtigsten Maßnahmen bezüglich der Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Drittstaaten und Entwicklungsländer ist die Paritätische Parlamentarische Versammlung EU-AKP. Hier steht der soziale Dialog zwischen den Staaten des globalen Nordens und des globalen Südens im Fokus und vor allem jener mit den AKP-Staaten. Während der Versammlung sollen gemeinsame Ideen und Lösungsstrategien erarbeitet werden und auch Beschlüsse in Bezug auf die Entwicklungspolitik der Union umgesetzt und fokussiert werden. Die Treffen der PPV AKP-EU finden zwei Mal pro Jahr statt, einmal in einem Staat der Europäischen Union und einmal in einem AKP-Staat. Darüber hinaus steht aufgrund der Grundsätze der Demokratieförderung und der Rechtsstaatlichkeit eine Wahlbeobachtung seitens der Union in ausgewählten Ländern ebenfalls im Vordergrund.²²²

²²¹ Vgl. Art. 90 Abs. 1-4 Geschäftsordnung des EP

²²² Vgl. Gahler; Schlomach 2010: 336 f

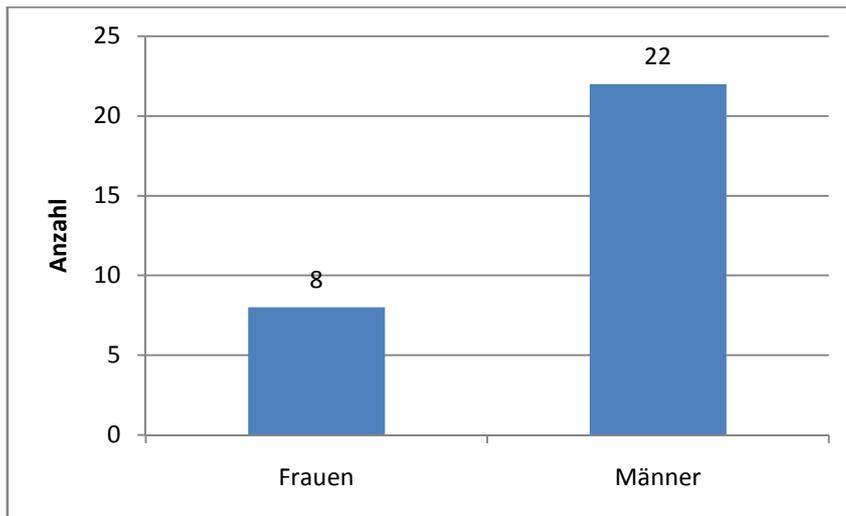
4 Analyse der Mitglieder des Entwicklungsausschusses

Der Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments besteht aus insgesamt 30 ordentlichen Mitgliedern und 30 stellvertretenden Mitgliedern. In diesem Analyseabschnitt werden zum Einen die Qualifikationen der ordentlichen Mitglieder und ihre berufliche Tätigkeit vor dem DEVE veranschaulicht sowie zum Anderen ihre Themenschwerpunkte und ihr entwicklungspolitisches Engagement analysiert. Der thematische Fokus soll anhand der schriftlichen parlamentarischen Tätigkeiten der Mitglieder zusammengefasst werden. Sofern Schwerpunkte explizit von den Mitgliedern genannt werden, werden die parlamentarischen Tätigkeiten dadurch ergänzt. Die Tätigkeiten als SchattenberichterstellerIn oder SchattenverfasserIn werden nicht berücksichtigt, da aus diesen Beiträgen nicht deutlich wird, was der konkrete Standpunkt der SchattenverfasserInnen in Bezug auf eine bestimmte Thematik ist. In einem weiteren Schritt soll dadurch Aufschluss darüber gegeben werden, ob die ordentlichen Mitglieder eine entwicklungspolitische Qualifikation besitzen oder zumindest in ihrer Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss ein gewisses Engagement an den Tag legen.

Jedes Mitglied des Europäischen Parlaments ist selbst dafür verantwortlich, ob und in welchem Umfang ein Lebenslauf im Mitgliederverzeichnis des EP veröffentlicht wird. Im Zuge der Recherche wurden sehr starke Unterschiede deutlich. Es gibt darüber hinaus nur wenige ordentliche Mitglieder des Entwicklungsausschusses, die eine Homepage besitzen und diese auch in Englisch zugänglich ist. Auf die Problematik der Informationsbereitstellung wird jedoch bei jeder Analyse im Einzelnen eingegangen.

4.1 Zusammensetzung des Entwicklungsausschusses

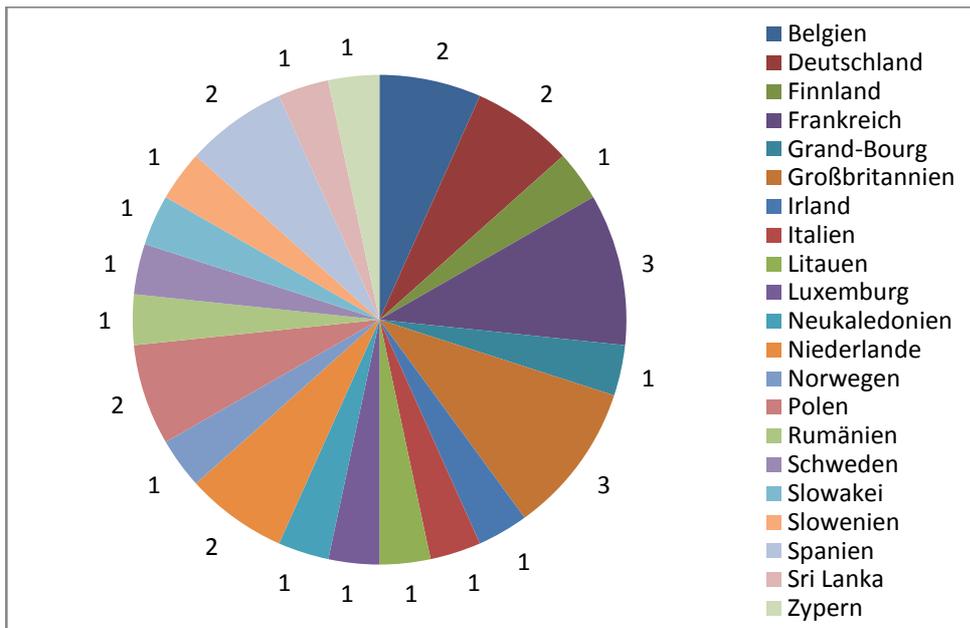
Zu Beginn der Analyse werden die soziodemografischen Daten, die Geschlechteranteile sowie die Fraktionsverteilung für alle Mitglied gemeinsam grafisch dargestellt. Anhand dieser Vorgehensweise kann zum Einen ganz klar die Verteilung von Männern und Frauen sowie ihrer Herkunft erkannt werden. Zum Anderen wird die fraktionelle Verteilung im Ausschuss veranschaulicht.



Grafik 2 Geschlechterverteilung im Entwicklungsausschuss²²³

Anhand der Grafik 1 wird die Geschlechterverteilung im Ausschuss deutlich und es ist klar ersichtlich, dass man hier nicht von einer Geschlechtergleichstellung sprechen kann. Von den 30 ordentlichen Mitgliedern des DEVE ist lediglich rund ein Drittel weiblich und mehr als zwei Drittel männlichen Geschlechts. Dies ist durchaus problematisch, da sich dieser Ausschuss unter anderem für eine allgemeine Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Rolle der Frau in Entwicklungsländer ausspricht und somit keine Vorbildwirkung erzielt.

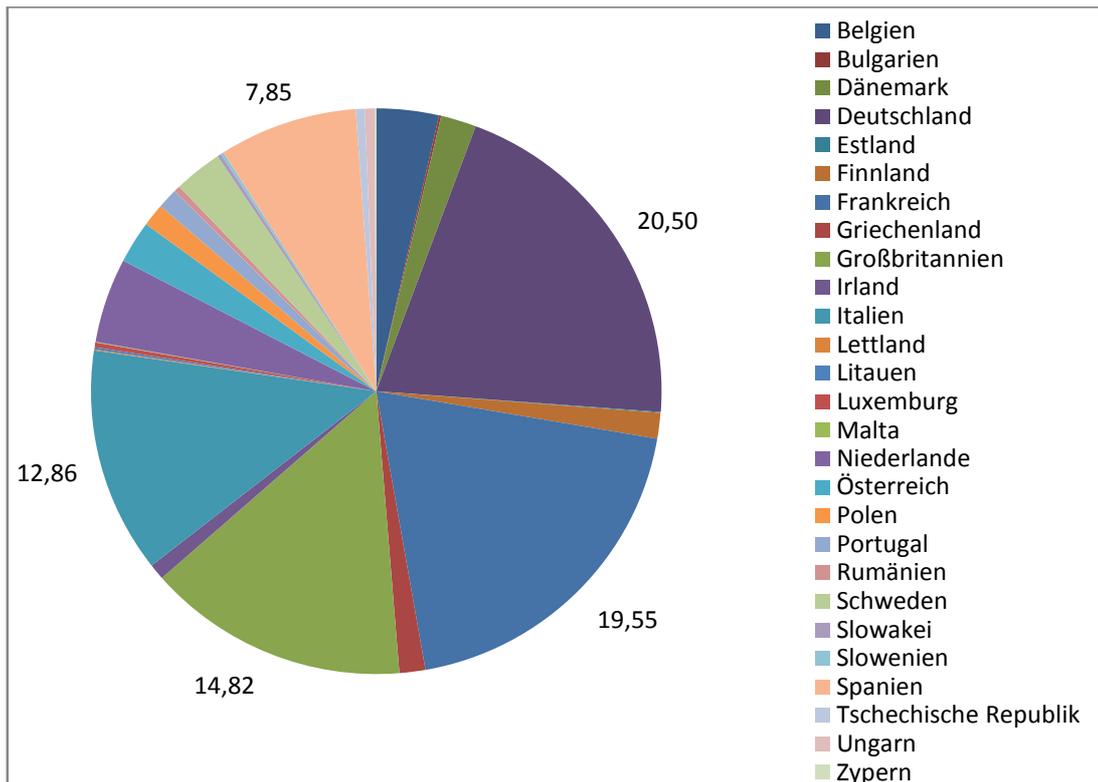
²²³ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Entwicklungsausschuss Mitglieder



Grafik 3 Nationalitäten der Mitglieder des Entwicklungsausschusses²²⁴

Die Grafik 2 zeigt einerseits, dass der Entwicklungsausschuss 21 unterschiedliche Nationalitäten vereint und dabei auch ordentliche Mitglieder aus überseeischen Hoheitsgebieten stammen. Andererseits wird anhand dieser grafischen Darstellung sehr schnell deutlich, dass sich keinE ÖsterreicherIn in dem Ausschuss befindet. Ebenso gibt es auch kein stellvertretendes Mitglied, welches aus Österreich stammt. Darüber hinaus sind neun weitere Mitgliedstaaten der Europäischen Union nicht im Entwicklungsausschuss vertreten. Es wird hier deutlich, dass die verbreitete Meinung, dass eine Vielzahl von Mitgliedern des DEVE aus ehemaligen europäischen Kolonialgebieten stammt, nicht bestätigt werden kann. Lediglich drei Mitglieder kommen aus außereuropäischen Gebieten.

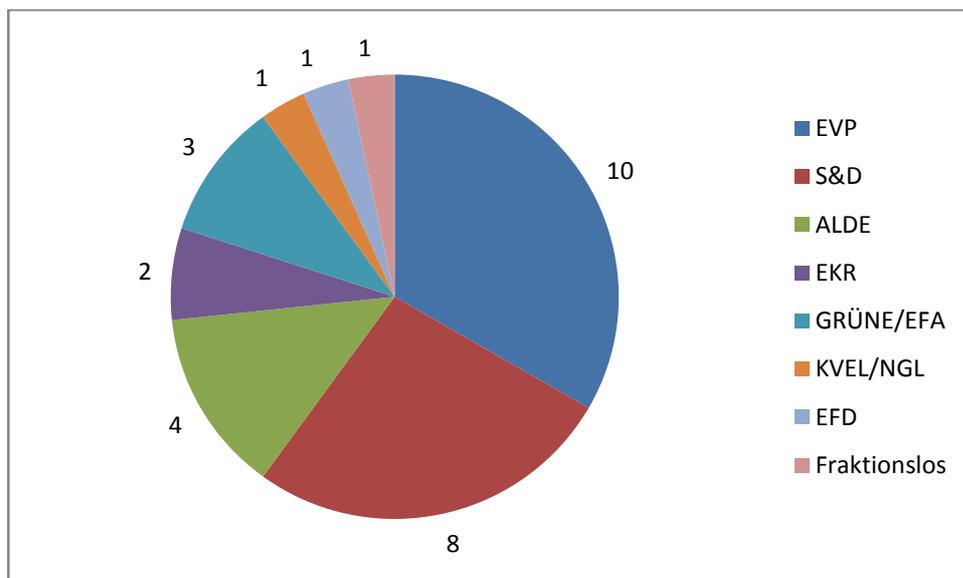
²²⁴ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Entwicklungsausschuss Mitglieder



Grafik 4 Anteile der Länder am 10. EEF²²⁵

Wie bereits erwähnt setzt sich der DEVE aus 21 Nationalitäten zusammen und die größte Zahl der Mitglieder stammt aus dem Vereinigten Königreich und Frankreich. Frankreich nimmt auch in Bezug auf den Europäischen Entwicklungsfond eine wichtige Rolle ein, da das Land 19,55 % zum gesamten 10. EEF beiträgt. Deutlich wird hier weiters, dass Deutschland einerseits nicht die größte Zahl an Mitgliedern stellt, jedoch andererseits den höchsten Beitrag zum 10. EEF beisteuert – 20,50 %. Aus dem Vereinigten Königreich hingegen stammen ebenfalls, wie aus Frankreich, drei Mitglieder, doch es stellt lediglich einen Anteil von 14,82 % bereit. Ein weiterer interessanter Aspekt bezüglich der Zusammensetzung des Ausschusses und den Beiträgen der Mitgliedstaaten zum 10. EEF ist, dass jene Länder, aus denen keine Mitglieder beim DEVE vertreten sind – Bulgarien, Dänemark, Estland, Griechenland, Lettland, Malta, Österreich, Portugal, Tschechische Republik, Ungarn – lediglich Beiträge zwischen 0,03 % und 2,41 % zum EEF beisteuern.

²²⁵ Belgien 3,53 %; Bulgarien 0,14 %; Dänemark 2,00 %; Deutschland 20,50 %; Estland 0,05 %; Finnland 1,47 %; Frankreich 19,55 %; Griechenland 1,47 %; Großbritannien 14,82 %; Irland 0,91 %; Italien 12,86 %; Lettland 0,07 %; Litauen 0,12 %; Luxemburg 0,27 %; Malta 0,03 %; Niederlande 4,85 %; Österreich 2,41 %; Polen 1,30 %; Portugal 1,15 %; Rumänien 0,37 %; Schweden 2,74 %; Slowakei 0,21 %; Slowenien 0,18 %; Tschechische Republik 0,51 %; Ungarn 0,55 %; Zypern 0,09 % (vgl. Europäische Kommission 2013: 33)



Grafik 5 Fraktionelle Zusammensetzung des Entwicklungsausschusses²²⁶

In Grafik 3 wird wiederum deutlich, dass der größte Teil der ordentlichen Mitglieder des DEVE der Fraktion der Europäischen Volkspartei angehört und an zweiter Stelle die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten liegen. Wie bereits erwähnt wurde, stellt die EVP die stärkste und die S&D die zweitstärkste Fraktion im EP dar. Hier wird deutlich, dass innerhalb des Ausschusses dieses Fraktionsgefüge wiedergespiegelt wird.

4.2 Vorsitz und stellvertretender Vorsitz

Eva Joly

Eva Joly wurde am 05. Dezember 1943 in Norwegen geboren und ist französisch-norwegische Staatsbürgerin. Sie ist überdies Mitglied der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz und Vorsitzende des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments. Joly wanderte im Alter von 20 Jahren nach Frankreich aus und studierte Öffentliches Recht und Politikwissenschaften. Daraufhin war sie in der Rechtsberatungsabteilung eines psychiatrischen Krankenhauses tätig. Im Anschluss darauf arbeitete sie als Staatsanwältin in den Regionen Orléans und Evry, wurde jedoch später stellvertretende Generalsekretärin des interministeriellen Ausschusses für die Umstrukturierung der Industrie. Ziel von CIRI ist es, Unternehmen, welche mit

²²⁶ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Entwicklungsausschuss Mitglieder

schwerwiegenden Problemen konfrontiert sind, wieder aus der Krise zu führen. Des Weiteren wurde sie nach ihrer Tätigkeit bei CIRI erneut Staatsanwältin und deckte in den 1990er Jahren einige der bedeutendsten Finanz- und Politikskandale in Frankreich auf. Joly war ebenfalls von 2005 bis 2009 Mitarbeiterin der Agentur für Internationale Entwicklung und hat in diesem Zusammenhang im Bereich der Korruptionsbekämpfung gearbeitet.²²⁷

Eva Joly ist darüber hinaus ordentliches Mitglied der Konferenz der Ausschussvorsitze und der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU. Weiters ist sie stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung und des Haushaltskontrollausschusses sowie der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.²²⁸

Im Zeitraum von 2009 bis 2013 meldete sich Joly lediglich 27 Mal im Plenum zu Wort, sie verfasste jedoch 17 Stellungnahmen, drei schriftliche Erklärungen und war vier Mal Berichterstatterin. Anhand der Stellungnahmen und Berichte wird deutlich, dass ihr Fokus beim Entwicklungsausschuss einerseits auf der Steuer-, Finanz- und Handelspolitik der Union und dessen Auswirkungen auf Entwicklungsländer liegt sowie andererseits auf den Auswirkungen der Fischereipolitik der Union und die Förderung der Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus kann ebenfalls ein regionaler Schwerpunkt festgestellt werden, da zwei der vier Berichte die Beziehungen der Union zu den AKP-Staaten beinhalteten und sie ebenfalls ordentliches Mitglied der DACP ist.²²⁹

Anhand der Vielzahl von Berichten und Stellungnahmen beim DEVE wird deutlich, dass Eva Joly ein großes Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik der Union aufweist und ein breitgefächertes Themengebiet betreut. An dieser stellt ist jedoch die geringe Anzahl an Wortmeldungen im Plenum kritisch zu betrachten. Des Weiteren ist Joly aufgrund ihres Studiums des öffentlichen Rechts und der Politikwissenschaften sowie ihrer politischen und beruflichen Tätigkeit in der Vergangenheit, als Staatsanwältin und im Bereich der Korruptionsbekämpfung durchaus für die Arbeit als Vorsitzende des Entwicklungsausschusses und konkret für ihren Themenschwerpunkt geeignet. Darüber hinaus zeigt sie sowohl innerhalb des DEVE als auch außerhalb des

²²⁷ Vgl. Eva Joly o. J.: Biographie D'Eva

²²⁸ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Eva Joly

²²⁹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Eva Joly Parlamentarische Tätigkeit

Europäischen Parlaments ein großes Engagement im Bereich der Korruptionsbekämpfung.

Joly weist weiters in ihrer persönlichen Biographie darauf hin, dass ihr Expertenwissen in den Bereichen der Finanzpolitik, Wirtschaftskriminalität und Entwicklung liegt.²³⁰

Des Weiteren gibt es die Organisation *The Eva Joly Institute for justice & democracy*. Ziel dieses Instituts ist es, aufzuzeigen wie weit Korruption heutzutage verbreitet ist, die Transparenz der Regierungen soll gefördert werden sowie neue wirtschaftliche Ideen sollen entwickelt werden, welche Gleichheit und Nachhaltigkeit fördern.²³¹ Eva Joly wird selbst nicht in der administrativen Verwaltung der Organisation angeführt, jedoch weist sie auf ihrer Homepage darauf hin.

Abschließend muss kritisch hinterfragt werden, dass Eva Joly, Vorsitzende des Entwicklungsausschusses, keinen Lebenslauf beim Europäischen Parlament zur Verfügung stellt und des Weiteren nicht auf ihre Homepage hinweist. Darüber hinaus ist die Informationsseite zur Politik und den Werten Eva Jolys lediglich in französischer Sprache verfügbar. Dies ist zum Einen aufgrund ihrer Tätigkeit bei einem international agierenden Ausschuss, der weltweite Entwicklungszusammenarbeit fördern soll und Entwicklungshilfe koordiniert, problematisch. Zum Anderen können somit ihre Informationen lediglich von einem kleinen Teil der Unionsbürgerschaft abgerufen werden, was wiederum das Maß an Transparenz gegenüber den BürgerInnen senkt.

Michèle Striffler

Michèle Striffler wurde am 23. August 1957 geboren und die Französin ist eine von vier stellvertretenden Vorsitzenden des Entwicklungsausschusses. Striffler besitzt ein Diplom in Pharmazie für PharmavertreterInnen und war von 1977 bis 2007 Angestellte in einem Reisebüro, im Bau- und im Immobiliensektor. Neben diesen Tätigkeiten war sie bereits in der Vergangenheit politisch engagiert. 2003 war Michèle Striffler Sekretärin der *Parti Socialiste* in Mülhausen. Anschließend war sie 2004 Mitglied des Parteiausschusses für Finanzkontrolle der *Parti Socialiste* und hatte den Parteivorsitz der modernen Linken im Elsass 2007 inne. Striffler war im Zeitraum von 2008 bis 2010 weiters stellvertretende Bürgermeisterin von Mülhausen und seit 2010 ist sie neben

²³⁰ Vgl. Eva Joly o. J.: Biographie D'Eva

²³¹ Vgl. Eva Joly Institute o. J.

ihrer Tätigkeit beim Europäischen Parlament Mitglied des Stadtrats von Mülhausen und in diesem Zusammenhang zuständig für europäische Angelegenheiten.²³²

Michéle Striffler ist neben ihrer ordentlichen Tätigkeit beim DEVE stellvertretendes Mitglied im LIBE und im FEMM. Des Weiteren ist sie ordentliches Mitglied bei der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU und stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südasiens.²³³

Anhand der von ihr verfassten Stellungnahmen und schriftlichen Erklärungen und jener Berichte, bei denen sie Berichterstatterin war, lassen sich ihre ersten entwicklungspolitischen Themenschwerpunkte erkennen. Darüber hinaus lässt sich aufgrund der großen Anzahl von 119 Wortmeldungen im Plenum im Zeitraum von 2009 bis 2013 ein gewisses Maß an Engagement in Bezug auf ihre Tätigkeit beim Europäischen Parlament erkennen. Striffler war seit 2009 zwei Mal Berichterstatterin und beide Berichte setzten sich mit den Themenbereichen humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz auseinander. Weiters hat sie in beiden Berichten darauf hingewiesen, dass seitens der Union durchaus ein Nachholbedarf in Bezug auf humanitäre Hilfe besteht.²³⁴ Darüber hinaus verfasste sie zehn Stellungnahmen im Rahmen ihrer Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss und vier schriftliche Erklärungen. Fünf dieser Stellungnahmen setzten sich wiederum mit der humanitären Hilfe der Union und Katastrophenschutz auseinander. Des Weiteren verfasste sie eine Stellungnahme zur Asylpolitik der Union, eine zur Fischereipolitik der Union in den Entwicklungsländern und eine Stellungnahme im Jahr 2010 konkret zur Lage in Bezug auf die Erreichung der MDGs. Weiters beinhalteten ihre schriftlichen Erklärungen Themen wie die Gesundheitsförderung in Europa und Afrika sowie die Ernährungsproblematik. Neben dem selbst veröffentlichten Lebenslauf weist Striffler im Abgeordnetenverzeichnis auch auf ihre Homepage hin. Dort gibt es ebenfalls einen eigenen Abschnitt über humanitäre Hilfe. Dieser umfasst eine Vielzahl von Publikationen, was wiederum ihr entwicklungspolitisches Engagement erkennen lässt.²³⁵ Zusammenfassend liegt der Schwerpunkt von Michéle Striffler im Rahmen ihrer Tätigkeit beim DEVE bei humanitärer Hilfe und Katastrophenschutz. Dies wird sowohl anhand der parlamentarischen Tätigkeit als auch auf ihrer eigenen Darstellung

²³² Vgl. Europäisches Parlament o.J.: Michéle Striffler Lebenslauf

²³³ Vgl. Europäisches Parlament o.J.: Michéle Striffler

²³⁴ Vgl. Europäisches Parlament o.J.: Michéle Striffler Parlamentarische Tätigkeit

²³⁵ Vgl. Michéle Striffler o. J.: Aide humanitaire

auf der Homepage deutlich. Eine geografische Eingrenzung anhand der Berichte kann ebenfalls vorgenommen werden. Deutlich wird, dass der regionale Schwerpunkt auf Afrika und Europa liegt. Dies lässt sich durch ihre Tätigkeit bei der DACP erklären, jedoch gibt es keine konkrete Stellungnahme oder Berichte zu Zentralasien.

Es stellt sich die Frage, ob ihr Studienabschluss in Pharmazie und ihre anschließende Tätigkeit hier eine Art der Qualifikation darstellt. Es wird zwar der grundsätzliche Zusammenhang zwischen ihrer politischen Arbeit in der Vergangenheit und ihres Einsatzes beim Europäischen Parlament deutlich, jedoch kann man nicht erkennen, was sie konkret für die entwicklungspolitische Tätigkeit qualifiziert und aus welchen Beweggründen ihr Fokus auf humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz liegt.

Weiters ist Striffers Homepage lediglich auf Französisch verfügbar, was für die UnionsbürgerInnen, die Informationen erhalten möchten und nicht Französisch sprechen, durchaus ein Problem darstellt. Als stellvertretende Vorsitzende im Entwicklungsausschuss wäre es von Vorteil die Homepage für einen Großteil der Unionsbürgerschaft zugänglich zu machen, indem sie ebenfalls in englischer Sprache verfügbar wäre. Darüber hinaus ist ihr Lebenslauf beim Europäischen Parlament nicht sehr umfangreich und auch auf der Homepage wird keine nähere Information dazu geboten. Vergleicht man das Maß an Informationen über Michéle Striffler mit anderen Mitgliedern, so werden große Unterschiede in Bezug auf den Umfang der Informationsbereitstellung deutlich.

Nirj Deva

Nirj Deva wurde am 11. Mai 1948 in Sri Lanka geboren und ist britischer Staatsbürger. Er gehört der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten an und ist ebenfalls stellvertretender Vorsitzender des Entwicklungsausschusses. Deva studierte Luft- und Raumfahrttechnik in England und erwarb anschließend einen postgradualen Abschluss in Wirtschaftswissenschaften. Deva war bereits vor seiner Tätigkeit beim Europäischen Parlament politisch aktiv. Von 1992 bis 1997 war er Mitglied im Parlament des Vereinigten Königreichs. Anschließend wurde er erstmals 1999 ins EP gewählt und Wiederwahlen erfolgten 2004 und 2009. 2012 kandidierte er für das Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments, wurde jedoch nicht ins Amt gewählt. Seit 2009 hat Deva neben dem stellvertretenden Vorsitz beim DEVE auch den Vorsitz der Arbeitsgruppe B inne. Diese ist für die Aufsicht und die Kontrolle der gesamten

Ausgaben der Union für Asien zuständig.²³⁶ Darüber hinaus ist er ein ordentliches Mitglied des DROI und der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südasiens sowie stellvertretendes Mitglied der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU.²³⁷ Des Weiteren war er Vorsitzender der Bow Group und ist dort aktuell Mitglied. Die Bow Group bezeichnet sich selbst als den ältesten konservativen Think-Tank im Vereinigten Königreich und setzt sich unter anderem das Ziel, nachhaltigen Einfluss auf die politischen Gegebenheiten im Vereinigten Königreich zu nehmen.²³⁸

In seinem sehr umfangreichen Lebenslauf beim Europäischen Parlament wird darüber hinaus auch konkret auf seine entwicklungspolitische Tätigkeit hingewiesen, demnach ist er schon über 20 Jahre im entwicklungspolitischen Bereich tätig. Er war unter anderem an diversen Wahlbeobachtungsmissionen in Afghanistan, Indonesien, Kasachstan und Osttimor beteiligt. Ferner nahm Nirj Deva in der Vergangenheit an unterschiedlichen Konferenzen teil, wie beispielsweise der Konferenz zum Weltfrieden und interreligiösen Werten in Indonesien sowie in Washington, New York, China und Shanghai. Außerdem war er 2006 Leiter der Delegation des Europäischen Parlaments beim Weltgipfel der UN. Weiters ist Deva neben seinem großen politischen Engagement auch Vorsitzender diverser anderer Organisationen wie beispielsweise des Internationalen Komitees für die Würde des Menschen, der Europäisch-Indischen Handelskammer und der Freundschaftsgruppe EU-China.²³⁹

Anhand seiner Berichte und Stellungnahmen im Zeitraum von 2009 bis 2013 lassen sich auch hier die entwicklungspolitischen Themen eingrenzen, jedoch werden ganz konkret Themenschwerpunkte seit 1999 in seinem Lebenslauf aufgezeigt. Hier erstellte er unter anderem Berichte und Stellungnahmen zur Korruptionsbekämpfung, zur Handels- und Gesundheitsförderung in Entwicklungsländern sowie zur Menschenrechtsförderung und Gleichstellung der Geschlechter.²⁴⁰

Seit 2009 meldete sich Nirj Deva 71 Mal im Plenum zu Wort und war zwei Mal Berichterstatter. Zum Einen beschäftigt er sich mit dem Thema Klimawandel und zum Anderen sprach er sich als Berichterstatter für den Abschluss eines erneuten

²³⁶ Vgl. Europäisches Parlament o.J.: Nirj Deva Lebenslauf

²³⁷ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Nirj Deva

²³⁸ Vgl. The Bow Group o. J.

²³⁹ Vgl. Europäisches Parlament o.J.: Nirj Deva Lebenslauf

²⁴⁰ Vgl. Europäisches Parlament o.J.: Nirj Deva Lebenslauf

Ernährungshilfeübereinkommens aus.²⁴¹ Darüber hinaus verfasste er sieben Stellungnahmen zu den Themen Handels-, Finanz- und Wirtschaftspolitik der Union und in diesem Zusammenhang wurden die Auswirkungen auf Entwicklungsländer behandelt sowie zur Fischereipolitik der Union auf den Salomonen und Mikronesien.²⁴²

In Bezug auf die Themengebiete von Deva werden zwei Punkte deutlich. Zum Einen überschneiden sich die aktuellen Themenbereiche und jene von 1999 bis 2010 nur zu einem gewissen Teil. Neu ist heute die Auseinandersetzung mit dem Klimawandel und der Fischereipolitik der Union. Hier wird deutlich, dass umweltbezogene Themen ebenfalls in den Fokus gerückt wurden. Zum Anderen wird anhand der Stellungnahmen ersichtlich, dass mehr als die Hälfte die Handels-, Finanz- und Wirtschaftspolitik der Union behandelt. An dieser Stelle können gewisse Qualifikationen erkannt werden, da ein jahrzehntelanges entwicklungspolitisches Engagement vorherrscht und dies mit seinen Kenntnissen als studierter Wirtschaftswissenschaftler kombiniert wird. Neben den thematischen Gruppierungen wird ebenso ein regionaler roter Faden erkennbar. Er ist sowohl Vorsitzender der Arbeitsgruppe B als auch ordentliches Mitglied der DSAS und nahm im Laufe der Zeit an zahlreichen entwicklungspolitischen Konferenzen und Missionen im asiatischen Raum teil. Darüber hinaus ist er Vorsitzender diverser Organisationen, welche sich mit der Zusammenarbeit zwischen Europa und dem asiatischen Raum auseinandersetzen.

Neben dem selbst zur Verfügung gestellten Lebenslauf weist er auch auf seine Homepage hin. Dort wird vor allem anhand der aktuellen Nachrichten und Pressemitteilungen sein entwicklungspolitisches Engagement deutlich. 2013 setzte er sich mit der derzeitigen Lage in Bezug auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, mit der Wichtigkeit der Herstellung einer globalen Stabilität, mit der Problematik der Korruption in Bezug auf die Verwendung von Entwicklungshilfegelder sowie mit der problematischen Situation in Mali, Syrien und Somalia auseinander. Er weist jedoch auch immer wieder auf die Situation in Großbritannien hin und welchen Einfluss die Union auf die britische Entwicklung nimmt.²⁴³

Weiters wird auf seiner Homepage ein Video veröffentlicht, welches Nirj Devas Schwerpunkte und sein politisches Vorgehen aufzeigen soll. Hier wird jedoch deutlich, dass er in den gesamten 5:38 Minuten die Notwendigkeit einer globalen

²⁴¹ Vgl. Abs. 1/6 Plenarsitzungsdokument A7-0309/2012

²⁴² Vgl. Europäisches Parlament o.J.: Nirj Deva Parlamentarische Tätigkeit

²⁴³ Vgl. Nirj Deva o. J.: News

Entwicklungspolitik nicht erwähnt und sehr kritisch gegenüber der Europäischen Union ist.²⁴⁴ Er verdeutlicht immer wieder, dass die britischen Interessen gefördert und verwirklicht werden sollten. Darüber hinaus bezeichnet er sich als Euroskeptiker und weist darauf hin, dass das Vereinigte Königreich mit der Union neu verhandeln müsse oder gar die Union verlassen sollte.²⁴⁵

Iva Zanicchi

Iva Zanicchi wurde am 18. Jänner 1940 geboren und stammt aus Italien. Sie ist eine weitere stellvertretende Vorsitzende des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments und gehört der Fraktion der Europäischen Volkspartei an. Zanicchi besitzt laut ihres Lebenslaufs ein Diplom der Musikschule *Scuola di Musica e Canto del Maestro Bertini* und wurde unter anderem 1963 Siegerin eines Musikfestivals in Zürich. Des Weiteren hatte sie in der Vergangenheit diverse Welttourneen, Plattenaufnahmen, schrieb Bücher und startete eine Fernsehkarriere.²⁴⁶

Iva Zanicchi ist neben ihrem stellvertretenden Vorsitz beim DEVE stellvertretendes Mitglied beim REGI und beim CULT. Ferner ist sie ein ordentliches Mitglied der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU und stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.²⁴⁷

In ihrer parlamentarischen Tätigkeit beim Europäischen Parlament weist Iva Zanicchi für den Zeitraum von 2009 bis 2013 425 Wortmeldungen im Plenum auf, sie war jedoch lediglich bei einem Bericht Berichterstatterin und verfasste eine Stellungnahme sowie zwei schriftliche Erklärungen. Anhand der geringen Anzahl der schriftlichen parlamentarischen Tätigkeit von Zanicchi können die Themenschwerpunkte nicht so eindeutig gesetzt werden, wie bei anderen Mitgliedern. Es lässt sich auch hier weder ein thematischer noch ein geografischer Schwerpunkt feststellen, denn als Berichterstatterin setzte sie sich mit den Themen der humanitären Hilfe und Katastrophenschutz auseinander und ihre Stellungnahme beinhaltete wiederum die Bildungsförderung in Entwicklungsländern. Auch ihre beiden schriftlichen Erklärungen lassen sich nicht in diesen Rahmen einordnen.²⁴⁸

²⁴⁴ Vgl. Nirj Deva o. J.: 2:34 Your Priority is my Priority

²⁴⁵ Vgl. Nirj Deva o. J.: 2:20; 4:36 ebd.

²⁴⁶ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Iva Zanicchi Lebenslauf

²⁴⁷ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Iva Zanicchi

²⁴⁸ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Iva Zanicchi Parlamentarische Tätigkeiten

Darüber hinaus wird auch in ihrem Lebenslauf nur Information darüber gegeben, wie sich ihre Karriere als Künstlerin gestaltete. Sie weist im Abgeordnetenverzeichnis auch auf keine Homepage hin und somit findet man keinerlei Informationen über ihre entwicklungspolitische Tätigkeit in der Vergangenheit oder ihr entwicklungspolitisches Interesse sowie über die Gründe für ihre Tätigkeit beim DEVE. An dieser Stelle muss jedoch positiv angemerkt werden, dass sie die größte Anzahl an Wortmeldungen im Vergleich zu den anderen Mitgliedern des Ausschusses aufweist, was wiederum auf ein großes Engagement im Europäischen Parlament hindeutet.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Iva Zanicchis Lebenslauf beim Europäischen Parlament ihre künstlerische Tätigkeit widerspiegelt, jedoch keinerlei Auskunft darüber gibt, was sie für die Tätigkeit als stellvertretende Vorsitzende des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments qualifiziert. Des Weiteren wird auch nicht darauf hingewiesen, wie sie sowohl entwicklungspolitisch als auch im Allgemeinen in der Vergangenheit tätig wurde. Zanicchi informiert die UnionsbürgerInnen darüber hinaus ebenso nicht über ihren persönlichen entwicklungspolitischen Standpunkt.

Corina Crețu

Corina Crețu ist 46 Jahre alt und gebürtige Rumänin. Sie ist neben den bereits genannten stellvertretenden Vorsitzenden des Entwicklungsausschusses ebenfalls stellvertretende Vorsitzende und gehört der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament an. Weiters machte sie 1989 ihren Abschluss an der Akademie in Bukarest in Planung und Wirtschaftskybernetik. Sie war von 1989 bis 1992 als Wirtschaftswissenschaftlerin und Journalistin tätig und war bereits vor ihrer Tätigkeit beim Europäischen Parlament in der nationalen Politik Rumäniens aktiv. Im Zeitraum von 1992 bis 2000 war sie sowohl Sachverständige im rumänischen Präsidialamt als auch im Senat. Crețu war ebenfalls Beraterin und Sprecherin des rumänischen Präsidenten und zwischen 2004 und 2007 war sie Senatsmitglied des rumänischen Parlaments. Darüber hinaus war sie von 1997 bis 2000 die erste stellvertretende Vorsitzende des Frauenverbands der rumänischen Sozialdemokratischen Partei sowie seit 2011 Vizepräsidentin dieser Partei. Sie ist seit

2007 Mitglied des Europäischen Parlaments und war im Jahr davor als Beobachterin tätig.²⁴⁹

Corina Crețu ist wie bereits erwähnt stellvertretende Vorsitzende des Entwicklungsausschuss und stellvertretendes Mitglied des AFET sowie ordentliches Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Israel.²⁵⁰

Corina Crețu weist von 2009 bis 2013 424 Wortmeldungen im Plenum auf und beschäftigte sich ganz konkret im Zuge ihrer parlamentarischen Tätigkeit beim DEVE in diesem Zeitraum mit der Rolle ziviler Organisationen in Entwicklungsländern, Migrationsströmen und gesundheitspolitischen Themen wie die globalen Entwicklungen bezüglich Hepatitis B und C. Darüber hinaus verfasste sie insgesamt vier Stellungnahmen in Bezug auf die Rolle der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter sowie zur Wirtschaftskrise und der daraus resultierenden Lage am Arbeitsmarkt in Europa. Es lassen sich hier regionale Schwerpunkte feststellen. Zum Einen bezieht sie sich bei ihren schriftlichen Ausarbeitungen auf Afrika und zum Anderen auf Europa.²⁵¹ Corina Crețu befasst sich somit im Zuge ihrer politischen Tätigkeit als stellvertretende Vorsitzende beim Entwicklungsausschuss vor allem mit der Rolle der Frau in Entwicklungsländern und mit der Wirtschaftskrise in Europa. Aufgrund ihres Abschlusses in Planung und Wirtschaftskybernetik kann ihr Fokus auf die Wirtschaftskrise in Europa und die Arbeitsmarktproblematik erklärt werden, jedoch wird im gesamten Lebenslauf nicht auf eine entwicklungspolitische Tätigkeit in irgendeiner Art in der Vergangenheit hingewiesen. Dies wirft wiederum die Frage nach einer entwicklungspolitischen Qualifikation oder ihren entwicklungspolitischen Werten oder Zielsetzungen auf. Wie bereits erwähnt, war Crețu die erste Vorsitzende des Frauenverbands der sozialdemokratischen Partei Rumänien, was veranschaulicht, dass ihr Engagement in Bezug auf die Stärkung der Rolle der Frau auch schon in der Vergangenheit vorhanden war.

Des Weiteren weist Crețu beim EP auf ihre Homepage hin, jedoch ist es leider der Fall, dass die englische Version der Homepage nicht verfügbar ist, da womöglich eine falsche Verbindung angegeben wurde.²⁵² Ferner ist ihr Lebenslauf beim Europäischen Parlament sehr übersichtlich und kurz gehalten und enthält keinerlei Informationen zum

²⁴⁹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Corina Crețu Lebenslauf

²⁵⁰ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Corina Crețu

²⁵¹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Corina Crețu Parlamentarische Tätigkeit

²⁵² Die Homepage kann hier abgerufen werden: <http://www.corina-cretu.ro/>

entwicklungspolitischen Interesse der Politikerin. Die wichtigsten politischen und beruflichen Meilensteine sind in diesem Überblick jedoch enthalten.

An diesem Punkt stellt sich erneut die Frage, warum eine der stellvertretenden Vorsitzenden des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments ihre Homepage nicht der gesamten Unionsbürgerschaft zur Verfügung stellt bzw. warum nicht Sorge dafür getragen wird, dass die fehlerhafte Verlinkung richtig gestellt wird um die Informationen mehr BürgerInnen zur Verfügung zu stellen.

4.3 Ordentliche Mitglieder

Thijs Berman

Thijs Berman wurde am 26. September 1957 geboren und ist niederländischer Staatsbürger. Er ist Mitglied der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament und ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses. Darüber hinaus schloss er 1987 sein Hochschulstudium in Psychologie ab. Laut seines selbst zur Verfügung gestellten Lebenslaufs ist Berman seit 1987 Korrespondent bei einigen Medien in den Niederlanden und seit 1995 Moderator im Radio und Fernsehen.²⁵³

Berman ist sowohl ordentliches Mitglied beim Entwicklungsausschuss als auch bei der Konferenz der Delegationsvorsitze und des Unterausschusses für Menschenrechte sowie Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu Afghanistan. Weiters ist er stellvertretendes Mitglied des Haushaltskontrollausschusses, des Ausschusses für Wirtschaft und Währung und der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU.²⁵⁴

In der aktuellen Legislaturperiode meldete sich Berman im Plenum 44 Mal zu Wort, was im Vergleich zu anderen Mitgliedern des DEVE eher gering ist. Berman verfasste jedoch im Zuge seiner Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss 13 Stellungnahmen, war ein Mal Berichterstatter und erstellte ebenfalls eine schriftliche Erklärung. Anhand seiner Stellungnahmen kann ein klarer thematischer Fokus auf die Handelspolitik der Union festgestellt werden.²⁵⁵ Dies kann unter anderem auf seine Arbeit beim CONT und beim ECON zurückgeführt werden. Es stellt sich die Frage, ob seine Tätigkeit im

²⁵³ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Thijs Berman Lebenslauf

²⁵⁴ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Thijs Berman

²⁵⁵ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Thijs Berman Parlamentarische Tätigkeit

Bereich des CONT und des ECON aufgrund der Vielzahl von Stellungnahmen, welche zwar beim DEVE erstellt wurden, sich jedoch mit den Thematiken der anderen beiden Ausschüsse auseinandersetzen, höhere Priorität hat.

Weiters kann aufgrund der geringen Informationen, die von Thijs Berman selbst zur Verfügung gestellt werden, keine klare Aussage in Bezug auf seine Qualifikation für die Arbeit im Entwicklungsausschuss getätigt werden. Darüber hinaus stellen auch sein Hochschulabschluss und seine bisherigen beruflichen Erfahrungen keine automatische Fähigkeit für seine Arbeit beim DEVE dar.

Abschließend kann angemerkt werden, dass Berman zwar aufgrund seiner Vielzahl an Stellungnahmen ein grundsätzliches Engagement in Bezug auf seine politische Tätigkeit im Europäischen Parlament aufweist, jedoch wird nicht ganz klar, wo die Prioritäten seiner Arbeit liegen. Außerdem ist der von ihm zur Verfügung gestellte Lebenslauf sehr kurz und es gibt ebenfalls keine Homepage. Aus diesen Gründen ist das Maß an der zur Verfügung gestellten Information für die Unionsbürgerschaft sehr gering und es erweckt den Anschein, dass der Grad der Informationsbereitschaft eher niedrig ist.

Michael Cashman

Michael Cashman wurde am 17. Dezember 1950 geboren und kommt aus dem Vereinigten Königreich. Er ist ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses und gehört der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament an. Neben seiner politischen Tätigkeit bei der britischen *Labour Party* war er ebenso Schauspieler und Sänger. Aus seinem Lebenslauf – weder bei jenem des Europäischen Parlament noch auf seiner Homepage – wird nicht ersichtlich seit wann er Mitglied beim Europäischen Parlament ist, jedoch erhielt er sowohl 2007 als auch 2012 den Preis für den MEP des Jahres.²⁵⁶ Cashman weist ferner ein großes entwicklungspolitisches Engagement auf. Er wurde unter anderem für seine Arbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte ausgezeichnet und setzte sich sowohl für die Rechte Homosexueller auf Malta als auch auf Gibraltar ein. Weiters ist er Mitglied der Bewegung der Freunde und Familie für Homosexuelle.²⁵⁷

Wie bereits zu Beginn erwähnt ist Cashman ordentliches Mitglied beim DEVE, weiters ist er ebenso ordentliches Mitglied beim PETI sowie Vorsitzender der Konferenz der Delegationsvorsitze und der Delegation für die Beziehung zu Südafrika. Außerdem ist

²⁵⁶ Vgl. Michael Cashman o. J.: Biography

²⁵⁷ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Michael Cashman Lebenslauf

er stellvertretendes Mitglied beim LIBE und bei der Delegation der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU.²⁵⁸

Von 2009 bis 2013 weist Cashman 102 Wortmeldungen im Plenum auf und war des Weiteren drei Mal Berichterstatter, wobei lediglich zwei Mal im Rahmen seiner Tätigkeit beim DEVE. Er verfasste ebenfalls drei Stellungnahmen, wobei hier nur zwei im Rahmen des Entwicklungsausschusses entstanden, sowie zwei schriftliche Erklärungen.²⁵⁹ Anhand Cashmans parlamentarischer Tätigkeit lassen sich seine entwicklungspolitische Schwerpunkte nicht ganz klar zusammenfassen, da sich kaum ein schriftlicher Beitrag mit einem anderen thematische überschneidet. Er war Berichterstatter in Bezug auf die Beziehung der Union zu den AKP-Staaten und bezüglich der Entwicklung der Millennium-Entwicklungsziele. Weiters verfasste er eine Stellungnahme zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Recht sowie eine Stellungnahmen zur globalen Schutzverantwortung. Seine schriftlichen Erklärungen behandelten empfindliche Ökosysteme und den Einsatz von HIV-Medikamenten.²⁶⁰

Cashman nennt jedoch in seiner eigenen Biographie jene (entwicklungspolitischen) Werte, welche für ihn von größter Bedeutung sind. Grundsätzlich spricht er hier die Millenniums-Entwicklungsziele, den Kampf gegen den Klimawandel, die Notwendig einer größeren Transparenz in der Rohstoffindustrie, die Förderung der Menschenrechte sowie die Gleichstellung der Geschlechter, die Nichtdiskriminierung von Homosexuellen und Bisexuellen und die Förderung ihrer Rechte an.²⁶¹

Innerhalb seiner unterschiedlichen parlamentarischen Tätigkeiten werden durchaus Zusammenhänge sichtbar, da er beispielsweise Berichterstatter zur Beziehung der Union zu den AKP-Staaten war und gleichzeitig stellvertretendes Mitglied in dieser Delegation ist. 2010 hat er außerhalb seiner Arbeit beim EP einen Bericht bezüglich der (Miss)Erfolge der Millenniums-Entwicklungsziele verfasst, darum wird auch hier die Verbindung zwischen seiner zweiten Tätigkeit als Berichterstatter und seiner entwicklungspolitischen Arbeit in der Vergangenheit deutlich.

Es muss jedoch auch negativ angemerkt werden, dass weder in seinem Lebenslauf beim Europäischen Parlament noch bei seiner eigenen Biographie Auskunft über seine Ausbildung gegeben wird. Aufgrund dieser Tatsache kann man dadurch keine klare Qualifikation für den Entwicklungsausschuss erkennen, jedoch ist er in zahlreichen

²⁵⁸ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Michael Cashman

²⁵⁹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Michael Cashman Parlamentarische Tätigkeit

²⁶⁰ Vgl. ebd.

²⁶¹ Vgl. Michael Cashman o. J.: Biography

Organisationen und Institutionen außerhalb des Europäischen Parlaments im Bereich der Entwicklungspolitik und Gleichstellung der Geschlechter tätig, was wiederum verdeutlicht, dass Cashman sich auch außerhalb des DEVE für diese Werte einsetzt.

Abschließend muss darauf hingewiesen werden, dass Michael Cashmans Lebenslauf beim Europäischen Parlament nicht sehr umfangreich ist und auch der von ihm angegebene Link im Abgeordnetenverzeichnis zu seiner Homepage falsch ist. Dies hinterlässt den Anschein, dass kein sehr großes Engagement in Bezug auf die ausreichende Information der UnionsbürgerInnen vorhanden ist.

Ricardo Cortés Lastra

Ricardo Cortés Lastra wurde am 23. September 1969 in Spanien geboren und ist ein ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses. Ferner gehört er der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament an. Lastra besitzt einen Hochschulabschluss in Rechtswissenschaften und schloss die erste Phase des Doktorstudiums in Völkerrecht und internationaler Beziehungen ab. Darüber hinaus besitzt er einen postgradualen Abschluss in Entwicklung und internationaler Zusammenarbeit an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften des Baskenlandes und einen Master in öffentlicher Verwaltung. Lastra war zwischen 2007 und 2009 Exekutivdirektor der Stiftung *Españoles en el Mundo* und Büroleiter der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei von 2004 bis 2007. Weiters ist er seit 2012 der nationale Delegierte der Sozialistischen Arbeiterpartei im Ausland.²⁶² Neben seiner ordentlichen Tätigkeit beim Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments ist er ebenfalls stellvertretendes Mitglied beim AGRI sowie Vorsitzender der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Mexiko, ordentliches Mitglied bei der Konferenz der Delegationsvorsitzenden, ordentliches Mitglied bei der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika und stellvertretendes Mitglied bei der Delegation für die Beziehungen zu Afghanistan.²⁶³

Im Zuge seiner Tätigkeit beim Europäischen Parlament weist Lastra von 2009 bis 2013 69 Wortmeldungen auf sowie war er ein Mal Berichterstatter beim DEVE, verfasste drei Stellungnahmen und eine schriftliche Erklärung. Diese parlamentarischen Tätigkeiten umfassen Themenbereiche wie die Politik der Union in Lateinamerika und die

²⁶² Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Ricardo Cortés Lastra Lebenslauf

²⁶³ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Ricardo Cortés Lastra

Beziehung zu den ASEAN-Staaten²⁶⁴, den Finanzrahmen und die Finanzpolitik der Europäischen Union und deren Auswirkungen auf Entwicklungsländer sowie eine Initiative im Bereich der Ernährungspolitik.²⁶⁵

Lastra weist zwar in seinem Lebenslauf beim Europäischen Parlament auf keine persönlichen thematischen Schwerpunkte hin, jedoch kristallisiert sich heraus, dass sein Fokus auf der EU-Lateinamerika-Politik und auf der Finanzpolitik der Union liegt. Aufgrund der Tatsache, dass er zum Einen Mitglied der DLAT und der D-MX ist und Berichterstatter bezüglich der Politik der Union in Lateinamerika war, lässt sich sein regionaler Schwerpunkt erkennen. Ricardo Cortés Lastra weist eine spezielle Ausbildung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit auf, denn er besitzt den Abschluss der ersten Phase des Doktoratsstudiums in Völkerrecht und internationaler Beziehungen sowie einen postgradualen Abschluss in Entwicklung und internationaler Zusammenarbeit. Aufgrund dieser Ausbildung und seiner Muttersprache Spanisch, besitzt er durchaus die Qualifikationen, welche für eine effiziente Entwicklungspolitik im lateinamerikanischen Raum notwendig sind. Darüber hinaus wird seine globale politische Tätigkeit durch seine Arbeit bei der Stiftung *Españoles en el Mundo* deutlich und auch sein politisches Interesse in der Vergangenheit lässt sich durch seine Funktionen bei der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei erkennen.

Véronique de Keyser

Véronique de Keyser ist 68 Jahre alt und wurde in Belgien geboren. Sie ist Mitglied der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament. De Keyser besitzt einen Hochschulabschluss in Psychologie der Universität Brüssel und war daraufhin zwischen 1968 und 1984 an der Universität Brüssel im Bereich Psychologie in der Forschung tätig. Weiters war sie 1984 Lehrbeauftragte an der Universität Lüttich sowie 1988 Professorin an dieser Universität. Im Zeitraum von 1990 bis 1998 war sie Dekanin der Fakultät für Psychologie und Erziehungswissenschaften ebenfalls an der Universität Lüttich und unterhielt diverse Gastprofessuren in Moskau, Porto und Toulouse. Sie war ebenso Präsidentin der

²⁶⁴ Brunei, Kambodscha, Indonesien, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Thailand, Singapur, Vietnam

²⁶⁵ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Ricardo Cortés Lastra Parlamentarische Tätigkeit

belgischen Gesellschaft für Psychologie und des Verbands *European Work and Organization Psychology Association*.²⁶⁶

De Keyser ist seit 2001 Mitglied des Europäischen Parlaments und sowohl ordentliches Mitglied des DEVE als auch des DROI sowie stellvertretendes Mitglied beim AFET. Des Weiteren ist sie ordentliches Mitglied der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU und stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Palästinensischen Legislativrat.²⁶⁷

In der derzeitigen Legislaturperiode meldete sich Véronique de Keyser 168 Mal im Plenum zu Wort, was durchaus deutlich macht, dass ein politisches Engagement vorherrschend ist. Weiters war sie im Rahmen ihrer Tätigkeit beim DEVE zwei Mal Berichterstatterin, verfasste vier schriftliche Erklärungen jedoch lediglich zwei Stellungnahmen und diese als Mitglied des AFET. Anhand ihrer parlamentarischen Arbeit beim Entwicklungsausschuss lassen sich sowohl thematische als auch regionale Schwerpunkte feststellen. Einerseits war sie Berichterstatterin zur Situation junger afrikanischer Staaten wie beispielsweise dem Südsudan und der Gesundheitsversorgung in Afrika. Darüber hinaus verfasste sie drei weitere schriftliche Erklärungen im Bereich der Gesundheitspolitik der Union.²⁶⁸ In ihrem Lebenslauf beim Europäischen Parlament wird zwar nicht deutlich welche entwicklungspolitischen Tätigkeiten sie in der Vergangenheit verfolgte, jedoch kann ein Zusammenhang zwischen ihrem Abschluss und ihrer Forschungstätigkeit in Psychologie und ihrem Fokus auf die Gesundheitspolitik der Union in Entwicklungsländern hergestellt werden. Weiters weist sie auch auf ihre Homepage hin. Diese ist jedoch lediglich in französischer Sprache verfügbar. Wie bereits erwähnt stellt dies für eine Vielzahl der UnionsbürgerInnen ein Problem dar und es wäre positiv, wenn die Homepage ebenfalls in englischer Sprache verfügbar wäre, damit mehr BürgerInnen Informationen erhalten. Es wird weiters in ihrer umfangreichen Biographie auf der Homepage deutlich, dass sie bereits in der Vergangenheit entwicklungspolitisch tätig wurde und unter anderem diverser berufliche Aufenthalte in Lateinamerika und Afrika nachweisen kann.²⁶⁹

Die Kombination ihrer Ausbildung und ihrer thematischen Schwerpunktsetzung im Entwicklungsausschuss sowie ihre Aufenthalte in Entwicklungsländern stellen einen

²⁶⁶ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Véronique de Keyser Lebenslauf

²⁶⁷ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Véronique de Keyser

²⁶⁸ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Véronique de Keyser Parlamentarische Tätigkeit

²⁶⁹ Vgl. Véronique de Keyser 2008: Biographie

Vorteil für ihre Tätigkeit beim DEVE dar und machen des Weiteren deutlich, dass sie bereits in der Vergangenheit entwicklungspolitisch aktiv war.

Leonidas Donskis

Leonidas Donskis wurde am 13. August 1962 geboren und stammt aus Litauen. Er ist Mitglied der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa. Donskis weist des Weiteren mehrere Studienabschlüsse auf, wie beispielsweise einen Hochschulabschluss in Litauisch, Literatur und Regie. Er studierte von 1987 bis 1990 Philosophie an der Universität Vilnius und von 1997 bis 1999 Sozial- und Moralphilosophie in Finnland. Donskis besitzt einen Dokortitel in beiden Studienrichtungen. Im Zeitraum zwischen seinem Studienabschluss in Litauisch, Literatur und Regie und seinem Studium der Philosophie erhielt er ein Forschungsstipendium für Philosophie an der Universität Vilnius. 2002 war er Professor für Sozial- und Moralphilosophie in Finnland, für Philosophie und Kulturtheorie in Estland sowie Präsident des Instituts für liberales Denken. Nach dem Erhalt seiner Dokortitel in Geistes- und Sozialwissenschaften war er von 2005 bis 2009 Dekan der Fakultät für politische Wissenschaft. Er war ebenfalls in den Vereinigten Staaten, Schweden, Ungarn und dem Vereinigten Königreich sowohl in der Forschung als auch aufgrund einer Lehrtätigkeit beschäftigt.²⁷⁰ Darüber hinaus weist Donskis im Abgeordnetenverzeichnis des Parlaments auf seine Homepage hin und bezeichnet sich dort in seiner Biographie als Philosophen, politischen Theoretiker, Historiker, Sozialanalyst und politischen Berichterstatter sowie als Mitte-rechts Politiker.²⁷¹ Donskis ist weiters bei einer Vielzahl von Think-Tanks und anderen Organisationen Mitglied, wie bei einem Beratungsgremium für globale und europäische Integration, beim Institut für eine offene Gesellschaft und ist Vorstand der Organisation *Diplomatie für das Leben*, welche sich mit der Rolle Litauens im Zweiten Weltkrieg beschäftigt.²⁷² Leonidas Donskis ist sowohl ordentliches Mitglied beim DEVE als auch beim DROI. Ferner ist er ebenfalls ordentliches Mitglied der Delegation in den Ausschüssen für parlamentarische Kooperation EU-Armenien, EU-Aserbaidshan und EU-Georgien, ordentliches Mitglied der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EURO-

²⁷⁰ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Leonidas Donskis Lebenslauf

²⁷¹ Vgl. Leonidas Donskis o. J.: Official biography of Leonidas Donskis

²⁷² Vgl. Leonidas Donskis o. J.: Membership and affiliation

NEST²⁷³, stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Israel und stellvertretendes Mitglied der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum.²⁷⁴

Es wird deutlich, dass Leonidas Donskis ein großes politisches Engagement außerhalb des Europäischen Parlaments mit sich bringt, jedoch meldete er sich von 2009 bis 2013 lediglich 26 Mal zu Wort. Er erstellte weiters zwei schriftliche Erklärungen und war in seiner Tätigkeit beim DEVE nicht Berichterstatter und verfasste auch keine Stellungnahmen.²⁷⁵

Aufgrund seiner geringen parlamentarischen Tätigkeit können beim Europäischen Parlament keine thematischen oder geografischen Schwerpunkte festgestellt werden, jedoch nennt er selbst auf seiner Homepage die wichtigsten Kernpunkte. Grundsätzlich ist für Donskis die Demokratie- und Menschenrechtsförderung von größter Bedeutung sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Unterstützung von Bildungs- und Kunstinitiativen, nachhaltige Entwicklung und Zusammenarbeit innerhalb der Union und die Stärkung der Baltischen Staaten.²⁷⁶

Einerseits wird durch die inhaltlichen Schwerpunkte auf seiner Homepage deutlich, dass Donskis schon lange Zeit im entwicklungspolitischen Bereich tätig ist. Dies erkennt man weiters auch an einer Vielzahl von Medienberichten, denn er wird immer wieder als Menschenrechtsvertefcher bezeichnet und setzt sich für die Rechte von Minderheiten ein.²⁷⁷ Andererseits wird auch anhand seiner Ausbildung und seiner bisherigen beruflichen Laufbahn deutlich, dass er aufgrund seines Studienabschlusses in Sozial- und Moralphilosophie sowie seiner Tätigkeit als Dekan der Fakultät für politische Wissenschaft ein gewisses politisches Engagement mit sich bringt. Weiters wurde er 2006 von einer Zeitung zum Menschen der Toleranz des Jahres gewählt und 2004 wurde er von der Union zum Botschafter für Vielfalt und Toleranz ernannt.²⁷⁸

Anlässlich seines großen Einsatzes und seiner umfangreichen Tätigkeit im Bereich der Menschenrechtsförderung besteht ein Zusammenhang zwischen seiner Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss und beim Unterausschuss für Menschenrechte. Es ist jedoch überraschend, dass seine parlamentarische Tätigkeit im Europäischen Parlament derart gering ist. Dies wird sowohl durch die knappe Anzahl von Wortmeldungen als auch

²⁷³ Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau, Ukraine (vgl. Europäisches Parlament o. J. DEPA

²⁷⁴ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Leonidas Donskis

²⁷⁵ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Leonidas Donskis Parlamentarische Tätigkeit

²⁷⁶ Vgl. Leonidas Donskis o. J.: Leonidas Donskis stand on political issues

²⁷⁷ Vgl. Leonidas Donskis o. J.: In the media

²⁷⁸ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Leonidas Donskis Lebenslauf

durch seine nicht vorhandene Tätigkeit als Berichterstatter beim Entwicklungsausschuss deutlich. Donskis anhaltender Kampf für die Demokratie- und Menschenrechtsförderung sowie seine Mitarbeit in zahlreichen Gremien und Verbänden, welche mit der Förderung entwicklungspolitischer Ziele beschäftigt sind, zeigen dennoch seine Qualifikationen für die Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss und seinen großen Einsatz im entwicklungspolitischen Bereich.

Charles Goerens

Charles Goerens wurde am 06. Februar 1952 in Luxemburg geboren und gehört der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten in Europa an. Goerens stellt im Verzeichnis der Abgeordneten des Europäischen Parlaments keinen Lebenslauf zur Verfügung, jedoch besteht ein Hinweis auf seine Homepage. Diese ist leider nur teilweise auf Englisch und Deutsch zugänglich, dennoch befindet sich dort ein kurzer Lebenslauf. Goerens weist in dem kurzen Überblick über seine Vergangenheit weder auf seine Ausbildung noch auf etwaige berufliche Tätigkeit außerhalb der nationalen und europäischen Politik hin. Von 1987 bis 1990 war er Präsident der Versammlung der Westeuropäischen Union und hatte bis 1994 den Vorsitz der Demokratischen Partei Luxemburgs inne. Weiters war er von 2006 bis 2009 Präsident des *Club du Sahel* und war von 1999 bis 2004 sowohl Minister für Umwelt als auch für Zusammenarbeit, humanitäre Maßnahmen und Verteidigung. Erstmals wurde Goerens 1982 ins Europäische Parlament gewählt und eine Wiederwahl erfolgte 1994 und 2009.²⁷⁹

Neben seiner ordentlichen Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss ist er ebenfalls ordentliches Mitglied beim Unterausschuss für Menschenrechte, stellvertretendes Mitglied beim AFET und BUDG sowie stellvertretender Vorsitzender der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU.²⁸⁰

Charles Goerens meldete sich 109 Mal im Plenum zu Wort und war im Rahmen seiner ordentlichen Tätigkeit beim DEVE vier Mal Berichterstatter und verfasste neun Stellungnahmen sowie eine schriftliche Erklärung.²⁸¹ Dies veranschaulicht im Vergleich zu anderen Mitgliedern des DEVE, dass bei Goerens durchaus ein politisches Engagement im Entwicklungsausschuss vorherrschend ist.

²⁷⁹ Vgl. Charles Goerens 2010: Biographie

²⁸⁰ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Charles Goerens

²⁸¹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Charles Goerens Parlamentarische Tätigkeit

Trotz des Verweises auf die Homepage können seine entwicklungspolitischen Schwerpunkte lediglich anhand seiner parlamentarischen Tätigkeiten zusammengefasst werden, da er selbst keinen Hinweis dazu vorweist. Allgemein lässt sich jedoch durchaus ein roter Faden erkennen, da er mehrmals bezüglich der Verbesserung der Entwicklungspolitik der Union schriftliche Stellungnahmen verfasste oder Berichterstatteer dazu war. Unter anderem sollte dies mit einer Verbesserung der Budgethilfe, der Veränderung der Agenda für den Wandel, der Einführung eines Finanzierungsinstruments für Entwicklungshilfe sowie einer verbesserten Handelspolitik der Union erreicht werden.²⁸²

Aufgrund seiner Präsidentschaft beim *Club du Sahel*²⁸³ und seiner Ministertätigkeit für Zusammenarbeit, humanitäre Maßnahmen und Verteidigung wird ersichtlich, dass auch außerhalb seiner parlamentarischen Arbeit ein entwicklungspolitisches Engagement vorherrscht. Es kann leider keine Auskunft darüber gegeben werden, ob Charles Goerens anlässlich seiner Ausbildung und beruflichen Laufbahn für die Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss qualifiziert ist, dennoch wird durch das vorherrschende entwicklungspolitische Engagement außerhalb des EP deutlich, dass ein Interesse seinerseits und auch ein Einsatz in diesem Bereich vorhanden ist.

Es muss abschließend jedoch zum Einen negativ angemerkt werden, dass Goerens keinen Lebenslauf beim Europäischen Parlament zur Verfügung stellt und zum Anderen auch nur Teile seine Homepage in englischer und deutscher Sprache wiedergegeben werden. Auch an dieser Stelle kommt die Frage auf, warum ein ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses und des Unterausschusses für Menschenrechte nicht dafür Sorge trägt, dass seine Informationen der gesamten Unionsbürgerschaft oder zumindest einem sehr großen Teil zur Verfügung gestellt wird.

Catherine Grèze

Catherine Grèze ist 53 Jahre alt und die Französin ist Mitglied der Fraktion der Grünen. Grèze führt im Abgeordnetenverzeichnis des Europäischen Parlaments keinen Lebenslauf an und weist auch auf keine Homepage hin, obwohl sie durchaus eine eigene Informationsseite besitzt. Diese Seite ist jedoch wiederum nur in französischer

²⁸² Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Charles Goerens Parlamentarische Tätigkeit

²⁸³ Der *Club du Sahel* wurde 1976 gegründet und Ziel war damals Unterstützung für die von der Dürre betroffene Sahel-Region zur Verfügung zu stellen. 2001 wurden 17 westafrikanische Staaten ebenfalls aufgenommen und heute wird der damalige Club als *Sahel and West Africa Club* bezeichnet. Das heutige Ziel ist eine allgemeine nachhaltige Entwicklungsförderung für die Sahel-Region und für die westafrikanischen Staaten zu erreichen. (vgl. OECD Observer 2008)

Sprache zur Verfügung gestellt, was bedeutet, dass diese Informationen für einen großen Teil der Unionsbürgerschaft verborgen bleiben. Sie führt in ihrer Biographie ihre politischen Eckpunkte an, jedoch weist sie nicht darauf hin, welche Ausbildung und anderen beruflichen Tätigkeit sie in der Vergangenheit nachgegangen ist. Grèze ist seit der Gründung der französischen Grünen Mitglied der Partei und war auch Mitglied des Vorstands der Grünen in Frankreich und der Europäischen Grünen Partei.²⁸⁴

Grèze ist überdies ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses und stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für regionale Entwicklung. Ferner ist sie ordentliches Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern des Mercosur und der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika sowie stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Mittelamerikas.²⁸⁵

Im Zeitraum von 2009 bis 2013 meldete sich Grèze 149 Mal zu Wort, was wiederum ein großes Engagement im Europäischen Parlament aufzeigt. Weiters war sie ein Mal Berichterstatterin zum Thema des geistigen Eigentums und der genetischen Ressourcen und welche Auswirkungen diese auf die Reduktion der Armut in Entwicklungsländern haben. Darüber hinaus verfasste sie neun Stellungnahmen im Rahmen ihrer Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss und zwei schriftliche Erklärungen. Die verfassten Stellungnahmen beinhalten wiederum zwei Berichte in Bezug auf die Nutzung genetischer Ressourcen und drei schriftliche Ausarbeitungen zur sozialen Verantwortung von Unternehmen. Des Weiteren wurden Stellungnahmen zur Situation von Frauen in Kriegen, zur Beziehung der Union zu Lateinamerika und in Bezug auf den Klimawandel sowie Umweltrisiken erstellt.²⁸⁶

Es lässt sich erkennen, dass Catherine Grèze vor allem entwicklungspolitische Themen wie die Nutzung von genetischen Ressourcen und die soziale Verantwortung von Unternehmen fokussiert. Deutlich wird auch, dass sie sich ebenfalls stark mit der Bedeutung und den Rechten indigener Völker beschäftigt, denn dies spiegelt sich ebenfalls anhand der Themengebiete ihrer zahlreichen Petitionen wieder, welche von ihr auf der Homepage zur Verfügung gestellt wird.²⁸⁷

Aufgrund des Fehlens ihrer Ausbildung und ihrer beruflichen Laufbahn, kann keine Auskunft darüber gegeben werden, ob sie durch diese Punkte besonders für ihre

²⁸⁴ Vgl. Catherine Grèze 2014: Présentation

²⁸⁵ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Catherine Grèze

²⁸⁶ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Catherine Grèze Parlamentarische Tätigkeit

²⁸⁷ Vgl. Catherine Grèze 2014: Sotiens

Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss qualifiziert ist. Es wird jedoch deutlich, dass sowohl das Engagement auf Seiten der Entwicklungs- als auch der Umweltpolitik groß ist. Dies wird auch durch die Vielzahl an parlamentarischen Stellungnahmen und Wortmeldungen veranschaulicht. Negativ muss jedoch an dieser Stelle erneut erwähnt werden, dass die Transparenz aufgrund der sprachlichen Einschränkung nicht sehr groß ist und nur gewisse Teile der UnionsbürgerInnen Zugang zu Informationen über ihre politische Tätigkeit haben.

Mikael Gustafsson

Mikael Gustafsson wurde am 06 März 1966 in Finnland geboren und ist Mitglied der Konförderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken. Von 1988 bis 1993 absolvierte Gustafsson eine weiterführende Ausbildung in Raum- und Sozialplanung an der Universität Stockholm. Der Schwerpunkt des Studiums lag auf der technischen Planung und Umweltschutz. Während dieser Ausbildung war Gustafsson im Bereich der Kinderpflege in einer Stockholmer Vorschule aktiv und seit 2006 ist er neben seinem großen politischen Engagement Landesbeamter. Unter anderem ist er seit 2000 als verkehrs- und finanzpolitischer Sachverständiger der Linkspartei tätig und ist weiters seit 2008 ordentliches Mitglied des Programmausschusses dieser Partei. Er war ebenfalls in mehreren Gemeinden ordentliches Mitglied im Gemeinderat wie beispielsweise in Tyresö und Nynäshamn. Darüber hinaus war er ordentliches Mitglied im Kinder- und Bildungsausschuss in Tyresö und im Umweltschutz- und Gesundheitsverbund in Södertrön sowie stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Umweltschutz und Raumplanung. Gustafsson war außerdem Mitglied der Agenda 21-Gruppe in Tyresö.²⁸⁸

Mikael Gustafsson ist beim Entwicklungsausschuss und bei der Konferenz der Ausschussvorsitze ordentliches Mitglied. Weiters ist er Vorsitzender des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter und stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Palästinensischen Legislativrat und der Delegation für die Beziehungen zum Panafrikanischen Parlament.²⁸⁹

²⁸⁸ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Mikael Gustafsson Lebenslauf

²⁸⁹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Mikael Gustafsson

Mikael Gustafsson meldete sich zwar 128 im Plenum zu Wort, jedoch war er lediglich zwei Mal Berichterstatter und dies in seiner Tätigkeit beim FEMM und verfasste eine Stellungnahmen sowie drei schriftliche Erklärungen.²⁹⁰

Anhand der geringen parlamentarischen Aktivität ist es schwierig, entwicklungspolitische Themenschwerpunkte zu setzen. Aufgrund seines Vorsitzes beim FEMM wird der Beweggrund für das verstärkte Engagement in diesem Ausschuss und nicht im DEVE deutlich. Es kann grundsätzlich angemerkt werden, dass er beim Entwicklungsausschuss nicht sehr aktiv wird, jedoch setzte er sich als Berichterstatter beim FEMM sowohl für die Gleichstellung der Geschlechter als auch konkret in Bezug auf Entwicklungsländer auseinander.²⁹¹ Die Abgrenzung zwischen seiner Arbeit beim DEVE und beim FEMM kann demnach nicht ganz klar vorgenommen werden und die Grenzen verschwimmen hier. Anhand des umfangreichen und informativen Lebenslaufs beim Europäischen Parlament wird deutlich, dass er trotz seiner eher gemäßigten Aktivität beim Entwicklungsausschuss außerhalb des Parlaments ein großes politisches Engagement bereits in der Vergangenheit und auch noch aktuell an den Tag legt. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass durch seine Ausbildung der entwicklungspolitische Aspekt seiner Tätigkeiten und auch die Qualifikationen für die Arbeit beim Entwicklungsausschuss nicht klar werden. Darüber hinaus war er bis auf seine Mitgliedschaft bei der Agenda 21-Gruppe in Tyresö nicht im Bereich der Entwicklungspolitik tätig. Bei Mikael Gustafsson muss weiters negativ angemerkt werden, dass er zwar über einen Blog bzw. eine Homepage verfügt, jedoch diese lediglich in Schwedisch abrufbar ist.²⁹² Man kann als Mitglied einer europäischen und globalen Institution nicht davon ausgehen, dass die Unionsbürgerschaft Informationen aus dieser Homepage problemlos erhalten können. Darüber hinaus stellt sich ebenfalls die Frage, warum Gustafsson seine Informationen nicht auch in einer weiter verbreiteteren Sprache zur Verfügung stellt, damit ein gewisses Maß an Transparenz gegenüber den BürgerInnen außerhalb Schwedens vorherrscht.

Filip Kaczmarek

Filip Kaczmarek wurde am 22. November 1966 geboren und stammt aus Polen. Er ist ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses und gehört der Fraktion der

²⁹⁰ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Mikael Gustafsson Parlamentarische Tätigkeit

²⁹¹ Vgl. Plenarsitzungsdokument A7-0235/2012: Abs1/4

²⁹² Die Homepage kann hier abgerufen werden: <http://mickegustafsson.se/>

Europäischen Volkspartei an. Weiters besitzt er einen Magisterabschluss in Geschichtswissenschaften und absolvierte daraufhin ein Aufbaustudium an der Hochschule in Posen in Bankwesen sowie ein Doktoratsstudium in Politikwissenschaften in Posen. Von 1995 bis 2002 war er Redakteur und Chefredakteur eines Fernsehsenders in Polen sowie Direktor der Stadtverwaltung in Posen. Er weist in seinem selbst zur Verfügung gestellten Lebenslauf eine Vielzahl von politischen Aktivitäten in Polen in der Vergangenheit auf. Unter anderem war er Mitglied des liberaldemokratischen Kongresses, der Freiheitsunion und der Bürgerplattform in Polen sowie ebenfalls ordentliches Mitglied im StudentInnenparlament, dem Universitätssenat und dem BürgerInnenausschuss. Ferner war er Mitglied in zahlreichen polnischen Ausschüssen wie beispielsweise dem Nationalversammlungsausschuss für Verfassungsfragen, bei einem Sonderausschuss mit Bezug auf die Charta der Grundrechte und im Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Technischen Fortschritt. Überdies war Kaczmarek Gründungsmitglied der Jungen Liberalen und Vorsitzender des polnischen Koordinierungsausschusses. Er ist seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments und war ebenfalls Vorstandsmitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei.²⁹³

Wie bereits erwähnt ist Filip Kaczmarek ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses und stellvertretendes Mitglied beim Ausschuss für Umweltfrage, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Des Weiteren ist er Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu Belarus, ordentliches Mitglied der Konferenz der Delegationsvorsitze sowie ordentliches Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Panafrikanischen Parlament, der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU, der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST und stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Israel.²⁹⁴

Kaczmarek weist in Bezug auf seine Tätigkeit beim Europäischen Parlament und vor allem beim Entwicklungsausschuss ein großes Engagement auf. Er meldete sich demnach zwischen 2009 und 2013 174 Mal zu Wort, war beim DEVE vier Mal Berichterstatter und verfasste sechs Stellungnahmen und sieben schriftliche Erklärungen. Zusammenfassend wird deutlich, dass Filip Kaczmareks Fokus bei seiner Arbeit beim DEVE auf dem Fortschritt der Erreichung der Millenniums-

²⁹³ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Filip Kaczmarek Lebenslauf

²⁹⁴ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Filip Kaczmarek

Entwicklungsziele, der Armutsreduktion, der Menschenrechts- und Demokratieförderung und vor allem auf der Bewertung der Außenhilfe und der internationalen Zusammenarbeit der Union liegt.²⁹⁵

Im Vergleich mit anderen Mitgliedern des Ausschusses wird durchaus deutlich, dass Kaczmarek sehr aktiv beim Entwicklungsausschuss und der Politikgestaltung des Ausschusses mitwirkt. Anhand seines Lebenslaufs werden zwar keine konkreten entwicklungspolitischen Tätigkeiten deutlich, jedoch ist das Studium der Politikwissenschaften und sein außerparlamentarischer politischer Einsatz durchaus ein Indikator dafür, dass ein politisches Interesse vorhanden ist. Es lässt aber nicht auf eine automatische Qualifikation für den Entwicklungsausschuss schließen. Kaczmarek verfasste eine Stellungnahme in Bezug auf die Einführung eines Finanzierungsinstruments. Dies kann wiederum auf seinen Abschluss an der Hochschule für Bankwesen zurückgeführt werden, da er aufgrund des Aufbaustudiums durchaus einen gewissen Zugang zu dieser Thematik und auch ausreichende Kenntnisse in diesem Bereich besitzt. Es muss jedoch auch bei Filip Kaczmarek – wie bei zahlreichen anderen Mitgliedern des Ausschusses – darauf hingewiesen werden, dass er zwar im Abgeordnetenverzeichnis des Europäischen Parlaments keinen Verweis auf seine Homepage macht, nach kurzer Internetrecherche findet man diese dennoch. Jedoch ist sie lediglich in polnischer Sprache verfügbar.²⁹⁶ Dies erweckt wieder den Anschein, dass nicht allzu großer Wert darauf gelegt wird, dass mehr UnionsbürgerInnen Zugang zu seinen Informationen bekommen.

Michał Tomasz Kamiński

Michał Tomasz Kamiński wurde am 28. März 1972 in Polen geboren und ist Mitglied der Fraktion Europäischer Konservativer und Reformisten. Er besitzt den Abschluss des Bachelorstudiums in der Fachrichtung Politikwissenschaften und Diplomatie mit dem Schwerpunkt auf Internationale Beziehungen und Amerikanistik. Weiters war er 1994 Direktor eines Radiosenders, von 1997 bis 2001 Mitglied des polnischen Parlaments und von 2007 bis 2009 Staatssekretär im Kabinett des polnischen Präsidenten. Vor seiner Tätigkeit beim Europäischen Parlament war er von 2003 bis 2004 Beobachter im

²⁹⁵ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Filip Kaczmarek Parlamentarische Tätigkeit

²⁹⁶ Die Homepage kann hier abgerufen werden: <http://www.filipkaczmarek.pl/>

Parlament. Kamiński wurden auch mehrere Verdienstkreuze und -orden von Litauen, Portugal und Ungarn verliehen.²⁹⁷

Neben seiner ordentlichen Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss ist er ebenfalls ordentliches Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern des Mercosur, der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika und stellvertretendes Mitglied beim Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, der Delegation in den Ausschüssen für parlamentarische Kooperation EU-Armenien, EU-Aserbaidschan und EU-Georgien und der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST.²⁹⁸

Michał Tomasz Kamiński meldete sich zwischen 2009 und 2013 304 Mal zu Wort, jedoch betreute er keinen Bericht als Berichterstatter und verfasste lediglich eine Stellungnahme zum Thema der Korruption im öffentlichen und privaten Sektor und dessen Auswirkungen auf die Förderung der Menschenrechte.²⁹⁹ Es entsteht zwar einerseits der Eindruck, dass Kamiński aufgrund seiner zahlreichen Wortmeldungen durchaus ein aktives Mitglied im Europäischen Parlament ist, jedoch lassen sich anlässlich der geringen Anzahl von schriftlichen Beiträgen keine thematischen Schwerpunkte herausfinden. Darüber hinaus weist er im Abgeordnetenverzeichnis nicht auf seine Homepage hin, besitzt jedoch eine, welche auch auf Englisch verfügbar ist. Es werden auf der Homepage aber keine entwicklungspolitischen Tätigkeiten und Interessen genannt. In seiner selbst verfassten persönlichen Erklärung werden seine Werte und allgemeinen politischen Schwerpunkte wiedergespiegelt, dennoch betont er lediglich den Fokus auf die nationalen polnischen Interessen innerhalb der Union, die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und die Demokratieförderung.³⁰⁰

Es ist für ein Mitglied des Entwicklungsausschusses, welches durchaus aufgrund seiner Ausbildung in internationalen Beziehungen Qualifikationen für die politische Tätigkeit im DEVE mit sich bringt, zu wenig Engagement lediglich auf die Förderung der Demokratie hinzuweisen und auch kaum schriftliche Stellungnahmen oder Beiträge innerhalb des Europäischen Parlaments zur Verfügung zu stellen.

Miguel Angel Martínez Martínez

²⁹⁷ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Michał Tomasz Kamiński Lebenslauf

²⁹⁸ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Michał Tomasz Kamiński

²⁹⁹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Michał Tomasz Kamiński Parlamentarische Tätigkeiten

³⁰⁰ Vgl. Michał Tomasz Kamiński o. J.: My Program

Miguel Angel Martínez Martínez ist ein spanischer Politiker und wurde am 30. Jänner 1940 geboren. Er ist Mitglied der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament und absolvierte sein Studium in Wien, Toulouse und Madrid, jedoch geht aus seinem Lebenslauf nicht hervor in welchem Fachgebiet er diesen Abschluss machte. Weiters wurde ihm die Goldmedaille der Comenius Universität in Bratislava und der Ehrendoktor der Universität in Moskau und Aberdeen verliehen. Im Zeitraum von 1964 bis 1966 war er stellvertretender Generalsekretär und hatte den stellvertretenden Vorsitz bei der *International Union of Socialist Youth* inne. Weiters war er ebenfalls 1966 Generalsekretär einer sozialistischen Erziehungsorganisation und Mitglied des Provinzexecutivausschuss einer spanischen Gewerkschaft. Martínez war auch lange Zeit bei der Sozialistischen Arbeiterpartei in Spanien aktiv. 1981 war er Generalsekretär der Partei und 1987 befand er sich im Bundesexecutivausschuss. Ferner war er von 1977 bis 1999 Abgeordneter des spanischen Parlaments und dort für die Region Ciudad Real zuständig. Martínez ist jedoch bereits lange Zeit in der internationalen Politik aktiv. Unter anderem war er von 1983 bis 1992 Vizepräsident und von 1992 bis 1996 Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und zwei Jahre lang besaß er den Vorsitz der Interparlamentarischen Union.³⁰¹

Martínez ist überdies im Europäischen Parlament sehr engagiert und bei einer Vielzahl von Delegationen Mitglied. Er ist ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses, des Petitionsausschuss, des Präsidiums des Europäischen Parlaments, der Delegation für die Beziehungen zum Panafrikanischen Parlament und der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU sowie stellvertretendes Mitglied beim Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung, bei der Delegation im Parlamentarischen Ausschuss Cariforum-EU, bei der Delegation im Ausschuss für parlamentarische Kooperation EU-Ukraine und bei der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST. Darüber hinaus ist er einer von vierzehn Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments.³⁰²

Anhand der Vielzahl von Aktivitäten bei unterschiedlichsten Delegationen wird durchaus die große Aktivität Martínez's innerhalb des Parlaments deutlich, außerdem meldete er sich von 2009 bis 2013 420 Mal zu Wort. Es muss jedoch angemerkt werden, dass er weder im Rahmen seiner Tätigkeit beim DEVE noch beim PETI oder

³⁰¹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Miguel Angel Martínez Martínez Lebenslauf

³⁰² Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Miguel Angel Martínez Martínez

SEDE Berichterstatter war oder eine Stellungnahme verfasste. Im Zeitraum von 2009 bis 2011 verfasste er lediglich drei schriftliche Erklärungen.³⁰³ An dieser Stelle können daher keine entwicklungspolitischen Themenschwerpunkte anhand der schriftlichen Arbeiten von Martínez zusammengefasst werden. Darüber hinaus lässt sich auch aufgrund der Delegationen, bei denen er ordentliches oder stellvertretendes Mitglied ist, kein geographischer Fokus feststellen. Einerseits beschäftigt er sich mit den Beziehungen der Union zu den AKP-Staaten und dem Panafrikanischen Parlament und andererseits mit der Beziehung zur Ukraine und Osteuropa. Sein großes politisches Engagement sowohl innerhalb des Europäischen Parlaments als auch außerhalb wird durch die Vielzahl an Tätigkeiten und Wortmeldung deutlich, jedoch ist negativ anzumerken, dass er beim Entwicklungsausschuss nur wenig politischen Einsatz zeigt. Darüber hinaus wird in seinem Lebenslauf nicht erwähnt, was er studierte. Seine Präsidentschaft beim Europarat macht jedoch deutlich, dass bereits in der Vergangenheit ein entwicklungspolitische Engagement im Bereich der Menschenrechtsförderung vorhanden war. Seine Qualifikationen für die Arbeit beim Europäischen Parlament an sich sind aufgrund seiner umfangreichen Tätigkeit nicht zu übersehen. Durch die Kombination seines großen politischen Einsatzes und seinem entwicklungspolitischen Interesse ist er durchaus für die Arbeit beim Entwicklungsausschuss qualifiziert.

Abschließend muss angemerkt werden, dass Miguel Angel Martínez Martínez im Abgeordnetenverzeichnis auf seine Homepage hinweist. Man gelangt dort jedoch lediglich auf die Informationsseite der Sozialistischen Arbeiterpartei und überdies ist die Homepage nur in spanischer Sprache verfügbar. Zum Einen sind auch hier die Informationen nur für einen kleinen Teil der Unionsbürgerschaft zugänglich und es erweckt den Anschein, dass das nötige Maß an Transparenz nicht vorherrschend ist. Es ist durchaus kritisch zu betrachten, dass ein Mitglied des Entwicklungsausschusses und ein Vizepräsident des Europäischen Parlaments keine Homepage besitzt und jene Informationen, welche außerhalb des Europäischen Parlaments erhältlich sind, nur einer geringen Zahl an UnionsbürgerInnen zur Verfügung gestellt werden. Zum Anderen handelt es sich hier um die Informationsseite der Partei und nicht um Martínez persönliche Seite, daher gibt sie auch keine Auskunft darüber, welche konkreten Werte er vertritt.

³⁰³ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Miguel Angel Martínez Martínez Parlamentarische Tätigkeit

Gay Mitchell

Gay Mitchell wurde am 30. Dezember 1951 in Irland geboren und ist Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Er studierte einerseits Politikwissenschaften an der Universität in Belfast und andererseits Buchhaltung und Finanzwesen an der Universität Northhampton. Des Weiteren ist er zertifizierter Steuerberater und war Mitglied des Verbands für internationale WirtschaftsprüferInnen. Von 1976 bis 1988 war Mitchell Partner eines Wirtschaftsprüfungsunternehmens und von 1997 bis 1999 Geschäftsführer der Vereinigung *International Productivity Specialists*. Gay Mitchell ist außerdem schon lange Zeit politisch aktiv. Unter anderem war er 1987 Wahldirektor der *Fine Gael Party* und ist seit 2009 Vorsitzender der Delegation der Partei im Europäischen Parlament. Weiters war er von 1979 bis 1995 und von 1999 bis 2003 Mitglied des Stadtrats von Dublin und Mitglied im Repräsentantenhaus für Dublin. Er hat ebenfalls den Vorsitz des Ausschusses für Haushaltskontrolle und Europäische Angelegenheiten inne sowie des Unterausschusses für die Überprüfung von Fragen betreffend der Union. Im Europäischen Parlament ist er Sprecher der *Fine Gael Party*, Vorsitzender der Arbeitsgruppe C, welche sich mit den Beziehungen zu Nord- und Zentrallateinamerika beschäftigt und der Arbeitsgruppe zur Menschenwürde.³⁰⁴

Gay Mitchell ist ordentliches Mitglied beim Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments sowie stellvertretendes Mitglied beim Ausschuss für Wirtschaft und Währung. Überdies ist er ordentliches Mitglied der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU und stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zur Volksrepublik China.³⁰⁵

Mitchell legt im Rahmen seiner Tätigkeit beim Europäischen Parlament an sich und beim Entwicklungsausschuss ein großes Engagement an den Tag. Er weist für den Zeitraum von 2009 bis 2013 154 Wortmeldungen im Plenum auf und betreute fünf Berichte als Berichterstatter. Außerdem verfasste er sieben Stellungnahmen beim Entwicklungsausschuss und fünf schriftliche Erklärungen. Anhand dieser Vielzahl von schriftlichen Aktivitäten lässt sich durchaus ein thematischer Fokus herausfiltern, da er drei Berichte zum Thema der Finanzierungsinstrumente der Union für

³⁰⁴ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Gay Mitchell Lebenslauf

³⁰⁵ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Gay Mitchell

Entwicklungshilfe betreute und fünf Stellungnahmen in Bezug auf den Haushaltsplan der Union und die Finanzierung der Entwicklungshilfe verfasste.³⁰⁶

Gay Mitchell weist weiters im Abgeordnetenverzeichnis des Europäischen Parlaments auf seine Homepage hin. Dort werden seine entwicklungspolitischen Schwerpunkte, wie die bessere finanzielle Koordinierung und die Erweiterung der Finanzierungsinstrumente der Union weiter ausgebaut. Er betont die Wichtigkeit des Minderheitenschutzes, die Fortschritte in Bezug auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele, Bildungs- und Ernährungsförderung und den Kampf gegen jegliche Diskriminierung.³⁰⁷

Auf Mitchells Homepage und in seinem Lebenslauf beim Europäischen Parlament werden zwar kaum entwicklungspolitische Aktivitäten in der Vergangenheit erwähnt, außer die Nominierung des *MEP of the Year Award for Development 2012*, jedoch wird im Allgemeinen deutlich, dass ihm die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in Entwicklungsländern enorm wichtig ist, da er eine Vielzahl von Publikationen in diesem Bereich verfasste.³⁰⁸

Zusammenfassend kann angemerkt werden, dass Gay Mitchell ein sehr großes politisches Engagement sowohl im Entwicklungsausschuss als auch außerhalb zeigt. Es werden weiters seine entwicklungspolitischen Schwerpunkte – bessere finanzielle Koordinierung und die Erweiterung der Finanzinstrumente der Union – klar ersichtlich. An dieser Stelle kann eine Verbindung zwischen seiner Ausbildung und seiner Qualifikationen für diesen Themenbereich hergestellt werden, denn er studierte Politikwissenschaften und Bank- und Finanzwesen, was wiederum veranschaulicht, dass er durchaus das nötige Know-How für diesen Bereich mit sich bringt. Mitchell legt auch großen Wert darauf, dass die Unionsbürgerschaft ausreichend Informationen in Bezug auf seine Tätigkeiten erhält, da er einerseits einen sehr umfangreichen Lebenslauf beim Europäischen Parlament veröffentlichte und andererseits seine Homepage eine Vielzahl an Publikationen und aktuellen Stellungnahmen beinhaltet, was wiederum seine Werte und Interessen veranschaulicht.

Norbert Neuser

³⁰⁶ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Gay Mitchell Parlamentarische Tätigkeit

³⁰⁷ Vgl. Gay Mitchell 2008: About

³⁰⁸ Vgl. Gay Mitchell 2008: European Parliament News

Norbert Neuser ist 64 Jahre alt und wurde in Deutschland geboren. Er ist Mitglied der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten. Er beendete sein Lehramtsstudium in Mathematik, Sport und Politik 1973 und erhielt 1978 sein Diplom in Pädagogik mit dem Schwerpunkt auf Erwachsenenbildung. Neben seiner politischen Tätigkeit bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschland war er Lehrer und Schulleiter. Von 1982 bis 1984 war Neuser im Bundesvorstand der Jungsozialisten der Sozialdemokratischen Partei Deutschland sowie Mitglied des Sozialdemokratischen Landesvorstands in Rheinland-Pfalz von 1987 bis 2006, Mitglied des Kreistags in Rhein-Hunsrück von 1984 bis 2009 und Mitglied des Stadtrats in Boppard von 1984 bis 1999. Darüber hinaus war er stellvertretender Landrat im Kreis Rhein-Hunsrück sowie Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in Rhein-Hunsrück.³⁰⁹ Neuser war und ist neben seiner politischen Tätigkeit bei der Sozialdemokratischen Partei unter anderem Vorsitzender der Organisation *Forum eine Welt* und Mitarbeiter im Mittel- und Osteuropazentrum am Flughafen Frankfurt, wo der Aufbau von Wirtschaftskontakten zu osteuropäischen Staaten im Vordergrund steht. Er hat außerdem den Vorsitz eines partnerschaftlichen Freundschaftsclubs zwischen Nyabitekeri, Ruanda und Boppard inne. Darüber hinaus ist Neuser beim Europäischen Parlament Vorsitzender der überfraktionellen Arbeitsgruppe Westsahara und Koordinator der Beziehungen zwischen der Union und den AKP-Staaten.³¹⁰

Neben Neusers ordentlicher Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss ist er stellvertretendes Mitglied beim Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten sowie ordentliches Mitglied der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU, stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Palästinensischen Legislativrat, stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Maschrik-Länder³¹¹ und stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Panafrikanischen Parlament.³¹²

Norbert Neuser meldete sich von 2009 bis 2013 lediglich neun Mal zu Wort und war zwei Mal als Berichterstatter im Rahmen des Entwicklungsausschusses tätig. Ferner verfasste er vier Stellungnahmen, jedoch keine schriftliche Erklärung.³¹³ Neuser weist beim Europäischen Parlament nicht auf seine Homepage hin, dennoch steht sie zur

³⁰⁹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Norbert Neuser Lebenslauf

³¹⁰ Vgl. Norbert Neuser o. J.: Lebenslauf

³¹¹ Ägypten, Jordanien, Libanon, Syrien (vgl. Europäisches Parlament o. J.: DMAS)

³¹² Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Norbert Neuser

³¹³ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Norbert Neuser Parlamentarische Tätigkeit

Verfügung. In Bezug auf seine entwicklungspolitischen Schwerpunkte führt er auf seiner Homepage die Wichtigkeit der Gleichstellung der Geschlechter, die Friedenssicherung in Europa und der Abbau von Atomwaffen sowie die Förderung der Abrüstung und Koexistenz an. Neuser betont des Weiteren wie groß die Auswirkungen der gemeinsamen Agrarpolitik und Fischereipolitik der Union auf Entwicklungsländer sind. Die Gewässer der Entwicklungsländer werden teilweise von europäischen FischerInnen leer gefischt und lokale Landwirte werden durch importierte europäische Produkte vom Markt verdrängt. Er weist außerdem darauf hin wie wichtig die Friedenssicherung, Demokratie- und Menschenrechtsförderung sowie wirtschaftliche Entwicklung und humanitäre Hilfe für eine globale nachhaltige Entwicklung ist.³¹⁴

Neben diesen von ihm angeführten Schwerpunkten war Norbert Neuser im Jahr 2011 Berichterstatte für einen Bericht, welcher Bezug auf die Energiedienstleister und die Notwendigkeit einer besseren Energieversorgung für die Erreichung der MDGs nahmen.³¹⁵

Neuser war bereits in der Vergangenheit in der Entwicklungspolitik aktiv, denn er war in Nicaragua im Bereich des Infrastrukturaufbaus im Rahmen der Entwicklungshilfe der damaligen DDR tätig und ist seit 2006 Vorsitzender des *Forum Eine Welt*. Das *Forum Eine Welt* ist ein Beratungsgremium der Sozialdemokratischen Partei und ist sowohl in der Friedens- als auch Entwicklungspolitik tätig. Dieses Gremium verfolgt das Ziel, dass die Menschen weltweit positiv von der Globalisierung profitieren.³¹⁶

Neuser selbst erwähnt im Zuge seiner Biographie und der Darstellung seiner politischen Schwerpunkte ganz konkret, wie wichtig ihm die Entwicklungspolitik ist. Er betont weiters, dass seine entwicklungspolitische Tätigkeit in der Vergangenheit bei den unterschiedlichsten Organisationen wie dem *Forum Eine Welt* oder der Arbeitsbrigade der DDR ausschlaggebend für seine Arbeit im Entwicklungsausschuss waren. Aufgrund seiner Ausbildung und späteren Lehrtätigkeit wird eine automatische Qualifikation für den DEVE zwar nicht deutlich, jedoch ist sein großes außerparlamentarisches Engagement einerseits durchaus ein Indikator für das große vorherrschende Interesse in dem Bereich und andererseits qualifizieren ihn seine Tätigkeiten in den Gremien und in Entwicklungsländern für die Arbeit im Entwicklungsausschuss.

³¹⁴ Vgl. Norbert Neuser o. J.: Politische Schwerpunkte

³¹⁵ Vgl. Plenarsitzungsdokument A7-0442/2011: 13 ff

³¹⁶ Vgl. Norbert Neuser o. J.: Lebenslauf

Abschließend kann angemerkt werden, dass Neuser beim Europäischen Parlament einen überschaubaren Lebenslauf zur Verfügung stellt, jedoch eine informative Homepage besitzt. Es muss auch hier angeführt werden, dass seine Homepage lediglich in deutscher Sprache verfügbar ist und somit diese Fülle an Informationen nicht für viele BürgerInnen zugänglich ist.

Bill Newton Dunn

Bill Newton Dunn wurde am 03. Oktober 1941 im Vereinigten Königreich geboren. Er ist ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses und ebenso Mitglied der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa. Dunn besitzt einen Masterabschluss der Universität Cambridge in Physik und Chemie und einen Masterabschluss der Business School INSEAD.³¹⁷ Vor Dunns politischer Tätigkeit sowohl im Europäischen Parlament als auch im Vereinigten Königreich arbeitete er bis 1979 in einem britischen Chemiekonzern. Dunn wurde daraufhin das erste Mal 1979 ins Europäische Parlament gewählt und Wiederwahlen erfolgten 1984, 1989, 1999 und 2009. Weiters ist er Mitbegründer des Forums zur Bekämpfung von Schmuggel und Organisierter Kriminalität. Dies ist eine informelle parteiübergreifende Gruppierung von Mitgliedern des Europäischen Parlaments, KommissarInnen, UnternehmerInnen und Mitgliedern anderer Organisationen. Dunn war außerdem Mitglied der Britischen Konservativen Partei. Aufgrund der kritischen Einstellung der Partei gegenüber der Union, wechselte er jedoch im Jahr 2000 zur Britischen Liberalen Partei.³¹⁸

Neben seiner ordentlichen Tätigkeit beim DEVE des Europäischen Parlaments ist Dunn ebenfalls ordentliches Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu Indien, stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südasiens und stellvertretendes Mitglied der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU.³¹⁹

Bill Newton Dunn weist im Zeitraum von 2009 bis 2013 jedoch lediglich acht Wortmeldungen im Plenum auf, war ein Mal Berichterstatter und verfasste vier Stellungnahmen und vier schriftliche Erklärungen. Anhand der Stellungnahmen wird kein klarer thematischer Fokus deutlich, da sie zum Einen die Themen der Organisierten

³¹⁷ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Bill Newton Dunn Lebenslauf

³¹⁸ Vgl. Bill Newton Dunn 2012: About Bill

³¹⁹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Bill Newton Dunn

Kriminalität und Geldwäsche und zum Anderen den Kapazitätenaufbau und die Handelspolitik der Union behandeln.³²⁰

Es können auch anhand der Homepage keine konkreten Schwerpunkte in Bezug auf seine entwicklungspolitischen Interessen festgestellt werden, da er überwiegend Berichte über die allgemeinen politischen Aktivitäten innerhalb des Parlaments und die Auswirkungen auf das Vereinigte Königreich veröffentlicht.³²¹ Was jedoch deutlich wird ist, dass er Mitgründer des Forums zur Bekämpfung von Schmuggel und Organisierter Kriminalität ist und sich diese Thematik auch in einer seiner Stellungnahmen wieder findet. Sein Masterabschluss an der Business School INSEAD stellt durchaus eine gewisse Qualifikation für die Stellungnahmen im Rahme seiner Arbeit beim DEVE in Bezug auf die Handelspolitik der Union dar und in diesem Zusammenhang die Bewertung der konkreten Auswirkungen für Entwicklungsländer.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Bill Newton Dunn einerseits einen weniger umfangreichen Lebenslauf beim Europäischen Parlament zur Verfügung stellt als andere Mitglieder, jedoch andererseits eine sehr informative Homepage aufweist. Es wird deutlich, dass Dunn großen Wert auf ein ausreichendes Maß an Transparenz legt, da er unter anderem seine jährlichen Ausgaben und Zuschüsse angibt.³²² Des Weiteren beinhaltet sie Informationen über seine persönlichen Zielsetzungen und seine Politikgestaltung. Laut Dunn muss die Kommunikation zur Wählerschaft verbessert werden, ein europäisches FBI soll erstellt werden sowie müssen die Entscheidungsprozesse innerhalb der Union anders erfolgen.³²³ Es wird an dieser Stelle jedoch deutlich, dass hier seine entwicklungspolitischen Werte und Interessen nicht angeführt werden und generell weniger stark fokussiert werden, als beispielsweise die britischen Interessen innerhalb der Union.

Andreas Pitsillides

Andreas Pitsillides ist 36 Jahre alt und stammt aus Zypern. Er ist Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei und ordentliches Mitglied im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments. Pitsillides besitzt einen Bachelorabschluss in Theologie und absolvierte zwei postgraduelle Studien in Cambridge und Thessaloniki unter anderem in Soziologie des Neuen Testaments. Er war überdies wissenschaftlicher Mitarbeiter an

³²⁰ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Bill Newton Dunn Parlamentarische Tätigkeit

³²¹ Vgl. Bill Newton Dunn 2012: Bill's Report

³²² Vgl. Bill Newton Dunn 2012: Bill's Expenses

³²³ Vgl. Bill Newton Dunn 2012: Bill's Reports

der Universität in Thessaloniki und unterrichtet an unterschiedlichen Universitäten. Neben seiner politischen Tätigkeit ist er ebenfalls im Rahmen der Kirche sehr engagiert, da er unter anderem einen Forschungsaufenthalt im Kloster Kykkos hatte sowie Vertreter der Kirche Zyperns ist. Des Weiteren ist er Mitglied des Sekretariats des Internationalen Forums für Begegnung zwischen Religion und Kultur und seit 2013 Mitglied im Europäischen Parlament.³²⁴

Pitsillides ist sowohl ordentliches Mitglied im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments als auch ordentliches Mitglied der Delegation für die Beziehungen zum Palästinensischen Legislativrat und der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum sowie stellvertretendes Mitglied beim Haushaltsausschuss und bei der Delegation für die Beziehungen zu Japan.³²⁵

Aufgrund der Tatsache, dass Andreas Pitsillides erst seit 2013 Mitglied des Europäischen Parlaments ist, weist er lediglich vier Wortmeldungen im Plenum auf sowie keine Berichterstattertätigkeit und verfasste bis jetzt noch keine Stellungnahmen und schriftlichen Erklärungen.³²⁶ Es kann an dieser Stelle kein thematischer Schwerpunkt in Bezug auf seine entwicklungspolitische Arbeit festgelegt werden, denn im Lebenslauf beim Europäischen Parlament sind keine Informationen dazu enthalten und seine Homepage ist nicht in englischer Sprache verfügbar.³²⁷ Dies macht es für viele UnionsbürgerInnen nicht möglich, etwaige Informationen über Pitsillides zu erhalten. Anhand seiner Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Delegationen kann ebenfalls kein geografischer Fokus festgestellt werden, da er sich mit der Region des Nahen Ostens, des Mittelmeerraums und Japan auseinandersetzt. Auch sein Theologieabschluss stellt keine klare Qualifikation für die Arbeit im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments dar.

Maurice Ponga

Maurice Ponga wurde am 05. Juni 1947 in Neukaledonien geboren. Neukaledonien ist eine Insel, welche Teil des französischen Hoheitsgebiets ist. Er ist Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei und ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses. Ponga stellte einen Lebenslauf im Abgeordnetenverzeichnis des Europäischen Parlaments zur Verfügung, gibt jedoch keinen Hinweis auf seine Homepage, welche

³²⁴ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Andreas Pitsillides Lebenslauf

³²⁵ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Andreas Pitsillides

³²⁶ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Andreas Pitsillides Parlamentarische Tätigkeit

³²⁷ Die Homepage kann hier abgerufen werden: <http://andreaspitsillidis.com/?cid=all&month=2&yr=2017>

wiederrum lediglich in französischer Sprache abzurufen ist. Ponga war von 1966 bis 1976 Lehrer an der Freien Evangelischen Bildungsgruppe.³²⁸ Zwischen seiner Arbeit als Lehrer und seiner politischen Aktivität zeigt sich in seinem Lebenslauf jedoch eine Lücke, da er erst 1996 Mitglied des neukaledonischen Kongresses wurde. Darüber hinaus war er 1999 Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Sozialschutz in Neukaledonien und von 1999 bis 2009 Mitglied der neukaledonischen Regierung, in der er mehrere Positionen inne hatte. Ponga war von 1999 bis 2001 für Landwirtschaft und Viehzucht zuständig, von 2001 bis 2004 lag sein Aufgabengebiet sowohl im landwirtschaftlichen Bereich als auch in der Fischereipolitik und von 2004 bis 2009 war er für den Bereich Jugend und Sport zuständig.³²⁹

Maurice Ponga ist ordentliches Mitglied beim DEVE sowie stellvertretendes Mitglied beim Ausschuss für regionale Entwicklung. Weiters ist er ordentliches Mitglied der Delegation im Parlamentarischen Ausschuss Cariforum-EU, der Delegation für die Beziehungen zu Australien und Neuseeland und stellvertretendes Mitglied der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU.³³⁰

Ponga wurde auch in seiner Tätigkeit sowohl innerhalb und außerhalb des Europäischen Parlaments als auch beim Entwicklungsausschuss aktiv. Er meldete sich von 2009 bis 2013 29 im Plenum zu Wort und betreute einen Bericht als Berichterstatter. Ferner verfasste Ponga sechs Stellungnahmen und eine schriftliche Erklärung. Sein Themenfokus kristallisiert sich anhand der verfassten Stellungnahmen und seines Berichts durchaus heraus, denn er legt seinen Schwerpunkt vor allem auf den Status und die Situation von überseeischen Gebieten, welche Teil eines Hoheitsgebiets der Union sind und auf die Fischereipolitik der Union in diesen überseeischen Gebieten.³³¹

Maurice Ponga weist auf seiner Homepage selbst darauf hin, dass dies seine Schwerpunkte bei seiner Arbeit beim Europäischen Parlament und vor allem beim Entwicklungsausschuss sind.³³²

Darüber hinaus führt Ponga eine Vielzahl von Tätigkeiten an, welche im Zuge seiner Arbeit beim Parlament in Drittländern stattfanden. Unter anderem besuchte er eine Konferenz in Indien und Japan bezüglich der Förderung der Biodiversität und war an

³²⁸ Fédération de l'enseignement libre protestant

³²⁹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Maurice Ponga Lebenslauf

³³⁰ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Maurice Ponga

³³¹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Maurice Ponga Parlamentarische Tätigkeit

³³² Vgl. Maurice Ponga o. J.: Mon travail parlementaire

Wahlbeobachtungsmissionen im Senegal und in Burundi beteiligt sowie an diversen Tagungen der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung.³³³

Grundsätzlich muss angemerkt werden, dass seine Lehrtätigkeit in der Vergangenheit keine Qualifikation für die Arbeit beim Entwicklungsausschuss ist. Weiters gibt es auf seiner Homepage keine Hinweise auf etwaige entwicklungspolitische Einsätze in der Vergangenheit, welche nicht im Zuge seiner Arbeit beim Europäischen Parlament vollzogen wurde. Es wird jedoch sowohl an den Themenschwerpunkten seiner Stellungnahmen als auch an seiner politischen Tätigkeit in der neukaledonischen Regierung deutlich, dass er schon lange Zeit seinen Fokus auf die Fischereipolitik legte und vor allem auf die Situation von überseeischen Inseln, welche Teil eines europäischen Hoheitsgebiets sind. Weiters wird auch anhand seiner Auslandseinsätze und seiner Herkunft die Verbindung zu den unterschiedlichen Delegationen, bei denen er ordentliches und stellvertretendes Mitglied ist, deutlich.

Abschließend muss angeführt werden, dass er durchaus für seine Bereiche innerhalb des Entwicklungsausschusses qualifiziert ist und auch dieser Tätigkeit einen großen Stellenwert einräumt, jedoch auch er eine fehlende Transparenz gegenüber der Unionbürgerschaft, aufgrund der sprachlichen Einschränkung bezüglich seiner Informationen, aufweist.

Jean Roatta

Jean Roatta wurde am 13. Dezember 1941 in Frankreich geboren und ist Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei. Es muss hier schon zu Beginn angemerkt werden, dass Roatta weder einen Lebenslauf beim Europäischen Parlament zur Verfügung stellt noch eine Homepage mit Informationen besitzt.³³⁴ Es wird lediglich bei der Fraktion der Europäischen Volkspartei ein kurzer Überblick über seine bisherigen Tätigkeiten gegeben. Weiters kann auch keine Auskunft über seinen Studienabschluss oder seine Ausbildung gegeben werden. Bei der Informationsseite der christdemokratischen europäischen Partei werden jedoch Informationen zu Roattas bisherigen politischen Aktivitäten bereits gestellt.

Er war von 1983 bis 1989 Stadtverordneter von Marseille und daraufhin wurde er von 1995 bis 2008 Bürgermeister des ersten Sektors von Marseille. Er ist ebenfalls Mitglied eines politischen Büros, welches für die kulturelle Kooperation und die

³³³ Vgl. Maurice Ponga o. J.: Mon travail parlementaire

³³⁴ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Jean Roatta Lebenslauf

Zusammenarbeit mit Maghreb zuständig ist und war von 2002 bis 2011 Vorsitzender der Französisch-Marokkanischen Freundschaftsgruppe.³³⁵

Roatta ist ordentliches Mitglied beim Entwicklungsausschuss, stellvertretendes Mitglied beim Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses für Menschenrechte. Ferner ist er ordentliches Mitglied der Delegation für die Beziehungen zur Arabischen Halbinsel und stellvertretendes Mitglied für die Delegation zu Südafrika.³³⁶

Jean Roatta zeigt im Vergleich zu anderen Mitgliedern des Entwicklungsausschusses nur ein geringes Engagement, da er sich in dieser Legislaturperiode lediglich 31 Mal zu Wort meldete, keine Berichterstattertätigkeit aufweist und auch nur eine Stellungnahme verfasste.³³⁷

Aufgrund der Tatsache, dass keine Informationen im Lebenslauf bezüglich seiner entwicklungspolitischen Schwerpunkte enthalten sind oder ein Fokus anhand der parlamentarischen Tätigkeit deutlich wird, kann für Jean Roatta keine thematische Konzentration festgestellt werden. Er ist jedoch einerseits Mitglied der Französisch-Marokkanischen Freundschaftsgruppe und Mitglied des Büros für die Zusammenarbeit mit den Maghreb-Staaten und andererseits Mitglied der DARP, was wiederum darauf hindeutet, dass durchaus ein regionaler Schwerpunkt auf Nordafrika und den arabischen Staaten vorherrschend ist. Des Weiteren kann aufgrund des Fehlens der Informationen bezüglich seiner Ausbildung keine Aussage darüber getroffen werden, ob er aus diesem Grund für die Arbeit im Entwicklungsausschuss qualifiziert ist. Der erwähnte regionale Fokus wird jedoch deutlich und auch seine jahrelange Erfahrung als Vorsitzender der Französisch-Marokkanischen Freundschaftsgruppe weist auf eine gewisse Qualifikation für die Zusammenarbeit mit den Staaten dieser Region und auf ein regionales Know-How hin.

Zusammenfassend kann jedoch in Bezug auf die Arbeit von Jean Roatta gesagt werden, dass er eine geringe Anzahl von Wortmeldungen im Plenum aufweist, nicht Berichterstatter war und lediglich eine Stellungnahme verfasste. Darüber hinaus stellt er keinen Lebenslauf zur Verfügung und besitzt auch keine Homepage, auf der Informationen über ihn und seine Arbeit aufgezeigt werden könnten. Im Vergleich zu anderen Mitgliedern des Entwicklungsausschusses entsteht die Vermutung, dass Roatta

³³⁵ Vgl. Fraktion der Europäischen Volkspartei 2013

³³⁶ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Jean Roatta

³³⁷ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Jean Roatta Parlamentarische Tätigkeit

nur wenig Engagement sowohl in Bezug auf seine parlamentarische Tätigkeit als auch bezüglich der Bereitstellung von Informationen besitzt.

Birgit Schnieber-Jastram

Birgit Schnieber-Jastram wurde am 04. Juli 1946 in Deutschland geboren und ist Mitglied der Europäischen Volkspartei. Sie besuchte von 1953 bis 1966 eine höhere Handelsschule, jedoch wird in ihrem Lebenslauf kein Hinweis auf einen Studienabschluss oder Ähnliches gegeben. Schnieber-Jastram war bis 1970 in einer Werbeagentur tätig und von 1971 bis 1979 Redakteurin. Im Anschluss an diese Arbeiten wurde sie auch politisch aktiv, da Schnieber-Jastram von 1983 bis 1994 im Wahlkreisbüro von Volker Rühle mitarbeitete und von 1986 bis 1994 Mitglied der Bürgerschaft in Hamburg war. Darüber hinaus war sie von 1992 bis 2010 stellvertretende Landesvorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in Hamburg und von 1994 bis 2001 Mitglied des deutschen Bundestags. Sie war unter anderem für die Bereiche Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz zuständig und war weiters zweite Bürgermeisterin in Hamburg. Neben diesen Tätigkeiten war Schnieber-Jastram ebenfalls im Aufsichtsrat für Pflege und Wohnen sowie für Leben mit Behinderung in Hamburg.³³⁸

Birgit Schnieber-Jastram ist sowohl ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses als auch der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei und stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sowie der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU.³³⁹

Weiters meldete sich Schnieber-Jastram lediglich 21 Mal im Plenum zu Wort und war nur ein Mal Berichterstatterin, jedoch verfasste sie neun schriftliche Stellungnahmen. Anhand der Stellungnahmen wird ein thematischer Schwerpunkt nicht völlig klar ersichtlich, da sie Themen wie die Rohstoff-, Agrar- und Handelspolitik der Union, die Koordinierung der Entwicklungspolitik, die Beziehung zwischen der Union und den BRICS-Staaten und die Arbeit des Europäischen Auswärtigen Dienst beinhalteten.³⁴⁰

Ferner wird auf Schnieber-Jastrams Homepage durchaus ihre politische Tätigkeit und die Politikgestaltung der Union im Allgemeinen erläutert und veranschaulicht, jedoch

³³⁸ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Birgit Schnieber-Jastram Lebenslauf

³³⁹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Birgit Schnieber-Jastram

³⁴⁰ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Birgit Schnieber-Jastram Parlamentarische Tätigkeit

fehlt ein klarer Fokus auf ihre persönlichen entwicklungspolitischen Interessen, Werte oder Zielsetzungen.³⁴¹

Es lässt sich anhand der thematischen Schwerpunkte der Stellungnahmen und ihrer Zugehörigkeit zur D-TR und DACP kein klarer Zusammenhang herstellen. Des Weiteren wird auch durch ihre Ausbildung sowie durch ihre beruflich und politische Tätigkeit keine klare Qualifikation für den Entwicklungsausschuss im Speziellen deutlich. Sie weist auch auf der Homepage immer wieder auf die allgemeinen politischen Zielsetzungen der Union hin, jedoch ist kein klarer Fokus auf Entwicklungspolitik zu erkennen. Lediglich durch ihre Tätigkeit beim *North-South Centre* wird ein Engagement im entwicklungspolitischen Bereich außerhalb des DEVE deutlich. Das Ziel des *North-South Centres* ist die Förderung der demokratischen Werte und der Zivilgesellschaft im Norden und Süden sowie die Bereitstellung einer Plattform für den politischen Dialog zwischen den Regierungen und Parlamenten und den lokalen AkteurInnen.³⁴²

Ein abschließender Kritikpunkt betrifft auch hier die fehlende Transparenz gegenüber der gesamten Unionsbürgerschaft, da die Homepage nicht in englischer Sprache zur Verfügung gestellt wird, was für viele BürgerInnen ein Problem in der Informationsbeschaffung darstellt.

Daniël van der Stoep

Daniël van der Stoep wurde am 12. September 1980 in den Niederlanden geboren und ist derzeit fraktionslos. Anhand seines eher kurzen Lebenslaufs beim Europäischen Parlament geht hervor, dass er ein Diplomstudium in Internationalem Recht und Europarecht mit dem Schwerpunkt auf Politik an der Universität in Leiden abschloss. Er war überdies leitender Mitarbeiter bei der *Partei für die Freiheit* und zuständig für die Themen ‚Inneres, Verteidigung, Niederländisch-Antillianische und Arubische Beziehungen‘.³⁴³

Van der Stoep ist sowohl ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses als auch des Unterausschusses für Menschenrechte und der Delegation für die Beziehungen zu

³⁴¹ Vgl. Birgit Schnieber-Jastram o. J.: Meine Arbeit

³⁴² Vgl. Europarat 2013b

³⁴³ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Daniël van der Stoep Lebenslauf

Südafrika. Darüber hinaus ist er stellvertretendes Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Mittelamerikas.³⁴⁴

Im Zeitraum von 2009 bis 2013 weist van der Stoep 86 Wortmeldungen auf, jedoch war er nie Berichterstatter und verfasste keine Stellungnahmen und Erklärungen.³⁴⁵

Aufgrund dieser Tatsache entsteht zum Einen der Anschein, dass van der Stoep kein großes Engagement in Bezug auf seine Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss und beim Europäischen Parlament im Allgemeinen zeigt. Zum Anderen kann aufgrund der fehlenden parlamentarischen Tätigkeit kein thematischer Schwerpunkt festgelegt werden. Des Weiteren wird auch durch die Zugehörigkeit zu den unterschiedlichen Delegationen und seiner bisherigen politischen Zuständigkeiten kein regionaler Fokus deutlich, da er einerseits Mitglied der D-ZA und DCAM ist und andererseits für die Niederländisch-Antillianische und Arubischen Beziehungen zuständig war.

Abschließend lässt sich aufgrund von van der Stoeps Studienabschluss durchaus eine gewisse Qualifikation erkennen, da er internationales Recht und Europarecht studierte. Wie bereits erwähnt, sind jedoch weder Erklärungen noch Berichte und Stellungnahmen vorhanden, was wiederum auf einen geringen politischen Einsatz innerhalb des Entwicklungsausschusses deutet. Darüber hinaus weist Daniël van der Stoep im Abgeordnetenverzeichnis des Europäischen Parlaments auf seine Homepage hin, diese ist jedoch lediglich in holländischer Sprache verfügbar. Es wird ebenfalls – aufgrund der sprachlichen Barriere – nicht deutlich, ob es sich bei dieser Homepage um die Informationsseite einer holländischen Partei oder von Daniël van der Stoep handelt. Dies weist ebenfalls auf eine mangelhafte Transparenz und eine fehlende Bereitschaft, ausreichend Informationen für die gesamte Unionsbürgerschaft zur Verfügung zu stellen.³⁴⁶

Alf Svensson

Alf Svensson wurde am 01. Oktober 1938 in Schweden geboren und ist sowohl ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses als auch Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei.³⁴⁷

Svensson veröffentlicht beim Europäischen Parlament keinen Lebenslauf, weist jedoch im Verzeichnis der Abgeordneten auf seine Homepage hin. Svensson war vor seiner

³⁴⁴ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Daniël van der Stoep

³⁴⁵ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Daniël van der Stoep Parlamentarische Tätigkeit

³⁴⁶ Die Homepage kann hier abgerufen werden: <http://www.artikel50.nl/>

³⁴⁷ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Alf Svensson Lebenslauf

politischen Arbeit als Lehrer für Schwedisch und Geschichte tätig. 1964 war er Gründungsmitglied der schwedischen Christdemokratischen Partei und hatte von 1973 bis 2004 den Vorsitz der Partei inne. Ferner gründete er 1966 die Christdemokratische Jugendorganisation und war drei Jahre lang Vorsitzender dieser Organisation. Svensson war ebenfalls Gemeinderat und 1985 erstmals Mitglied des schwedischen Parlaments. Im Zeitraum von 1991 bis 1994 war er überdies in Schweden Minister für Entwicklung und Menschenrechte und stellvertretender Außenminister.³⁴⁸

Neben seiner ordentlichen Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments ist Svensson außerdem stellvertretendes Mitglied beim Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten und der Delegation für die Beziehungen zu Israel und stellvertretender Vorsitzender der Delegation für die Beziehungen zu Südafrika.³⁴⁹

Weiters meldete sich Svensson zwischen 2009 und 2013 124 Mal zu Wort und war ein Mal Berichterstatter. Darüber hinaus verfasste er vier Stellungnahmen. Grundsätzlich wird anhand seiner parlamentarischen Tätigkeit durchaus deutlich, dass sein Fokus bei seiner Arbeit beim DEVE auf der Außen- und Handelspolitik der Union und in diesem Zusammenhang die Situation der Entwicklungsländer liegt. Ferner befassen sich zwei seiner Stellungnahmen mit der Demokratie- und Menschenrechtsförderung.³⁵⁰ Alf Svensson betont auf seiner Informationsseite im Allgemeinen durchaus die Wichtigkeit der entwicklungspolitischen Tätigkeit der Union und die große Verantwortung, die die Union in diesem Zusammenhang hat, setzt aber keine persönlichen Schwerpunkte in diesem Bereich.³⁵¹

Es kann nicht klar gesagt werden, ob Alf Svensson aufgrund seiner Ausbildung eine Qualifikation für den Entwicklungsausschuss mit sich bringt, da er selbst keine Auskunft in Bezug auf seine Abschlüsse gibt. Anhand seiner beruflichen Lehrtätigkeit wird ebenfalls kein konkreter Zusammenhang zur Entwicklungspolitik der Union deutlich. Svensson war jedoch sowohl Außenminister als auch Minister für Entwicklung und Menschenrechte und dies ist durchaus von Bedeutung für die Arbeit des DEVE. Auch seine parlamentarische Tätigkeit zeigt, dass er bezüglich seiner Arbeit beim Entwicklungsausschuss und im Europäischen Parlament im Allgemeinen engagiert ist. Es muss ebenfalls positiv angemerkt werden, dass Svensson bei seiner politischen Schwerpunksetzung immer wieder den Fokus auf die Entwicklungshilfe der

³⁴⁸ Vgl. Alf Svensson o. J.: About Alf

³⁴⁹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Alf Svensson

³⁵⁰ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Als Svensson Parlamentarische Tätigkeit

³⁵¹ Vgl. Alf Svensson o. J.: Alf's EU

Europäischen Union und die Notwendigkeit dieser Politik lenkt. Darüber hinaus ist seine Homepage sowohl auf Schwedisch als auch auf Englisch verfügbar und diese zeigt wiederum, dass es für Svensson wichtig ist, dass ein größerer Teil der Unionsbürgerschaft Zugang zu seinen Informationen haben.

Keith Taylor

Keith Taylor wurde am 01. August 1953 geboren und stammt aus dem Vereinigten Königreich. Er ist Mitglied der Fraktion der Grünen/Freien Europäischen Allianz und ordentliches Mitglied beim Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments. Taylor weist sowohl im Lebenslauf des Europäischen Parlaments als auch auf seiner Homepage nicht auf seine Ausbildung hin, jedoch war er neben seiner politischen Aktivitäten von 1972 bis 1980 im Verkauf tätig und von 1980 bis 1999 Direktor eines Unternehmens.³⁵²

Taylor war vor seiner Arbeit beim EP vor allem bei der Grünen Partei Englands aktiv. Dort war er von 2004 bis 2006 Sprecher der Partei in England und Wales. Außerdem arbeitete er fünf Jahre für die Parteivorsitzende der Grünen MEP Caroline Lucas und übernahm ihren Platz im Europäischen Parlament. Weiters war er Mitglied der parlamentarischen Gruppierung bezüglich der LGBT-Rechte und des Tierschutzes und repräsentierte Brighton und Hove beim *Peace Messenger City-Project* der Vereinten Nationen.³⁵³

Keith Taylor ist ordentliches Mitglied beim Entwicklungsausschuss und beim Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr sowie bei der Delegation für die Beziehungen zu Afghanistan. Er ist außerdem stellvertretendes Mitglied beim Petitionsausschuss und bei der Delegation für die Beziehungen zum Palästinensischen Legislativrat.³⁵⁴

Des Weiteren ist jedoch Taylors parlamentarische Tätigkeit überschaubar, da er sich von 2009 bis 2013 lediglich 32 Mal zu Wort meldete, zwei Berichte des TRAN als Berichterstatter betreute, welche jedoch für diese Analyse nicht relevant sind und eine Stellungnahme sowie zwei schriftliche Erklärungen verfasste.³⁵⁵ Anhand dieser parlamentarischen Aktivitäten und der Zugehörigkeiten zu den Delegationen lassen sich weder thematische noch regionale Schwerpunkte feststellen. Taylor führt jedoch auf

³⁵² Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Keith Taylor Lebenslauf

³⁵³ Vgl. Keith Taylor 2010: Biography

³⁵⁴ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Keith Taylor

³⁵⁵ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Keith Taylor Parlamentarische Tätigkeit

seiner Homepage klar seine politischen Schwerpunkte im Allgemeinen und auch in Bezug auf den Entwicklungsausschuss an. Sein Fokus liegt zum Einen aufgrund seiner Tätigkeit beim TRAN auf der Verbesserung der öffentlichen Verkehrsmittel und einem besseren Umweltschutz. Zum Anderen liegt sein Augenmerk auf dem Tier- und Umweltschutz und der Gesundheitsförderung im Allgemeinen sowie auf der Förderung der grünen Wirtschaft. Darüber hinaus führt er konkret in Bezug auf die Entwicklungspolitik die Verteidigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Gleichstellung der Geschlechter, die Förderung der nachhaltigen Entwicklung und des internationalen Handels und die Friedenssicherung an.³⁵⁶

Taylor weist weder in seinem Lebenslauf beim Europäischen Parlament noch auf seiner Homepage auf seine Ausbildung hin, jedoch war er bei einer Vielzahl von unterschiedlichen Projekten in Bezug auf die Entwicklungspolitik im Allgemeinen und unter anderem bezüglich der Förderung der Menschenrechte und der Friedenssicherung beteiligt. Dies deutet auf sein großes Engagement hin und stellt durchaus eine gewisse Qualifikation für die Arbeit beim Entwicklungsausschuss dar. Darüber hinaus weist auch seine Mitgliedschaft bei der parlamentarischen Gruppierung bezüglich der LGBT-Rechte auf einen großen außerparlamentarischen Einsatz hin.

Abschließend kann angemerkt werden, dass Taylors Homepage eine Vielzahl von Informationen in Bezug auf seine parlamentarische Tätigkeit beim DEVE und beim TRAN und auch auf seine politischen Aktivitäten und Schwerpunkte bezüglich der Politik der Grünen Partei in England beinhaltet.

Patrice Tirolien

Patrice Tirolien wurde am 17. März 1946 geboren und stammt aus dem französischen Überseegebiete Guadeloupe. Tirolien ist Mitglied der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten. Patrice Tirolien besitzt einen Hochschulabschluss in Physik und in Wirtschaftsmathematik und ist Bürgermeister der Stadt Grand-Bourg. Ferner war er von 1992 bis 2009 Mitglied des Regionalrats und von 1994 bis 1995 des Generalrats in Grand-Bourg sowie von 1995 bis 1997 Mitglied der Nationalversammlung.³⁵⁷

Tirolien ist sowohl ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses als auch der Delegation im Parlamentarischen Ausschuss Cariforum-EU und stellvertretendes

³⁵⁶ Vgl. Keith Taylor 2010: Biography

³⁵⁷ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Patrice Tirolien Lebenslauf

Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung. Weiters ist er stellvertretender Vorsitzender der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU.³⁵⁸

Patrice Tirolien meldete sich im Plenum im Zeitraum von 2009 bis 2013 54 Mal zu Wort und war zwei Mal Berichterstatter. Er verfasste außerdem drei Stellungnahmen, jedoch in seiner Tätigkeit als Mitglied des REGI und eine schriftliche Erklärung. Anhand der geringen Zahl an parlamentarischen schriftlichen Aktivitäten kann keine klare thematische Tendenz erkannt werden, jedoch gibt es durchaus Zusammenhänge zwischen seinen Berichten und seiner Herkunft. Bei einem seiner Berichte wird die Thematik der Beziehungen der Union zu überseeischen Gebieten behandelt und bei seinem zweiten Bericht werden die Beziehungen zu den AKP-Staaten thematisiert.³⁵⁹ Hier wird deutlich, dass eine Verbindung zu seiner Herkunft besteht, da Tirolien selbst aus einem überseeischen Gebiet der Europäischen Union stammt und eine Verbindung zu seiner Tätigkeit bei der DACP hergestellt werden kann.

Negativ muss an dieser Stelle angemerkt werden, dass der Lebenslauf, welcher selbst zur Verfügung gestellt wurde, nicht sehr umfangreich ist. Außerdem gibt es keine Homepage, aus der man möglicherweise mehr Informationen über seinen beruflichen Werdegang oder seine Ausbildung erfahren könnte. Anhand seiner Studienabschlüsse in Physik und in Wirtschaftsmathematik können keine klaren Rückschlüsse auf seine Arbeit beim DEVE getätigt werden, jedoch ist seine Herkunft im Zusammenhang mit den Themen, welche von ihm bearbeitet wurden, durchaus von Bedeutung.

Ivo Vajgl

Ivo Vajgl wurde am 03. März 1943 geboren und ist slowenischer Staatsbürger. Er gehört des Weiteren der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa an und ist ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses. Er schloss sein Studium in Agrarwissenschaften an der Universität in Ljubljana ab und war von 1960 bis 1980 Journalist. Anschließend war er von 1980 bis 2008 Diplomat und Berater des slowenischen Staatspräsidenten. Neben seiner Botschaftertätigkeit in Deutschland, Österreich und Schweden war er von 2008 bis 2009 Mitglied der slowenischen

³⁵⁸ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Patrice Tirolien

³⁵⁹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Patrice Tirolien Parlamentarische Tätigkeit

Nationalversammlung und hatte zu dieser Zeit ebenfalls den Vorsitz des slowenischen Ausschusses für Außenpolitik inne, da er selbst 2004 Außenminister war.³⁶⁰

Wie zu Beginn erwähnt ist Ivo Vajgl ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses. Ferner ist er ebenso ordentliches Mitglied der Delegation für die Beziehungen zu den Maschrik-Ländern und der Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum sowie stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung und der Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei.³⁶¹

Deutlich wird jedoch, dass Vajgls parlamentarische Tätigkeiten in Bezug auf den DEVE nicht sehr umfangreich sind. Er meldete sich 87 Mal im Plenum zu Wort und war weder Berichterstatter noch verfasste er eine Stellungnahme, sondern erstellte lediglich drei schriftliche Erklärungen. Anhand dieser parlamentarischen Tätigkeiten werden keine thematischen Schwerpunkte deutlich, da Vajgl eine schriftliche Erklärung in Bezug auf den Minderheitenschutz, eine schriftliche Erklärung zum Kolonialismus und der europäischen Verantwortung sowie abschließend eine Erklärung zu den europäischen Bildungsprogrammen Erasmus und Leonardo erstellte.³⁶²

Aufgrund von Ivo Vajgls anderen parlamentarischen Tätigkeiten bei den unterschiedlichen Delegationen, wird durchaus ein regionaler Schwerpunkt deutlich. Er ist sowohl Mitglied der DMAS, welche die Beziehungen der Union zu Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien³⁶³ behandelt als auch Mitglied der DMED. Diese Delegation beschäftigt sich wiederum mit den Beziehungen der Europäischen Union zu Albanien, Algerien, Israel Marokko Mauretanien Palästina Tunesien und ebenfalls Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien.³⁶⁴

Anhand des eher kurzen Lebenslaufs von Ivo Vajgl werden keine außerparlamentarischen entwicklungspolitischen Aktivitäten deutlich. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass seine Botschaftertätigkeiten und auch die Arbeit als Außenminister in Kombination mit der regionalen Spezialisierung im Europäischen Parlament durchaus eine Qualifikation in Bezug auf die Arbeit beim DEVE darstellen kann. Des Weiteren weist Vajgl im Abgeordnetenverzeichnis nicht auf seine Homepage

³⁶⁰ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Ivo Vajgl Lebenslauf

³⁶¹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Ivo Vajgl

³⁶² Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Ivo Vajgl Parlamentarische Tätigkeit

³⁶³ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: DMAS

³⁶⁴ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: DMED

hin. Er besitzt jedoch eine Informationsseite in Bezug auf seine politische Tätigkeit. Diese Homepage ist lediglich in slowenischer Sprache verfügbar. Es besteht die Möglichkeit sie auf Englisch umzuschalten, dieser Teil enthält nur die Informationen, welche man beim EP abrufen kann. Anhand seiner Homepage können somit weder seine Interessen und politischen Wertvorstellungen noch seine Schwerpunkte abgerufen werden, wenn man nicht Slowenisch spricht, was wiederum auf eine Vielzahl der Unionsbürgerschaft zutrifft. Weiters sind die von ihm angegebenen Verlinkungen bezüglich seiner parlamentarischen Tätigkeiten nicht korrekt. Dies macht deutlich, dass kein allzu großes Engagement in Bezug auf die ausreichende Information der BürgerInnen vorhanden ist. Es wird einerseits deutliche, da Vajgl seine Informationen lediglich in Slowenisch zur Verfügung stellt und andererseits jener Teil, welcher in englischer Sprache verfügbar wäre, falsche Verbindungen enthält. Somit ist es offensichtlich, dass diese nicht ausreichende gewartet wird und man der Transparenz und Informationsbereitstellung gegenüber den UnionsbürgerInnen nicht genügend Priorität einräumt.³⁶⁵

Frank Vanhecke

Frank Vanhecke wurde am 30. Mai 1959 in Belgien geboren und ist Mitglied der Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie. Vanhecke besitzt einen Abschluss in Literaturwissenschaften und Philosophie und war bereits in den 1980er Jahren politisch aktiv.³⁶⁶ Unter anderem war Vanhecke von 1989 bis 1994 „*stellvertretender Generalsekretär der Technischen Fraktion der Europäischen Rechten*“³⁶⁷, seit 1996 ist er Vorsitzender des Vlaams Blok und ist seit 2000 Fraktionsvorsitzender in Brügge.³⁶⁸

Neben seiner ordentlichen Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss ist Vanhecke ebenfalls ordentliches Mitglied des Unterausschusses für Menschenrechte, des Haushaltskontrollausschusses und der Delegation für die Beziehungen zu Australien und Neuseeland sowie stellvertretendes Mitglied der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU.³⁶⁹

Vanheckes parlamentarische Engagement im Allgemeinen und in Bezug auf seine Arbeit beim DEVE ist nicht allzu umfangreich, da er sich von 2009 bis 2013 zwar 77 im

³⁶⁵ Die Homepage kann hier abgerufen werden: <http://ivovajgl.eu/>

³⁶⁶ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Frank Vanhecke Lebenslauf

³⁶⁷ Ebd.

³⁶⁸ Vgl. ebd.

³⁶⁹ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Frank Vanhecke

Plenum zu Wort meldete, jedoch weder einen Bericht als Berichterstatter betreute noch eine Stellungnahme oder schriftliche Erklärung verfasste. Es kann somit anhand dieser Tätigkeit kein thematischer Schwerpunkt festgelegt werden.³⁷⁰ Es muss jedoch angemerkt werden, dass Vanhecke sowohl Generalsekretär einer rechtsextremen Fraktion war und auch Mitglied einer rechten belgischen Partei ist und einen Entschließungsantrag in Bezug auf die Notwendigkeit einer Kosten-Nutzen-Rechnung der Einwanderung von Personen aus Drittländern verfasste. Hier betont Vanhecke, dass die Einwanderung von Personen aus Drittstaaten zu massiven Problemen sowohl in gesellschaftlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht führt.³⁷¹

Abschließend kann einerseits darauf hingewiesen werden, dass Vanheckes Lebenslauf beim Europäischen Parlament eher kurz gehalten ist und er auch nicht auf seine Homepage hinweist. Diese ist jedoch lediglich in belgischer Sprache verfügbar, was für viele BürgerInnen problematisch ist.³⁷²

Diese Tatsache und Vanheckes geringes politisches Engagement im DEVE weist darauf hin, dass er nicht allzu großen Wert darauf legt, dass die Unionsbürgerschaft ausreichend Information über ihn und seine politische Arbeit und Schwerpunkte erhält. Andererseits ist die Kombination aus dem geringen politischen Einsatz und der Tatsache, dass er keine entwicklungspolitischen Tätigkeiten in der Vergangenheit aufweist keine ausreichende Qualifikation für die Arbeit beim DEVE. Darüber hinaus kommt auch aufgrund seiner politischen Zugehörigkeit die Frage nach seinen konkreten Beweggründen für die Tätigkeit beim Entwicklungsausschuss auf.

Anna Záborská

Anna Záborská wurde am 07. Juni 1948 geboren und ist slowakische Staatsbürgerin. Sie ist überdies ordentliches Mitglied im Entwicklungsausschuss und gehört der Fraktion der Europäischen Volkspartei an. Záborská besitzt des Weiteren einen Facharztabschluss in HNO-Medizin und spezialisierte sich 1993 auf Kinder im Bereich der HNO-Medizin. Záborská war von 1972 bis 1998 Ärztin für HNO-Medizin und ebenfalls politisch tätig. Sie war unter anderem Vorsitzende der Christlich-

³⁷⁰ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Frank Vanhecke Parlamentarische Tätigkeit

³⁷¹ Vgl. Plenarsitzungsdokument B7-0155/2011 Abs. A

³⁷² Die Homepage kann hier abgerufen werden: <http://www.frankvanhecke.be/>

Demokratischen Bewegung und von 1999 bis 2000 für auswärtige Angelegenheiten zuständig. Darüber hinaus war sie ebenfalls ein Jahr Vorstandmitglied der Christlich-Demokratischen Bewegung und von 1998 bis 2004 Mitglied des slowakischen Nationalrats. Zábroská war überdies von 1998 bis 2002 Mitglied der Interparlamentarischen Union und von 2003 bis 2004 war sie Beobachterin im Europäischen Parlament.³⁷³

Zábroská ist sowohl ordentliches Mitglied des Entwicklungsausschusses als auch des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter und der Delegation für die Beziehungen zu Kanada. Ferner ist sie stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, der Delegation für die Beziehungen zum Panafrikanischen Parlament und der Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU.³⁷⁴

Zábroská weist in Bezug auf ihre politische Tätigkeit beim EP durchaus einen großen Einsatz auf, da sie sich von 2009 bis 2013 390 Mal im Plenum zu Wort meldete. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass Zábroská keinen Bericht als Berichterstatterin betreute und auch im Rahmen ihrer Arbeit beim DEVE lediglich eine Stellungnahme und eine schriftliche Erklärung verfasste.³⁷⁵ Anna Zábroská verfasste jedoch eine Stellungnahme in Bezug auf die ausreichende Trinkwasserversorgung in Entwicklungsländern und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, wie wichtig Sanitäreinrichtungen für eine stabile Gesundheit sind.³⁷⁶

Zusammenfassend kann an dieser Stelle angemerkt werden, dass Zábroská zwar keine entwicklungspolitischen Einsätze oder Tätigkeiten außerhalb des Europäischen Parlaments aufweist, dennoch kann ein Zusammenhang zwischen ihrer Ausbildung als Ärztin und ihre jahrelange berufliche Erfahrung in diesem Bereich und ihrer Stellungnahme in Bezug auf die Wichtigkeit einer ausreichenden Trinkwasserversorgung für die Gesundheit, hergestellt werden. Anhand ihrer Ausbildung und Berufserfahrung wird durchaus eine Qualifikation für die Arbeit beim Entwicklungsausschuss deutlich. Negativ muss jedoch auch hier angemerkt werden, dass Zábroská zwar im Abgeordnetenverzeichnis auf ihre Homepage hinweist, diese jedoch ebenfalls – wie bei einer Vielzahl anderer Mitglieder – nicht in englischer Sprache verfügbar ist. Dies stellt für viele Personen innerhalb und außerhalb der Union

³⁷³ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Anna Zábroská Lebenslauf

³⁷⁴ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Anna Zábroská

³⁷⁵ Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Anna Zábroská Parlamentarische Tätigkeit

³⁷⁶ Vgl. Entwicklungsausschuss 2012/2248: Abs. 1/3

ein Problem dar, da die Informationen lediglich auf Slowakisch abgerufen werden können.³⁷⁷

³⁷⁷ Die Homepage kann hier abgerufen werden: <http://www.zaborska.sk/>

5 Conclusio

Grundsätzlich ist die Tätigkeit der Ausschüsse des Europäischen Parlaments im Allgemeinen innerhalb der Unionsbürgerschaft nur wenig bekannt. Darüber hinaus kommen weitere Fragen bezüglich der Bedeutung der Union innerhalb und außerhalb Europas auf.

Die Union stützt sich bei ihrem Vorgehen auf grundlegende Werte wie beispielsweise die Demokratie- und Menschenrechtsförderung, den Minderheitenschutz, die Gleichstellung der Geschlechter und Nichtdiskriminierung.³⁷⁸

Die Politik der EU hat schon seit ihrem Beginn große Bedeutung für ihre Mitglieder und in Bezug auf die Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Bereits zur Zeit der EG wurden die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonialgebieten Europas, Amerika und Japan vorangetrieben. Zu Beginn war jedoch der entwicklungspolitische Einsatz der EG eher gering und die Beziehungen zu Amerika und Japan standen zu dieser Zeit im Vordergrund.³⁷⁹

Die Rechte der BürgerInnen wurden 1979 erheblich erweitert, da die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament stattfand und die UnionsbürgerInnen von nun an aktiv in die Politikgestaltung der EU eingreifen konnten. Darüber hinaus wurde auch die Rechte im Laufe der Zeit erweitert. An dieser Stelle muss erneut darauf hingewiesen werden, dass die Unionsbürgerschaft die Staatsbürgerschaft einer Person lediglich unterstützen soll.³⁸⁰

Ferner wurden diverse Bereiche geschaffen, welche für die BürgerInnen ebenfalls von großer Bedeutung sind. Zum Einen gibt es den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in dem die polizeiliche Zusammenarbeit im Vordergrund steht.³⁸¹ Zum Anderen wurde der gemeinsame Binnenmarkt eingerichtet. In diesem Binnenmarkt herrscht für alle BürgerInnen ein freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr.³⁸² Durch das Schengen-Abkommen kam es zu einem weiteren Abbau der Binnengrenzen innerhalb der Union. Dies hatte ebenso Auswirkungen auf die BürgerInnen.³⁸³

³⁷⁸ Vgl. Art 2. Vertrag über die EU

³⁷⁹ Vgl. Gasteyger 2006: 179

³⁸⁰ Vgl. Gimbal 2009: 342 ff

³⁸¹ Vgl. Wessels 2008: 420

³⁸² Vgl. Busche 2009: 99 ff

³⁸³ Vgl. Hillenbrand 2009: 445

Abschließend muss in Bezug auf die allgemeine Bedeutung der EU für die Unionsbürgerschaft noch die Charta der Grundrechte genannt werden. Hier besteht für die BürgerInnen das Recht, gegen die Union rechtlich aktiv zu werden und sie eröffnet den BürgerInnen auch einen Rechtsschutz.³⁸⁴

Die Union ist überdies auch in der internationalen Zusammenarbeit und konkret im Bereich der Entwicklungspolitik von großer Bedeutung. Unter anderem wurde 2000 das Abkommen von Cotonou unterzeichnet. Dadurch soll vor allem die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten geregelt werden. Eine Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft und die Armutsreduktion in dieser Region wird angestrebt. Im Vordergrund steht die Eigenverantwortung, der Dialog und die Partizipation von staatlichen und nichtstaatlichen AkteurInnen.³⁸⁵

Weitere Instrumente in Bezug auf die Zusammenarbeit der EU mit den AKP-Staaten sind der EEF und die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU.

Weiters gibt es das *Development Cooperation Instrument*. Dies ist ein Instrument der Entwicklungspolitik der Union, welches die Beziehungen und Kooperation der EU mit den anderen Entwicklungsländern fördert. Das DCI besteht aus einer Kombination von thematischen Strategiepapieren und spezifischen Länderpapieren um eine effiziente Entwicklungspolitik voran zu treiben.³⁸⁶

Das Europäische Parlament und in diesem Zusammenhang konkret die Ausschüsse sind aufgrund des Gesetzgebungsprozesses für die UnionsbürgerInnen enorm wichtig. Durch die erste Direktwahl des Parlaments 1979 ist es den BürgerInnen möglich in den Gesetzgebungsprozess einzugreifen. Das EP selbst ist nicht dazu befähigt, ein Gesetz allein zu beschließen. Es muss zu Beginn ein Vorschlag der Kommission an die anderen Institutionen geleitet werden. Innerhalb des Parlaments wird ein federführender Ausschuss mit der Thematik betreut und muss einen Standpunkt bzw. eine Stellungnahme verfassen.³⁸⁷

³⁸⁴ Vgl. Hoffmeister 2009: 103

³⁸⁵ Vgl. Art. 2 Abkommen von Cotonou

³⁸⁶ Vgl. Europäisches Parlament 2009: 9 f

³⁸⁷ Vgl. Art. 39 Abs. 1-2 Geschäftsordnung des EP

Im Anschluss wird der erarbeitete Standpunkt des Ausschusses im Plenum vorgestellt und nach etwaigen Änderungen stellt diese Stellungnahme den Standpunkt des Europäischen Parlaments dar.³⁸⁸

An dieser Stelle wird deutlich, wie wichtig die Arbeit der Ausschüsse im gesamten Unionsgefüge ist, denn ein federführender Ausschuss erarbeitet den Standpunkt des EP und dieses ist wiederum konkret an der Gesetzgebung beteiligt.

Der Entwicklungsausschuss verfolgt neben dieser innerparlamentarischen Aufgabe weitere Zielsetzungen, wie die Verbesserung der Koordinierung der Entwicklungshilfe zwischen der Union und den Entwicklungsländern. Des Weiteren soll der Dialog innerhalb und außerhalb der Union mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in Bezug auf eine effiziente Entwicklungspolitik verbessert werden.³⁸⁹

Ein weiteres Ziel des Entwicklungsausschusses ist die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele. Die MDGs beinhalten acht konkrete Zielsetzungen:

- „ 1. Beseitigung von Hunger und extremer Armut*
- 2. Grundschulbildung für alle Kinder*
- 3. Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Selbstbestimmung der Frauen*
- 4. Senkung der Kindersterblichkeit*
- 5. Verbesserung der Gesundheit der Mütter*
- 6. Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen übertragbaren Krankheiten*
- 7. Gewährleistung ökologischer Nachhaltigkeit*
- 8. Einrichtung einer globalen Entwicklungspartnerschaft.“³⁹⁰*

Darüber hinaus ist der DEVE unter anderem für die Lenkung der Entwicklungszusammenarbeit, der Haushaltsüberwachung, Demokratie- und Menschenrechtsförderung, humanitären Hilfe und der Umsetzung des Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik zuständig.³⁹¹

Aufgrund der überaus wichtigen Position der Ausschüsse im Gesetzgebungsprozess sind auch jene Personen von großer Bedeutung, welche diesen Standpunkt und die

³⁸⁸ Vgl. Europäisches Parlament 2009: 7

³⁸⁹ Vgl. ebd.: 3 ff

³⁹⁰ Ebd.: 17

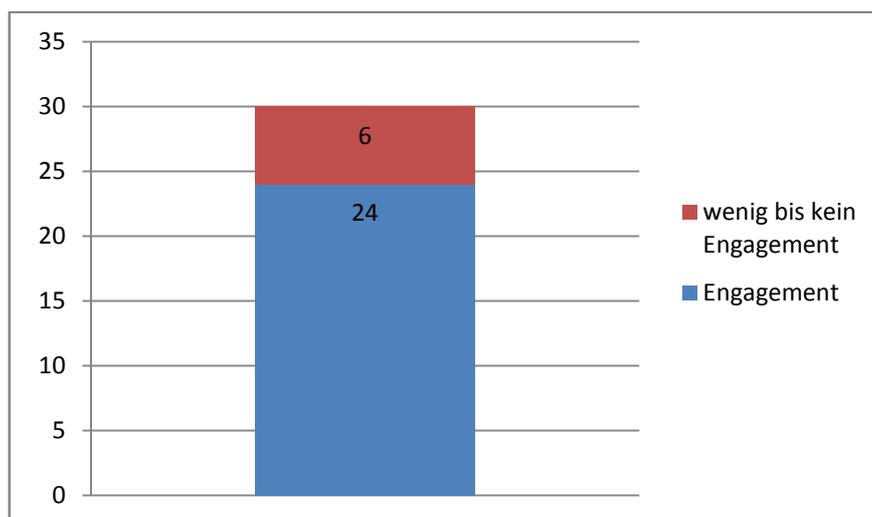
³⁹¹ Vgl. ebd.: 9 ff

Stellungnahmen erarbeiten. Es stellt sich die Frage, wie groß ihr Interesse in Bezug auf ihre Arbeit innerhalb eines Ausschusses ist und welche Qualifikationen und Erfahrungen sie in diesem Bereich in der Vergangenheit sammeln konnten.

Der Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments besteht aus 30 ordentlichen Mitgliedern, welche Berichte betreuen, Stellungnahmen, Entschließungsanträge und schriftliche Erklärungen verfassen.

Anhand der Grafik 2 Geschlechterverteilung und der Grafik 3 Nationalitäten der Mitglieder wird jedoch ein erstes Ungleichgewicht deutlich. Von den 30 ordentlichen Mitgliedern sind lediglich acht weiblich und darüber hinaus stammen nur drei Mitglieder aus einem außereuropäischen Gebiet.³⁹²

Innerhalb des DEVE gibt es weitere Unterschiede. Es wurden sowohl das politische Engagement innerhalb des Ausschusses und außerhalb als auch das Maß der entwicklungspolitischen Tätigkeiten in der Vergangenheit, die Qualifikation der Mitglieder und die Informationsbereitschaft der Mitglieder, anhand der zur Verfügung gestellten Informationen, analysiert. Grundsätzlich muss in Bezug auf die Qualifikationen angemerkt werden, dass jene Personen, welche nicht genannt werden, nicht automatisch weniger qualifiziert sind als die anderen Mitglieder, jedoch werden von ihnen keinerlei Informationen bereit gestellt, die Qualifikationen für den DEVE eindeutig machen.

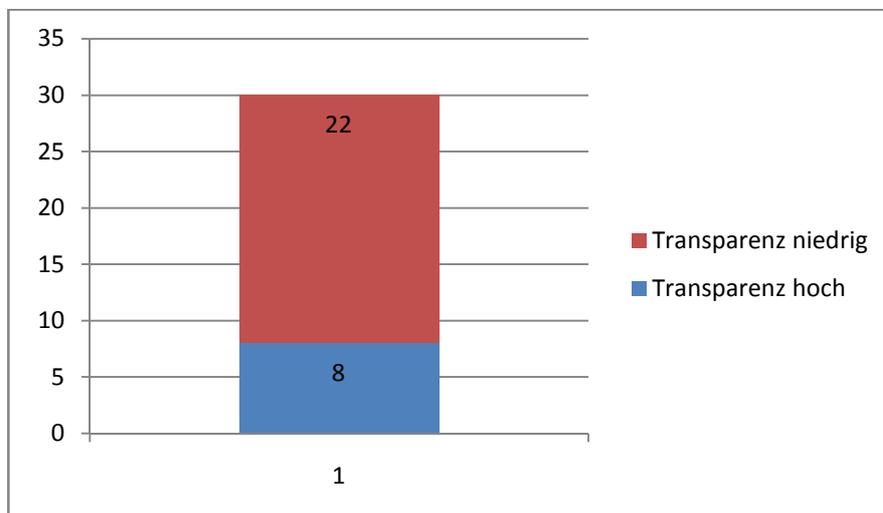


Grafik 6 politisches Engagement innerhalb und außerhalb des Ausschusses

³⁹² Vgl. Europäisches Parlament o. J.: Entwicklungsausschuss Mitglieder

Anhand dieser Grafik wird deutlich, dass der Großteil der Mitglieder im Entwicklungsausschuss und/oder außerhalb des Europäischen Parlaments ein gewisses Maß an Engagement in Bezug auf die politische Arbeit zeigt. Innerhalb des Ausschusses wurde dieser Wert anhand der Anzahl der Wortmeldungen oder anderen schriftlichen Tätigkeiten ermittelt und außerhalb des Parlaments zeigte sich dies aufgrund von diversen Publikationen, Auslandseinsätze oder Ähnliches.

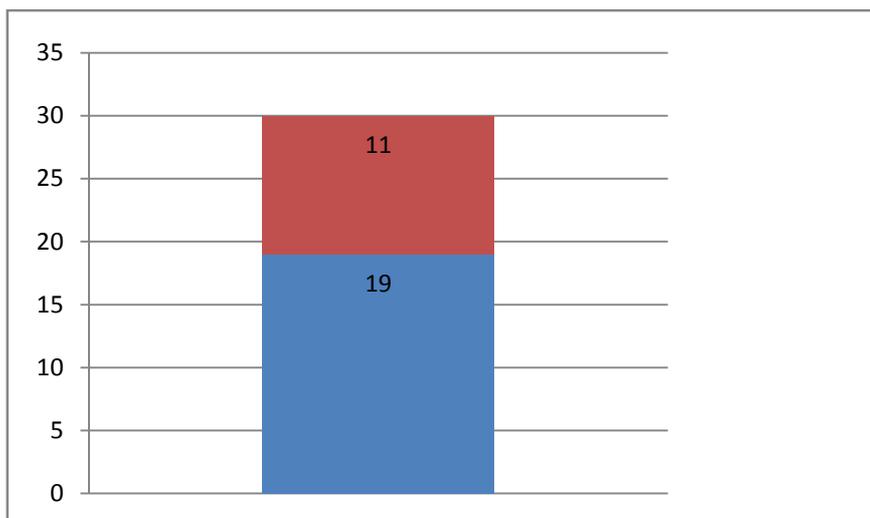
Des Weiteren lässt die Informationsbereitschaft und Transparenz der Mitglieder Fragen offen. Jedes Mitglied ist selbst dafür verantwortlich, ob und in welcher Form ein Lebenslauf beim Europäischen Parlament veröffentlicht wird.



Grafik 7 Informationsbereitstellung und Transparenz der Mitglieder

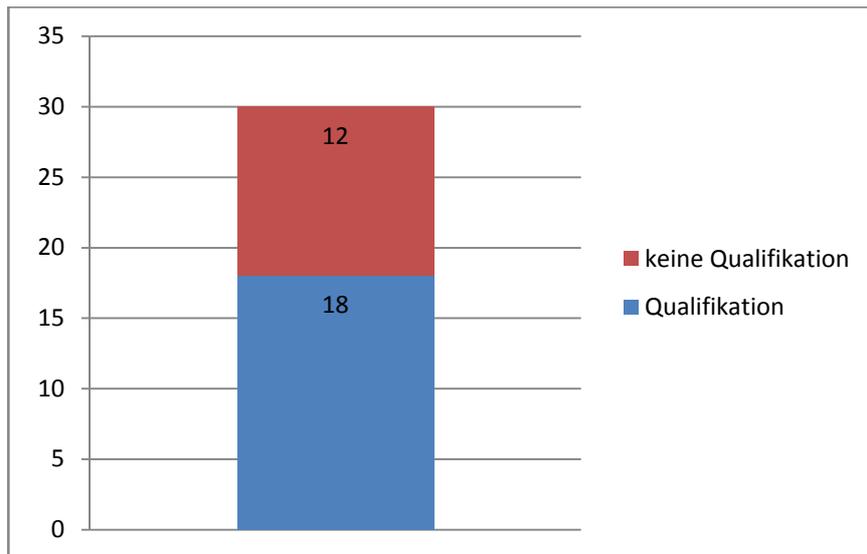
Fünf der 30 Mitglieder stellen im Abgeordnetenverzeichnis des EP keinen Lebenslauf zur Verfügung, unter anderem die Vorsitzende des DEVE, Eva Joly. Darüber hinaus weisen einige Mitglieder auf ihre Homepage hin. Man mag davon ausgehen, dass eine große Menge an Informationen zur Person vorhanden sein sollte. Insgesamt weisen 22 Mitglieder auf ihre Homepage hin, jedoch sind lediglich acht dieser Informationsseiten in englischer Sprache verfügbar. Für einen großen Teil der Unionsbürgerschaft ist es schwierig, Informationen von einer Homepage zu erhalten, welche beispielsweise in Französisch, Deutsch, Polnisch, Zypriotisch, Rumänisch, Schwedisch, Niederländisch oder Belgisch zugänglich ist. Als Mitglied eines international agierenden Ausschusses des Europäischen Parlaments sollte man es einem größeren Bevölkerungsteil ermöglichen, Informationen zu erhalten.

Neben dieser Problematik gibt es jedoch durchaus Mitglieder, welche einerseits aufgrund ihrer Ausbildung oder anderer (beruflicher) Erfahrungen in der Vergangenheit, eine gewisse Qualifikation für die Arbeit innerhalb des DEVE mit sich bringen. Andererseits sind ebenso Mitglieder vorhanden, welche bereits in den vergangenen Jahren ein gewisses Engagement im Bereich der entwicklungspolitischen Tätigkeit aufwiesen.



Grafik 8 Entwicklungspolitische Tätigkeit in der Vergangenheit

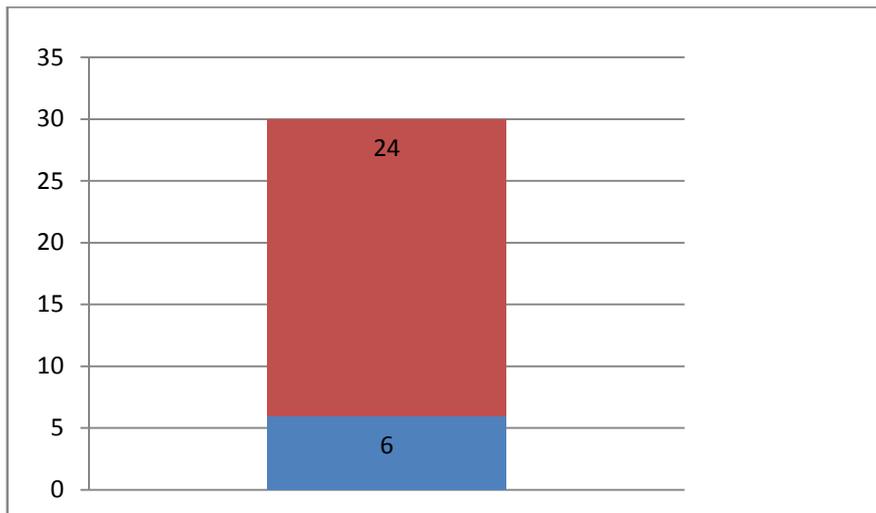
Innerhalb des Entwicklungsausschusses überwiegt jener Teil der Mitglieder, welcher bereits in der Vergangenheit in irgendeiner Art und Weise im entwicklungspolitischen Bereich tätig war. Dies wurde anhand von Auslandseinsätzen, Publikationen, außerparlamentarischer Mitarbeit in Organisationen oder Ähnlichem analysiert. 19 Personen waren demnach bereits vor ihrer Arbeit beim DEVE in der Entwicklungspolitik aktiv. Bei 11 Personen kann aufgrund der zur Verfügung gestellten Information bezüglich ihres Einsatzes vor bzw. während ihrer Arbeit beim Entwicklungsausschuss keinerlei entwicklungspolitische Tätigkeit außerhalb des DEVE ausgemacht werden.



Grafik 9 Qualifikationen der Mitglieder

Anhand der Informationen, die aus den Lebensläufen und Webseiten der Mitglieder herausgefiltert werden konnten, sind 18 Personen des DEVE aufgrund ihrer Ausbildung, ihrer entwicklungspolitischen Tätigkeit in Zusammenhang mit ihren Themenbereichen beim Entwicklungsausschuss und ihrem außerparlamentarischen Einsatz für die Arbeit innerhalb des DEVE qualifiziert. Es muss an dieser Stelle erneut angemerkt werden, dass jene 12 Mitglieder, die anhand dieser Schwerpunkte als nicht qualifiziert gelten, nicht automatisch weniger kompetent sind. Sie weisen jedoch auf keinerlei Information hin, welche darauf schließen lässt, dass sie das nötige Engagement, Wissen und die Voraussetzungen für die Arbeit innerhalb des DEVE mit sich bringen.

Kombiniert man jene Mitglieder mit einer ausreichenden Qualifikation für diese Arbeit, mit einem gewissen Maß an entwicklungspolitischer Tätigkeit, einem großen Engagement innerhalb und außerhalb des EP sowie einer ausreichenden Informationsbereitschaft, so entstehen die Idealtypen für diese Arbeit.



Grafik 10 Idealtypus

Lediglich sechs Mitglieder – Nirj Deva Michael Cashman, Leonidas Donskis, Gay Mitchell, Alf Svensson, Keith Taylor – sind nach einer Kombination aus den ausschlaggebenden Punkten, ideal für die Arbeit innerhalb des Entwicklungsausschusses geeignet und weisen ein ausreichendes Maß an Transparenz bezüglich ihrer Arbeit auf. Es gibt jedoch durchaus weitere sechs Mitglieder³⁹³, welche sowohl ein Engagement innerhalb und außerhalb des EP an den Tag legen, entwicklungspolitischen Einsatz zeigen und qualifiziert sind, jedoch die Informationsbereitschaft nicht allzu groß ist.

Abschließend sind die Qualifikationen der Mitglieder, ihr Einsatz in Bezug auf ihre Tätigkeit und das Maß an entwicklungspolitischen Vorkenntnissen beim Entwicklungsausschuss durchwachsen. Es gibt Mitglieder, die sowohl eine Vielzahl von Informationen zur Verfügung stellen als auch aufgrund ihrer Ausbildung qualifiziert sind. Demgegenüber gibt es jene Personen, die keinerlei aufschlussreiche Informationen verfügbar machen.

³⁹³ Eva Joly, Véronique de Keyser, Charles Goerens, Miguel Angel Martínez Martínez, Norbert Neuser, Maurice Ponga

6 Literaturverzeichnis

Primärdokumente der EU, ADA und der Vereinten Nationen

Austrian Development Agency (2008): EU-Außenhilfeprogramme 2007-2013. Die Instrumente im Überblick. Chancen für Unternehmen. Wien: Austrian Development Agency.

Europäische Gemeinschaft (2000): Abkommen von Cotonou. Partnerschaftsabkommen zwischen den Mitgliedern der Gruppe der Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2000:317:0003:0286:DE:PDF> [letzter Zugriff: 14.01.2014].

Europäische Kommission (2013): Communication from the Commission to the European Parliament, the Council and the Court of Auditors. Final Accounts of the 8th, 9th and 10th European Development Funds – Financial Year 2012. http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/FED/FED_2012_en.pdf [letzter Zugriff: 28.01.2014].

Europäisches Parlament (2009): DEVE. Entwicklungsausschuss. Infokit. <http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/200909/20090921ATT60971/20090921ATT60971DE.pdf> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (2011): Plenarsitzungsdokument A7-0442/2011. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONGML%2bREPORT%2bA7-2011-0442%2b0%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (2011): Plenarsitzungsdokument B7-0155/2011, Abs. A. <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONGML%2bMOTION%2bB7-2011-0155%2b0%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (2012): Plenarsitzungsdokument A7-0309/2012.
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bREPORT%2bA7-2012-0309%2b0%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (2012): Plenarsitzungsdokument A7-0235/2012: Abs1/4
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bREPORT%2bA7-2012-0235%2b0%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (2012): Entwicklungsausschuss 2012/2248, Abs. 1/3.
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bCOMPARL%2bPE-502.224%2b02%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (2014): Geschäftsordnung.
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+RULES-EP+20140113+0+DOC+PDF+V0//DE&language=DE> [letzter Zugriff: 15.01.2014]

Europäische Union (2006): Der Europäischer Konsens über die Entwicklungspolitik
2006/C 46/01. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2006:046:0001:0019:DE:PDF> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäische Union (2008): Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union C
115/47. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0047:0199:de:PDF>
[letzter Zugriff: 17.01.2014].

Europäische Union (2010): Vertrag über die Europäische Union C 83/13. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:0013:0046:de:PDF> [letzter Zugriff: 17.01.2014].

Rat der Europäischen Union (2011): Council conclusions on “First Annual Report to the European Council on EU Development Aid Targets”. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/122163.pdf [letzter Zugriff: 28.01.2014].

Vereinte Nationen (2000): Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen. Generalversammlungsresolution 55/2. <https://www.worldwewant.de/file/id/14556> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Vereinte Nationen (2013): Millenniums-Entwicklungsziele. Bericht 2013. New York: Vereinte Nationen

Sekundärliteratur

Aulehla, Vanessa (2010): Die parlamentarischen Ausschüsse. Die Rolle der Berichterstatter: TRAN. In: Dialer, Doris; Lichtenberger, Eva; Neisser, Heinrich (Hg.): Das Europäische Parlament. Institutionen, Visionen und Wirklichkeit. 205-216.

Barbato, Mariano (2009): Chronologie der europäischen Integration. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 466-483.

Bartelt, Sandra (2008): The legislative architecture of EU external assistance and development cooperation. In: Bartelt, Sandra; Dann, Philipp (Hg.): Europarecht. Entwicklungszusammenarbeit im Recht der Europäischen Union. The Law of EU Development Cooperation. Grundzüge und Reformen. Beiheft 2. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 9-35.

- Benkö, Arad (2013): EU-Institutionen im politischen Zusammenspiel. Vortrag am 12.11.2013, Wien.
- Borchardt, Klaus-Dieter (2010): Die Institutionen der EU. In: Borchardt, Klaus-Dieter (Hg.): Das ABC des Rechts der Europäischen Union. 47-87.
- Böttcher, Barbara (2009): Wirtschaftspolitik. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 373-378.
- Bungard, Walter; Lück, Helmut E. (1991): Nichtreaktives Verfahren. In: Flick, Uwe et al.: Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Psychologie Verlags Union. 198-203.
- Busche, Arnd (2009): Binnenmarkt. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 99-102.
- Corbett, Richard; Jacobs, Francis; Shackelton, Michael (2005): The European Parliament. 6. Aufl. London: John Harper Publishing.
- Costello, Rory; Thomson, Robert (2010): The policy impact of leadership in committees: Rapporteurs' influence on the European Parliament's opinions, In: European Union Politics, 11/2, 219-240.
- Dialer, Doris (2010a): Eine erste Annäherung. Das Europäische Parlament – ein Arbeitsparlament par excellence. In: Dialer, Doris; Lichtenberger, Eva; Neisser, Heinrich (Hg.): Das Europäische Parlament. Institutionen, Visionen und Wirklichkeit. 33-54.
- Dialer, Doris (2010b): Die parlamentarischen Ausschüsse. Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments – Nuklei der politischen Arbeit. In: Dialer, Doris; Lichtenberger, Eva; Neisser, Heinrich (Hg.): Das Europäische Parlament. Institutionen, Visionen und Wirklichkeit. 147-164.

- Flick, Uwe (1991): Stationen des qualitativen Forschungsprozesses. In: Flick, Uwe et al.: Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Psychologie Verlags Union. 148-173.
- Gahler, Michael; Schlomach, Gerrit F. (2010): Die außenpolitische Sonderrolle des Europäischen Parlaments. Parlamentarische Diplomatie des Europäischen Parlaments. In: Dialer, Doris; Lichtenberger, Eva; Neisser, Heinrich (Hg.): Das Europäische Parlament. Institutionen, Visionen und Wirklichkeit. 329-341.
- Gasteyger, Curt (2006): Europe: From Division to Unification. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Gehring, Thomas (2000): Die Bedeutung spezialisierter Entscheidungsprozesse für die Problemlösungsfähigkeit der Europäischen Union. In: Grande, Edgar; Jachtenfuchs, Markus (Hg.): Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 77-112.
- Gimbal, Anke (2009): Unionsbürgerschaft. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 342-346.
- Grande, Edgar (2000): Multi-Level Governance: Institutionelle Besonderheiten und Funktionsbedingungen der europäischen Mehrebenensystems. In: Grande, Edgar; Jachtenfuchs, Markus (Hg.): Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 11-30.
- Hartmann, Jürgen (2009): Das politische System der Europäischen Union. 2. Aufl. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

- Hartwig, Ines (2009): Struktur- und Regionalpolitik. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 321-330.
- Hillenbrand, Olaf (2009): Europa-ABC. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 409-457.
- Hoffmeister, Frank (2009): Charta der Grundrechte. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 103-108.
- Karas, Othmar (2010): Das Fraktionsgefüge. Innenleben und Interaktion von Fraktionen des Europäischen Parlaments. In: Dialer, Doris; Lichtenberger, Eva; Neisser, Heinrich (Hg.): Das Europäische Parlament. Institutionen, Visionen und Wirklichkeit. 239-256.
- Kornmeier, Martin (2011): Wissenschaftliche schreiben leicht gemacht. für Bachelor, Master und Dissertation. 4. Aufl. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag.
- Lippert, Christian (2009): Agrarpolitik. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 57-66.
- Maier-Rigaud, Remi (2009): Verbraucherpolitik. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 351-353.
- Mamadouh, Virginie; Raunio, Tapio (2003): The Committee System: Powers, Appointments and Report Allocation, In: The Journal of Common Market Studies, 41/2, 333-351.
- Martenczuk, Bernd (2008): Die Kooperation der Europäischen Union mit Entwicklungsländern und Drittstaaten und der Vertrag von Lissabon. In: Bartelt,

- Sandra; Dann, Philipp (Hg.): Europarecht. Entwicklungszusammenarbeit im Recht der Europäischen Union. The Law of EU Development Cooperation. Grundzüge und Reformen. Beiheft 2. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft. 36-51.
- Maurer, Andreas (2009a): Europäisches Parlament. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 217-225.
- Maurer, Andreas (2009b): Die Institutionen der Europäischen Union. Europäisches Parlament. In: Jahrbuch der Europäischen Integration 2009. 47-54.
- McElroy, Gail (2006): Committee Representation in the European Parliament. In: European Union Politics, 7/1, 5-29.
- Neisser, Heinrich (2010): Eine erste Annäherung. Das Europäische Parlament als Fokus demokratischer Legitimität. In: Dialer, Doris; Lichtenberger, Eva; Neisser, Heinrich (Hg.): Das Europäische Parlament. Institutionen, Visionen und Wirklichkeit. 55-75.
- Reichertz, Jo (1991): objektive Hermeneutik. In: Flick, Uwe et al.: Handbuch Qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen. München: Psychologie Verlags Union. 223-228.
- Sackmann, Reinhold (2007): Lebenslaufanalyse und Biografieforschung. 1. Aufl. Wiesbaden: GMV Fachverlag GmbH.
- Ucakar, Karl; Gschiegl, Stefan (2012): Das politische System Österreichs und die EU, 3. Auflage, Wien: facultas.
- Umbach, Gaby (2009a): Rat der EU. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 306-314.

Umbach, Gaby (2009b): Umweltpolitik. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 338-342.

Wallace, Helen (2000): Institutions, Process, and Analytical Approaches. In: Wallace, Helen; Wallace, William (Hg.): Policy-Making in the European Union. 4. Aufl. Oxford: Oxford University Press. 3-80.

Weidenfeld, Werner (2009): Europäische Einigung im historischen Überblick. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 19-53.

Wessels, Wolfgang (2008): Das politische System der Europäischen Union. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Wessels, Wolfgang (2009): Europäischer Rat. In: Weidenfeld, Werner; Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 11. Aufl. Berlin: Institut für Europäische Politik. 205-210.

Allgemeine Internetquellen

Bundeszentrale für politische Bildung (2010): Das Europaparlament. Beispiele für Befugnisse und Aufgaben. <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42940/grafik-europaeisches-parlament> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Bundeszentrale für politische Bildung (2009): Fraktionen im EP. <http://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/42943/grafik-fraktionen-im-ep> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

EFTA (2014): EFTA through the years. <http://www.efta.int/about-efta/history> [letzter Zugriff: 14.01.2014].

EFTA (2014): The European Free Trade Association. <http://www.efta.int/about-efta/european-free-trade-association> [letzter Zugriff: 14.01.2014].

Eurojust (o. J.): Die Rolle der gemeinsamen Kontrollinstanz von Eurojust. <http://eurojust.europa.eu/doclibrary/Eurojust-framework/jsb/jsb/The%20Role%20of%20the%20Joint%20Supervisory%20Body%20of%20Eurojust%20%28leaflet%29/Role-of-JSB-DE.pdf> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europarat (2013): Europäische Institutionen: Leicht zu verwechseln. <http://www.coe.int/aboutCoe/index.asp?page=nepasconfondre&l=de> [letzter Zugriff: 14.01.2014].

Europarat (2013): North-South Center – European Center for Global Interdependence and Solidarity. <http://www.coe.int/t/dg4/nscentre/> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäische Kommission (o. J.): Weitere Ausdehnungen. 2000-2009. http://europa.eu/about-eu/eu-history/2000-2009/index_de.htm [letzter Zugriff: 14.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Delegationen. <http://www.europarl.europa.eu/aboutparliament/de/0058a10b22/Delegationen.html> [letzter Zugriff: 16.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): DEPA. <http://www.europarl.europa.eu/delegations/de/depa/home.html> [letzter Zugriff: 24.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): DMAS. <http://www.europarl.europa.eu/delegations/de/dmas/home.html> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): DMED.
<http://www.europarl.europa.eu/delegations/de/dmed/home.html> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Martin Schulz.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/1911/MARTIN_SCHULZ_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Verzeichnis der Ausschüsse.
<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/parliamentary-committees.html>
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäische Union (o. J.): EU-Verträge. http://europa.eu/eu-law/treaties/index_de.htm
[letzter Zugriff: 14.01.2014].

Europäische Union (o. J.): Der Europäische Rechnungshof. http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/court-auditors/index_de.htm [letzter Zugriff: 15.01.2014].

OECD (o. J.): Official Development assistance – definition and coverage.
<http://www.oecd.org/dac/stats/officialdevelopmentassistancedefinitionandcoverage.htm> [letzter Zugriff: 28.01.2014].

OECD Observer (2008): Sahel and West African Club.
http://www.oecdobserver.org/news/archivestory.php/aid/2619/Sahel_and_West_Africa_Club.html [letzter Zugriff: 17.01.2014].

Internetquellen – Mitglieder

Cashman, Michael (o. J.): Biography. <http://michael-cashman.eu/biography/> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

De Keyser, Véronique (2008): Biographie. <http://www.vdekeyser.be/a-propos/> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Deva, Nirj (o. J.): News. <http://www.nirjdeva.com/index.php/news> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Deva, Nirj (o. J.): Your Priority is My Priority – Message to my constituents in the South East. <http://www.youtube.com/watch?v=HWiQZX868Cw> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Donskis, Leonidas (o. J.): In the media. <http://www.donskis.lt/p/en/1/1/24> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Donskis, Leonidas (o. J.): Leonidas Donskis stand on political issues. <http://www.donskis.lt/p/en/2/1/55> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Donskis, Leonidas (o. J.): Membership and affiliation. <http://www.donskis.lt/v/en/7/1/79> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Donskis, Leonidas (o. J.): Official biography of Leonidas Donskis. <http://www.donskis.lt/p/en/6/2/53> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Thijs Berman. http://www.europarl.europa.eu/meps/de/28174/THIJS_BERMAN_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Thijs Berman. Lebenslauf. http://www.europarl.europa.eu/meps/de/28174/THIJS_BERMAN_cv.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Thijs Berman. Parlamentarische Tätigkeit. http://www.europarl.europa.eu/meps/de/28174/THIJS_BERMAN_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Michael Cashman. http://www.europarl.europa.eu/meps/de/4532/MICHAEL_CASHMAN_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Michael Cashman. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/4532/MICHAEL_CASHMAN_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Michael Cashman. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/4532/MICHAEL_CASHMAN_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Ricardo Cortés Lastra.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96987/RICARDO_CORTES+LASTRA_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Ricardo Cortés Lastra. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96987/RICARDO_CORTES+LASTRA_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Ricardo Cortés Lastra. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96987/RICARDO_CORTES+LASTRA_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Corina Crețu.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/33997/CORINA_CRETU_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Corina Crețu. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/33997/CORINA_CRETU_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Corina Crețu. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/33997/CORINA_CRETU_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Entwicklungsausschuss Mitglieder.
<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/deve/members.html?action=1&webCountry=&webTermId=&name=&politicalGroup=&bodyType=&bodyValue=&type=&filter=#menuzone> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Véronique de Keyser.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/22097/VERONIQUE_DE+KEYSER_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Véronique de Keyser. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/22097/VERONIQUE_DE+KEYSER_cv.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Véronique de Keyser. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/22097/VERONIQUE_DE+KEYSER_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Nirj Deva.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/4556/NIRJ_DEVA_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Nirj Deva. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/4556/NIRJ_DEVA_cv.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Nirj Deva. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/4556/NIRJ_DEVA_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Leonidas Donskis.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96692/LEONIDAS_DONSKIS_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Leonidas Donskis. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96692/LEONIDAS_DONSKIS_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Leonidas Donskis. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96692/LEONIDAS_DONSKIS_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Charles Goerens.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/840/CHARLES_GOERENS_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Charles Goerens. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/840/CHARLES_GOERENS_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Catherine Grèze.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96745/CATHERINE_GREZE_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Catherine Grèze. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96745/CATHERINE_GREZE_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Mikael Gustafsson.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/109649/MIKAEL_GUSTAFSSON_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Mikael Gustafsson. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/109649/MIKAEL_GUSTAFSSON_cv.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Mikael Gustafsson. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/109649/MIKAEL_GUSTAFSSON_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Eva Joly.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96883/EVA_JOLY_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Eva Joly. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96883/EVA_JOLY_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Filip Kaczmarek.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/28280/FILIP_KACZMAREK_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Filip Kaczmarek. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/28280/FILIP_KACZMAREK_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Filip Kaczmarek. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/28280/FILIP_KACZMAREK_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Michal Tomasz Kamiński.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/23792/MICHAL+TOMASZ_KAMINSKI_I_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Michal Tomasz Kamiński. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/23792/MICHAL+TOMASZ_KAMINSKI_I_cv.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Michal Tomasz Kamiński. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/23792/MICHAL+TOMASZ_KAMINSKI_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Miguel Angel Martínez Martínez.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/4346/MIGUEL+ANGEL_MARTINEZ+MARTINEZ_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Miguel Angel Martínez Martínez. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/4346/MIGUEL+ANGEL_MARTINEZ+MARTINEZ_cv.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Miguel Angel Martínez Martínez. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/4346/MIGUEL+ANGEL_MARTINEZ+MARTINEZ_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Gay Mitchell.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/28112/GAY_MITCHELL_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Gay Mitchell. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/28112/GAY_MITCHELL_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Gay Mitchell. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/28112/GAY_MITCHELL_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Norbert Neuser.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96844/NORBERT_NEUSER_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Norbert Neuser. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96844/NORBERT_NEUSER_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Norbert Neuser. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96844/NORBERT_NEUSER_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Bill Newton Dunn.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/1394/BILL_NEWTON+DUNN_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Bill Newton Dunn. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/1394/BILL_NEWTON+DUNN_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Bill Newton Dunn. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/1394/BILL_NEWTON+DUNN_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Andreas Pitsillides.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/118144/ANDREAS_PITSILLIDES_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Andreas Pitsillides. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/118144/ANDREAS_PITSILLIDES_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Andreas Pitsillides. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/118144/ANDREAS_PITSILLIDES_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Maurice Ponga.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96931/MAURICE_PONGA_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Maurice Ponga. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96931/MAURICE_PONGA_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Maurice Ponga. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96931/MAURICE_PONGA_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Jean Roatta.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/111068/JEAN_ROATTA_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Jean Roatta. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/111068/JEAN_ROATTA_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Jean Roatta. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/111068/JEAN_ROATTA_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Brigit Schnieber-Jastram.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96827/BIRGIT_SCHNIEBER-JASTRAM_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Brigit Schnieber-Jastram. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96827/BIRGIT_SCHNIEBER-JASTRAM_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Brigit Schnieber-Jastram. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96827/BIRGIT_SCHNIEBER-JASTRAM_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Daniël van der Stoep.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96946/DANIEL_VAN+DER+STOEP_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Daniël van der Stoep. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96946/DANIEL_VAN+DER+STOEP_cv.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Daniël van der Stoep. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96946/DANIEL_VAN+DER+STOEP_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Michèle Striffler.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96860/MICHELE_STRIFFLER_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Michèle Striffler. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96860/MICHELE_STRIFFLER_cv.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Michèle Striffler. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96860/MICHELE_STRIFFLER_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Alf Svensson.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96678/ALF_SVENSSON_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Alf Svensson. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96678/ALF_SVENSSON_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Alf Svensson. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/96678/ALF_SVENSSON_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Keith Taylor.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/102931/KEITH_TAYLOR_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Keith Taylor. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/102931/KEITH_TAYLOR_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Keith Taylor. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/102931/KEITH_TAYLOR_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Patrice Tirolien.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/97026/PATRICE_TIROLIEN_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Patrice Tirolien. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/97026/PATRICE_TIROLIEN_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Patrice Tirolien. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/97026/PATRICE_TIROLIEN_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Ivo Vajgl.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/97019/IVO_VAJGL_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Ivo Vajgl. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/97019/IVO_VAJGL_cv.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Ivo Vajgl. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/97019/IVO_VAJGL_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Frank Vanhecke.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/1956/FRANK_VANHECKE_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Frank Vanhecke. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/1956/FRANK_VANHECKE_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Frank Vanhecke. Parlamentarische Tätigkeit.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/1956/FRANK_VANHECKE_activities.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Anna Záborská.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/23894/ANNA_ZABORSKA_home.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Anna Záborská. Lebenslauf.
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/23894/ANNA_ZABORSKA_cv.html
[letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Anna Záborská. Parlamentarische Tätigkeit. http://www.europarl.europa.eu/meps/de/23894/ANNA_ZABORSKA_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Iva Zanicchi. http://www.europarl.europa.eu/meps/de/41007/IVA_ZANICCHI_home.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Iva Zanicchi. Lebenslauf. http://www.europarl.europa.eu/meps/de/41007/IVA_ZANICCHI_cv.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Europäisches Parlament (o. J.): Iva Zanicchi. Parlamentarische Tätigkeit. http://www.europarl.europa.eu/meps/de/41007/IVA_ZANICCHI_activities.html [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Fraktion der Europäischen Volkspartei (2013): Jean Roatta. <http://www.eppgroup.eu/mep/Jean-ROATTA> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Goerens, Charles (2010): Biographie. <http://www.charlesgoerens.eu/> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Gréze, Catherine (2014): Présentation. http://catherinegreze.eu/blog/?page_id=8 [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Gréze, Catherine (2014): Soutiens. http://catherinegreze.eu/blog/?page_id=1665 [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Joly, Eva (o. J.): Biographie D'Eva. <http://evajoly.fr/biographie-deva/> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Kamiński, Michal Tomasz (o. J.): My Program. <http://www.michalkaminski.pl/program.html> [letzter Zugriff: 16.01.2014].

Mitchell, Gay (2008): About. http://www.gaymitchell.ie/?page_id=27 [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Mitchell, Gay (2008): European Parliament News. <http://www.gaymitchell.ie/?cat=46> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Neuser, Norbert (o. J.): Lebenslauf. <http://www.norbert-neuser.de/> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Neuser, Norbert (o. J.): politische Schwerpunkte. <http://www.norbert-neuser.de/index.php/politische-schwerpunkte> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Newton Dunn, Bill (2012): About Bill. <http://www.newton-dunn.com/about-bill.html> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Newton Dunn, Bill (2012): Bill's Report. <http://www.newton-dunn.com/media/articles.html> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Newton Dunn, Bill (2012): Bill's Expenses. <http://www.newton-dunn.com/bills-expenses.html> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Newton Dunn, Bill (2012): Campaigns. <http://www.newton-dunn.com/campaigns.html> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Ponga, Maurice (o. J.): Mes missions officielles. <http://mauriceponga.eu/votre-depute-europeen/mes-missions-officielles/> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Ponga, Maurice (o. J.): Mon travail parlementaire. <http://mauriceponga.eu/votre-depute-europeen/mon-travail-parlementaire/> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Schnieber-Jastram, Birgit (o. J.): Meine Arbeit. <http://birgitschnieberjastram.de/category/blog> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Striffler, Michele (o. J.): Aide humanitaire. <http://michele-striffler.com/wordpress/?cat=50> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Svensson, Alf (o. J.): About Alf. <http://www.alfsvensson.eu/om.asp?> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Svensson, Alf (o. J.): Alf's EU. <http://www.alfsvensson.eu/alfseu.asp> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

Taylor, Keith (2010): Biography. <http://www.keithtaylormep.org.uk/biography/> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

The Bow Group (o. J.): Aims. <http://www.bowgroup.org/content/aims> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

The Eva Joly Institute (o. J.): The World we want to live in. <http://evajolyinstitute.org/> [letzter Zugriff: 15.01.2014].

7 Anhang

Abkürzungsverzeichnis

ADA	Austrian Development Agency
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
BRICs	Brasilien, Russland, Indien, China
bzw.	beziehungsweise
CIRI	Comité Interministériel de Restructuration Industrielle
DAC	Development Assistance Committee
DDR	Deutsche Demokratische Republik
LGBT	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender
MDGs	Millenniums-Entwicklungsziele
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
UN	United Nations

Europäische Union

AdR	Ausschuss der Regionen
DACP	Delegation in der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU
DARP	Delegation für die Beziehungen zur Arabischen Halbinsel
DCAM	Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Mittelamerikas
DCI	Development Cooperation Instrument
DEPA	Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EURO-NEST
DLAT	Delegation in der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika
DMAS	Delegation für die Beziehungen zu den Maschrik-Ländern
DMED	Delegation in der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum
D-MX	Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Mexiko
DSAS	Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Südasiens
D-TR	Delegation im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei
D-ZA	Delegation für die Beziehungen zu Südafrika
EEA	Europäische Einheitliche Akte
EEF	Europäischer Entwicklungsfond
EFTA	European Free Trade Association

EG	Europäische Gemeinschaft
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EuGh	Europäischer Gerichtshof
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EVSP	Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
EWSA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
GPA	Delegation zu Gemischten Parlamentarischen Ausschüssen
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
ODA	Official Development Assistance
PPV	Paritätische Parlamentarische Versammlung
PKA	Delegation zu Parlamentarischen Kooperationsausschüssen

Fraktionen

ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
EFA	Europäische Freie Allianz
EFD	Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“
EKR	Europäische Konservative und Reformisten
EVP	Fraktion der Europäischen Volkspartei
KVEL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken
NGL	Nordische Grüne Linke
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament

Ausschüsse

AFCO	Ausschuss für Konstitutionelle Fragen
AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltkontrollausschuss

CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
DEVE	Entwicklungsausschuss
DROI	Unterausschuss für Menschenrechte
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit, Lebensmittelsicherheit
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
INTA	Ausschuss für Internationalen Handel
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung, Energie
JURI	Ausschuss für Recht
LIBE	Ausschuss für Bürgerliche Freiheit, Justiz, Inneres
PECH	Fischereiausschuss
PETI	Petitionsausschuss
REGI	Ausschuss für Regionale Entwicklung
SEDE	Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

Tabellen- und Grafikverzeichnis

Tabelle 1 Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments.....	54
Grafik 1 ODA-Anteile des BIP der Mitgliedstaaten	31
Grafik 2 Geschlechterverteilung im Entwicklungsausschuss	70
Grafik 3 Nationalitäten der Mitglieder des Entwicklungsausschusses	71
Grafik 4 Anteile der Länder am 10. EEF	72
Grafik 5 Fraktionelle Zusammensetzung des Entwicklungsausschusses.....	73
Grafik 6 politisches Engagement innerhalb und außerhalb des Ausschusses	128
Grafik 7 Informationsbereitstellung und Transparenz der Mitglieder	128
Grafik 8 Entwicklungspolitische Tätigkeit in der Vergangenheit.....	129
Grafik 9 Qualifikationen der Mitglieder	130
Grafik 10 Idealtypus.....	131

Deutsche Zusammenfassung

Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments spielen eine enorm wichtige Rolle innerhalb des Gesetzgebungsprozesses der Union. Um ein besseres Verständnis der großen Relevanz der Ausschüsse zu bekommen, wird in den ersten beiden Abschnitten der Arbeit unter anderem die Bedeutung der Union an sich, die Gesetzgebung und Beschlussfassung sowie die Rolle des Parlaments und der Ausschüsse näher erläutert. Die Arbeit beschäftigt sich grundsätzlich mit den Aktivitäten und den Mitgliedern des Entwicklungsausschusses. Dessen Aufgabe ist es, die Beziehungen zwischen den Entwicklungsstaaten und der Union zu stärken und zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele beizutragen.

In diesem Zusammenhang sind vor allem die Mitglieder der Ausschüsse und ihre Tätigkeiten und Entscheidungen von großer Wichtigkeit. Im Mittelpunkt der Analysearbeit stehen die beruflichen und entwicklungspolitischen Erfahrungen der Mitglieder des DEVE in der Vergangenheit, ihre Ausbildung und ihr politisches Engagement im Allgemeinen. Ziel ist es, die Qualifikationen der AkteurInnen im Entwicklungsausschuss herauszufiltern.

Die Wahl eines Ausschusses hängt zum Einen von der Fraktionszugehörigkeit ab, da innerhalb der Ausschüsse das fraktionelle Gefüge des Europäischen Parlaments wiedergespiegelt werden soll. Zum Anderen spielt jedoch auch die persönliche Vorliebe und das Prestige eines Ausschusses eine wichtige Rolle. In diesem Zusammenhang ist es somit wichtig, ob die Mitglieder Qualifikationen und Fähigkeiten im entwicklungspolitischen Bereich mit sich bringen.

Das zentrale Problem der eurozentristischen Sichtweise und der voranschreitenden Abhängigkeit der Entwicklungsstaaten stellen einen weiteren Beweggrund für die Analyse der Kompetenzen der Mitglieder des Entwicklungsausschusses dar.

English Summary

The committees within the European Parliament play a significant role within the legislation of the European Union as a whole. To get a better understanding for the major relevance of these committees, the importance of the European Union in general will be analyzed. Furthermore the function of the Parliament and the committees is illustrated.

The analysis in this paper is exclusively based on the work of the committee for development. The main task of this committee is the improvement and fostering of the relations between the Union and the development countries. In addition the achievement of the Millennium Development Goals is another duty.

In this context the members of the committee and their decisions are of major importance. The core of the third part of this paper is the qualifications and experiences in terms of development policy of each member and their political engagement in general.

The whole analysis is based on methods of the biographical research and life-course sociology. The curriculum vitae of each member will be interpreted concerning its competences, education and professional background.

The members choose their committee out of fractional reasons and because of their personal preferences and the prestige of each committee. This is one reason why it is that important to analyze if the actors have some experiences and knowledge in this area of politics.

The major problem of the Eurocentric focus and the greater dependence of the development countries is one cause for this analysis of the qualifications and the competences of the members of the DEVE.

Lebenslauf

Persönliche Daten

Name	Johanne Gärtner
Geburtstag	18. August 1988
Staatsangehörigkeit	Österreich

Studium

November 2013 bis Juli 2014	EU-Lehrgang „Neuer Schwung für Europa“ (CIFE – Centre international de formation europeenne in Kooperation mit Akademie für Evangelisation)
Seit März 2009	Individuelles Diplomstudium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien
Oktober 2007 bis März 2009	Bachelorstudium Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien

Berufserfahrungen

November 2012 bis März 2013	Fortsetzung Praktikum bei EP-Vizepräsident Othmar Karas in Wien
April 2012 bis Juli 2012	Praktikum bei EP-Vizepräsident Othmar Karas in Wien
Dezember 2011 bis März 2012	Persönliche Assistenz bei Martin Habacher
August 2011	ArtCenter Accra, Ghana
2009 bis 2013	Assistentin Unternehmensberatung bei Frau Mag. Sabine Gabber
2004 bis 2010 (Ferialpraktika im Juli)	Raiffeisenbank Oberösterreich

Schulbildung

2007	Matura an der Handelsakademie Steyr
2002 bis 2007	Handelsakademie Steyr, Zweig „International Business“
